

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf., Postabonnementspreis 1,10 Mk. pro Monat.  
 Abonnement in die Post bezogen: 2 Mk. für das übrige Ausland, 3 Mk. für das übrige Ausland, 2 Mk. für das übrige Ausland.  
 Abonnement nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interflons-Gebühr**  
 beträgt für die sechsseitige Kolonialzeitung oder deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erhebt täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 23. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## „Gelehrte Sachen“ aus der Tante Vob.

Der „Vossischen Zeitung“ hat es die von Vebel eingebrachte Kriegesresolution der deutschen Delegierten in Stuttgart angetan. In einem Leitartikel: „Der Krieg und die Sozialdemokratie“ unternimmt das freisinnige Blatt den Versuch, an der deutschen Resolution Kritik zu üben. Das wäre nun an sich weiter nicht bemerkenswert; zumal in diesen Tagen, wo das ganze bürgerliche Zeitungsgeflüster dabei ist, seinem Aerger über die imposante Deerschau der Internationale Luft zu machen. Soweit sich diese Vorkämpferungen auf das Uebliche — Kannegießerei, Phrasendreschen, Schimpferei — beschränken, sind sie kaum der Beachtung wert. Auch die Expektoration der „Vossischen“ könnte zu dem übrigen gelegt werden, wenn sie nicht einiges enthielte, was für das Blatt und sein ganzes Zeitungsgeflüster sowohl wie für das bürgerliche Lesepublikum bezeichnend ist. Der Artikel gibt nämlich einen Maßstab an die Hand für das Quantum geschichtlichen Wissens, womit die bürgerliche Presse ausgerüstet ist und die Leser zu regaleren wagen darf, ohne daß sich stürmische Gelächter erhebt. Die Tante Vob gibt in dem Artikel ein Probchen von den „gelehrten Sachen“, die ihr Haupttitel ihren Lesern verspricht. Sie will dazum, daß die deutsche Erklärung über den Krieg mit den historischen Tatsachen in Widerspruch stünde. Und zwar will sie das dazum an dem Sage der Resolution, der besagt, daß Kriege zwischen Staaten, die auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruhen, in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt seien; denn jeder Staat sei bestrebt, seine Abhänggebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielen.

Von dem Beweis aus der Geschichte, womit die Tante Vob diesen Passus der Resolution zu widerlegen sucht, soll unseren Lesern kein Wort vorenthalten werden; dafür ist diese „gelehrte Sache“ des freisinnigen Blattes ein zu lössliches Zeugnis für das Maß von Wissen, das der liberalen Presse zur Verfügung steht und ihren Bildungsphilistern genügt. Und um dies gleich vorwegzunehmen, es ist ein Armutszeugnis erster Güte:

„Man mag“, so hebt die Vossin ihre historische Argumentation an, „man mag darüber streiten, wann die kapitalistische Wirtschaftsordnung begonnen hat. Aber man wird nicht darüber streiten können, daß sehr viele Kriege aus anderen als wirtschaftlichen Ursachen entstanden sind. Vielleicht verlegen die Herren Vebel und Knutsch den Kapitalismus bis in das graue Altertum zurück und sehen so gut in dem sagenhaften trojanischen Krieg wie in den Heerzügen Alexanders des Großen nur einen Kampf um Abhänggebiete auf dem Weltmarkt. Die Kriege in der Zeit der Völkerwanderung mögen ihnen nur als Kämpfe um die Futterpläne erscheinen, obwohl nicht bei allen Stämmen eine kapitalistische Wirtschaftsordnung nachweisbar sein wird. Aber die Weltgeschichte erzählt auch von den Kreuzzügen und von langwierigen Kriegen zwischen Christen und Mohammedanern, wie vorher von den Kriegen zur Verletzung der Heiden; sie erzählt von zahlreichen Religionskriegen, vom dreißigjährigen Krieg, von Erbfolgekriegen, vom Krieg der weißen und roten Rose; was haben alle diese blutigen Ereignisse mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zu tun gehort?“

Friedrich der Große hat eine Reihe Kriege geführt; mit dem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt hatten sie nichts gemein. Der größte Feldherr der Neuzeit war der erste Napoleon; mit der französischen Revolution hat eine Aera der verheerendsten Kriege angefangen. Aber daß seine Unterjochung fremder Völker und sein Länderraub aus wirtschaftlichen Beweggründen hervorgegangen seien, haben die Historiker bisher nicht behauptet. Der Krimkrieg hat Jahre lang gedauert; aber daß er die Folge eines Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt gewesen sei, wird auch die Sozialdemokratie schwer glauben. Wir haben den Krieg in Schleswig-Holstein erlebt, den Krieg zwischen Preußen und Oesterreich, den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich; wir kennen die Entwicklung der Dinge, die zu diesen Auseinandersetzungen führte. Nur wenn man den Tatsachen Gewalt antut, kann man im Ernst behaupten, sie seien Folgen des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt gewesen. Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung? Nirgends ist diese kapitalistische Wirtschaftsordnung unbeschränkter zur Herrschaft gelangt als in den Vereinigten Staaten von Amerika, und doch hat keine Großmacht so wenig Kriege geführt wie die Union. Die zahlreichen Kriege zwischen den kleineren Staaten Americas haben mit dem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt ebenfalls kaum in irgend einem Zusammenhang gestanden.“

Soweit die Gelehrten der „Vossischen Zeitung“. Es ist nicht ganz leicht, Ordnung zu bringen in das wüste Chaos von Kriegen aus den verschiedenen Geschichtsepochen und Gesellschaftszuständen, von denen die Vossin beweislos behauptet, daß sie nicht zu den von ihr angefochtenen Sätzen der deutschen Resolution paßten. Auszuweisen wären zunächst alle die Kriege, die vor kapitalistischen Zeiten angehören, unter feudalen oder urwüchsig-kommunistischen Verhältnissen stattgefunden haben, weil diese Kriege gar nicht in die Kategorie von Kriegen gehören, von denen die deutsche Resolution spricht. Inbes soll nicht verabsäumt werden, die ungeheuerliche Ignoranz hervorzuheben, welche die Vossin bekundet, indem sie es als möglich unterstellt, daß die Sozialisten allen Kriegen seit dem trojanischen einen kapitalistischen Charakter beilegen. Sie möge sich, da sie's noch nicht weiß, gesagt sein lassen, daß der Kapitalismus nach sozialistischer Auffassung zwar eine lange Vorgeschichte hat, daß er aber erst zur Herrschaft gelangt ist seit Anbruch der Neuzeit. Sie möge in Marx' „Kapital“, wovon sie gewiß schon mal gehört hat, z. B. folgende Stellen nachschlagen: „Obgleich die ersten Anfänge kapitalistischer Produktion uns schon im 14. und 15. Jahrhundert in einigen Städten am Mittelmeer sporadisch entgegenreten, datiert die kapitalistische Aera erst vom 16. Jahrhundert“

(I. 681). „Die Warenzirkulation ist der Ausgangspunkt des Kapitals. Warenproduktion und entwickelte Warenzirkulation, Handel, bilden die historischen Voraussetzungen, unter denen es entsteht. Welt-handel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals“ (I. 109). Wenn also die Vossin behauptet, daß es Kriege gegeben hat, die nicht aus dem Streik um den Weltmarkt hervorgegangen sind, so behauptet sie etwas, was kein Sozialist, was auch die fragliche Resolution mit keinem Worte bestreitet. Und die Vossin beweist damit also nur ihre eigene Unwissenheit: sie hat von den Grundlehren des wissenschaftlichen Sozialismus nicht die blasseste Ahnung; sonst könnte sie nicht darüber im Zweifel sein, von wann ab der historische Materialismus die kapitalistische Aera datiert. Wenn die Vossin meint, wir würden nicht bei alten germanischen Stämmen der Völkerwanderungszeit eine kapitalistische Wirtschaftsordnung nachweisen können, so macht sie sich unsterblich lächerlich, insofern es für jeden Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus zum historischen Gemeingeist gehört, daß die Deutschen damals noch tief im urwüchsigsten Kommunismus steckten. Dies dürfte der Vossin freilich wieder griechisch sein: ihr taumelt alles wie Kraut und Rüben durcheinander; urwüchsigster Kommunismus, antike Sklavendwirtschaft, Feudalismus, moderner Kapitalismus — der Vossin ist alles eins; sie hat keine Ahnung, daß den verschiedenen Gesellschaftszuständen verschiedene Arten Kriege entsprechen, daß es jedem Sozialisten als der Gipfel der Komik erscheinen müßte, wenn man bei Griechen etwa zwischen zwei Stämmen mit urwüchsigem Kommunismus den Grund in einem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt suchen wollte. Kurz und gut, die Gelehrten der Vossin haben von den historisch-ökonomischen Grundanschauungen des wissenschaftlichen Sozialismus nicht die blasseste Ahnung. Sie will Gegner widerlegen, von deren Anschauungen sie spricht wie der Blinde von den Farben. Man könnte sie einfach mit den Worten laufen lassen: Du sprichst von Dingen, Tante, die Du nicht verstehst — lern' erst das sozialistische ABC, dann wollen wir uns wieder sprechen.

Es lohnt sich aber doch, noch ein wenig bei den Gelehrten der Vossin zu verweilen — um festzumachen, daß sie nicht nur vom wissenschaftlichen Sozialismus nicht viel mehr wissen als ein Votokude, sondern daß auch ihre allgemeine historische Bildung gleich Null ist. Zu dem Zwecke müssen wir uns wieder jenes wüste Sammelsurium von Kriegen aller Art ansehen, das die Vossin zusammengetragen hat. Soweit die Vossin mit ihrer Aufzählung bloßer Namen dazum will, daß nicht alle Kriege der Geschichte kapitalistischen Ursprungs und Charakters seien, ist sie schon erledigt, da hat die Vossin offene Türen eingerannt. Sie will aber auch mit ihrem Kriegskatalog beweisen, daß „sehr viele Kriege aus anderen als wirtschaftlichen Ursachen entstanden sind“. Demgegenüber erklären wir, daß von allen Kriegen, die die Vossin als Beweis für ihre Behauptung anzählt, nicht ein einziger ist, der nicht in letzter Instanz aus ökonomischen Gründen herzuleiten wäre. Gleich das klassische Beispiel, womit die Vossin Spätes halber ihr Register anhebt, die Sage vom trojanischen Krieg, ist von der modernen Forschung längst als poetische Umschreibung der Kämpfe erkannt worden, die sich zwischen den Ureinwohnern des nordwestlichen Kleinasiens und den griechischen Kolonisten abspielten, als diese die Antiochonen verdrängten oder unterjochten: das war ein ökonomischer Kampf; die Vossin freilich aus ihrem Standpunkt der Kinderschule oder der zweiten Kindheit mag nach wie vor glauben, daß es sich um den Raub der Helena gehandelt habe. Das Blatt spricht weiter von den Kämpfen der Völkerwanderung; sie drehten sich gewiß nicht um den Weltmarkt, wohl aber um ökonomische Dinge. Gleich die ersten deutschen Stämme, die im Bereich des römischen Reiches erschienen, die Cimbern und Teutonen, wollten weiter nichts als Land zur Niederlassung. Sie haben sogar eine Gesandtschaft nach Rom geschickt, die den Senat um gütliche Ueberlassung von Ackerland baten. Land war es auch, was all die anderen Stämme wollten, die später über den Rhein und die Donau kamen. Der Landhunger war es auch in erster Linie, der die späteren Kriege „zur Verletzung der Heiden“ verurteilte; wenn die „Vossin“ glaubt, daß etwa die Deutschen im Mittelalter über die ostelbischen Slaven hergefallen sind, um ihnen die Religion der Liebe zu bringen, so hat sie von der Kolonisationsgeschichte Ost- und Westeuropas keine Ahnung und kann auch getrost die Ausrottung der Pereros für einen Religionskrieg halten!

Es geht nicht an, hier die ganze Kriegeserie der „Vossin“ durchzugehen, bei jedem einzelnen die ökonomischen Zusammenhänge aufzudecken; dazu würde ein ganzes Buch gehören. Es genügt auch für unseren Zweck, bloß ein Glied der Kette ein wenig zu zerlegen. Wir wählen dasjenige, wo die Unwissenheit der „Tante Vob“ am unverzeihlichsten ist, weil es sich um die allerbekanntesten Tatsachen der modernen Geschichte handelt. Wer davon nichts weiß, daß Napoleon I. auswärtige Politik von ökonomischen Motiven geleitet war, sich durchaus um den Konkurrenzkampf mit England drehte, wem das böhmische Dorf ist, der besitzt nicht die Spur von historischer Bildung. In diesem Fall nun befindet sich die „Vossin“; denn sie urteilt über Napoleon: daß „seine Unterwerfung fremder Völker und sein Länderraub aus wirtschaftlichen Beweggründen hervorgegangen seien“, hätten die Historiker bisher nicht behauptet. Das kann man nun leider nicht anders als dumm dreist nennen. Besitzt doch unter den Historikern keinerlei Meinungsvielfaltigkeit darüber, daß die napoleonischen Kriege durch wirtschaftliche Antriebe verursacht worden sind: die Gelehrten der „Vob“ haben offenbar keinen irgendwie namhaften Historiker der Revolutionszeit gelesen; ihr ganzes Wissen von den „gelehrten Sachen“, worüber sie schreiben, beschränkt sich offenbar auf die Pennalremnizenz, daß Napoleon von unerzähllicher Herrschsucht geleitet gewesen sei. Aber selbst auf den preussischen Schulen, so jammervoll der Geschichtsunterricht ist, den sie bieten, selbst auf einem preussischen Pannal pflegt man doch was von der Kontinentalperre

zu vernehmen. Nicht etwa, daß erst seit den Vorkabedekreten Napoleons Kriegspolitik wirtschaftliche Gründe gehabt hätte. Rein schon in seinem ersten Feldzuge, dem italienischen von 1796—97, löste der junge General eine ökonomische Aufgabe: die Direktorialregierung in ihren Papiergeldnotien brauchte hochnotig Bargeld, und das holte Bonaparte en masse aus den von ihm eroberten Teilen von Italien heraus, während die Potentaten der anderen Fürstentümer riesige Summen zahlen mußten, um nicht mit Waffengewalt heimgesucht zu werden. Er war geradezu instruiert, das Land auszupressen wie eine Zitrone“. Seine Korrespondenz aus dieser Zeit ist voll von Aeußerungen über die Gelder, die er liberal für die Pariser Regierung erreichte. Das sind alt- und allbekannte Sachen, von denen nur nichts weiß, wer von Geschichte so viel versteht, wie die Tante vom Spanischen.

Folgt die Expedition nach Aegypten. Sie richtet sich ausschließlich gegen England, ist nichts als eine Episode der großen Konkurrenzkampfes mit den Staaten, denen der Antijakobinerkrieg dazu diente, Frankreich ganz vom Weltmarkt abzuschneiden. Wie allgemein, nach der ägyptischen Expedition, die Erkenntnis, daß es sich jetzt in letzter Instanz bei allen Kämpfen in aller Welt um den ökonomischen Gegensatz zwischen England und Frankreich handelte, wie allgemein diese Erkenntnis schon zu Ende des 18. Jahrhunderts war, zeigt ein Gedicht, womit ein deutscher Dichter den Antritt des neuen Jahrhunderts begrüßte. Darin wird gesagt, daß es nicht in Frieden beginne, und es heißt weiter:

„... Nicht das Weltmeer hemmt des Krieges Toben,  
 Nicht der Nilgott und der alte Rhein.  
 Wo gewaltige Nationen ringen  
 Um der Welt alleinigen Besitz;  
 Aller Länder Freiheit zu verschlingen,  
 Schwingen sie den Dreizack und den Stig.  
 Gold muß ihnen jede Landschaft prägen,  
 Und wie Brennstoff in der rohen Zeit,  
 Legt der Franke seinen ehernen Degen  
 In die Woge der Gerechtigkeit.  
 Seine Handelsflotten streckt der Britie  
 Bierig, wie Polypenarme aus,  
 Und das Reich der freien Amphitrite  
 Will er schließen wie sein eignes Haus...“

Diese Verse müßte die Vossin eigentlich kennen, wenn es um ihre literarische Bildung nicht etwa ebenso schlecht bestellt ist, wie um ihre historische: das Gedicht ist nämlich von Friedrich Schiller. Gegen die politische Auffassung ließe sich einiges einwenden; die Hervorhebung des ökonomischen ist aber umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß der wirtschaftliche Kampf zwischen den beiden Rivalen erst erheblich später, erst nach Schillers Tode, seinen Höhepunkt erreichte: eben in der Kontinentalperre.

Dieser Versuch, die Engländer durch Ausschließung ihrer Industrieerzeugnisse und Kolonialwaren vom europäischen Markt zu überwinden, beherrschte völlig Napoleons auswärtige Politik. Das Sperrsystem hat ihn in das kriegerische Abenteuer auf der Pyrenäenhalbinsel hineingetrieben, das so wenig erfolgreich war, trieb ihn zu gewaltsamen Vorgehen gegen jeden, der das System nicht mitmachte; unzählige Mal nennt er es den Mittelpunkt seiner ganzen Politik. Der russische Feldzug von 1812 entsprang der Tatsache, daß der Zar — aus Rücksicht auf die ökonomischen Interessen Englands, d. h. des Adels — sich vom Kontinentalssystem los sagte. Und als dann nach der großen Katastrophe in Deutschland 1813 der Volkskrieg ausbrach, da wurde das auch durch die unangesehene Kontributionserpressungen und Einquartierungslasten hauptsächlich durch die Kontinentalperre verursacht, die in Deutschland wie überall ungeheuer lähmend auf das Wirtschaftsleben gewirkt hatte. Ja, auch die sog. Freiheitskriege haben ökonomische Wurzeln wie alle Kriege der napoleonischen Zeit. Das sind durchaus keine funkelnelagelten Tatsachen; jeder historische Gebildete kennt sie, und wenn sie den Gelehrten der „Vossin“ unbekannt sind, so liegt das daran, daß diese Herren wie ihr Publikum keine historische Bildung besitzen.

Man könnte sich nun noch den Spah machen, darzutun, daß die „Vossin“ nichts von der orientalischen Frage weiß, daß sie von amerikanischer Geschichte keine blasse Ahnung hat usw. Aber was gesagt worden ist, dürfte wohl genügen, um darzutun, daß der alten Tante die Geschichte ein Buch mit sieben Siegeln ist: womit ihr dem glücklichen eine der wichtigsten Voraussetzungen für politische Urteilsfähigkeit völlig abgeht. Die Leser merken es gewiß nicht: sie sind der „Vossischen“ wert. Wenn dieses Blatt ihnen „gelehrte Sachen“ in Aussicht stellt, so spottet es seiner selbst und weiß nicht wie, es spottet auch seiner Leser, aber die haben einen Magen, dem die geistige Kost zusagt, womit die „Vossin“ sie regaliert. Die „gelehrten Sachen“ der Tante Vob sind charakteristisch für den Bildungsstand ihres „gebildeten“ bürgerlichen Publikums!

## Die proletarische Internationale gegen die Kolonialpolitik!

Stuttgart, 22. August. (Privat-Telegramm.)  
 Der zweite Tag der Kolonialdebatte im Stuttgarter Völkerversammlung, die große Debattenschlacht des gestrigen Tages, fand heute nur eine mattere Fortsetzung; und mit Sicherheit läßt sich voraussagen, daß auch die folgenden beiden Tage keinen solchen gewaltigen Redekampf mehr bringen werden, wie ihn der gestrige Kongrestag sah. Die Zeit



**Dräng:** nur noch zwei Tage, und der Kongress schließt seine Pforten. Sollen die auf der Tagesordnung stehenden Punkte erledigt werden, muß der Redestrom eingeschränkt werden. Deshalb hat das internationale Bureau beschlossen, daß die Redezeit für die Diskussionsredner auf zehn Minuten festgesetzt und außerdem jede noch zu beratende Frage in einer halben Tagessitzung erledigt wird. Zehn Minuten reichen jedoch eben für eine kurze Begründung des Standpunktes aus, nicht zu gründlichen wohlbedachten Ausführungen, was namentlich für Kautskys Rede zu bedauern ist.

Einzelne Redner, wie Braae, Simonds, Kautsky, argumentieren auch heute gewandt, und es fehlt in dem großen Redebuch nicht an hochinteressanten Momenten. Den Höhepunkt der gestrigen rhetorischen Leistungsfähigkeit erreicht jedoch die heutige Debatte nicht. Am so stürmischer und aufregender gestaltet sich die Abstimmung. Mehrmals mußte der Präsident, um sich in dem Stimmengewirr Gehör zu verschaffen, minutenlang die Glocke schwingen.

Zunächst wurde über den jede Kolonialpolitik ablehnenden Resolutionsantrag der Kommissionsminorität abgestimmt, und zwar nach Nationen. Höchste Spannung steht auf allen Gesichtern. Endlich hat das Bureau das Stimmenverhältnis herausgerechnet: 127 stimmen für den Antrag, 108 stimmen dagegen, 10 Stimmen enthalten sich des Votums. Der Antrag ist angenommen!

Ein brausender Beifallssturm durchstößt den Saal. Und nun wird nach einigen taktischen Manövern der Vertreter des van Stolschen Antrages die Gesamtresolution in einer Fassung angenommen, die die Resolutionen von Paris und Amsterdam nicht abschwächt, sondern verschärft: eine Resolution, die einen festen Wall gegen alles Faktieren mit dem Kapitalismus auf kolonialem Gebiet aufrichtet und der deutschen Sozialdemokratie in dem Kampf gegen die imperialistische Weltpolitik, der uns in Deutschland bevorsteht, gute Dienste leisten wird!

Alle Nationen, mit Ausnahme der Holländer, stimmen nun für die radikale Resolution. Es geht doch vorwärts!

## Auf zum Kampf, Corero!

So hatte Herr Albert Traeger seinen Artikel im „Berl. Tageblatt“ geschlossen. Und die „Voss. Ztg.“ nimmt dem auch den Kampf auf. Freilich zücht sie ihre Klänge nicht gegen den Stier der Reaktion (das Motto aus Wogens temperamentsprudelnder Oper ist von Herrn Traeger freilich nicht gut gewählt, da sich die Reaktion ja das nationale Schwein zum Wappentier erkoren hat), sondern gegen Herrn Traeger selbst. Nun ist freilich Herr Albert Traeger kein Fremdkörper im Fleische des Freisinn, kein „national-sozialer Esoter“, sondern der Senior der Freisinnigen, Herr Traeger vorzugehen, der an Entschiedenheit der Stellungnahme doch Herrn Raumann weit hinter sich gelassen hat, sondern sie zieht es vor, die Breite ihrer „freisinnigen“ Enttäuschung gegen Herrn Raumann abzufeuern. Sie schließt folgendermaßen los:

Aber die freisinnigen Parteien werden sich für die Methode des Kampfes nicht erwarman, für die sich Herr Raumann begeistert. Er bläst „Fanzare“. Er verspricht sich von einem „Vollsturm“ Erfolg. Bei wem eigentlich? Bei der Regierung und der Landtagsmehrheit schließlich. Er weiß, daß beide der Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen nicht zustimmen werden. Er weiß ebenso, daß Herr Wilow, obwohl er diese Forderung ablehnt, einer wesentlichen Umgestaltung des preussischen Wahlrechts geneigt ist. Je mehr daher die Wahlrechtsdebatte auf die Frage zugespitzt wird „alles oder nichts“, um so gewisser wird nichts erlangt. Aber vielleicht kann die bürgerliche Linke sich mit der Hoffnung schmickeln, durch den „Vollsturm“ der Sozialdemokratie den Boden abzugraben? Der nächste Beobachter wird eher der Meinung sein, daß die geflüsternde Erregung der Massen, der unweigerlich die Enttäuschung folgen würde, lediglich der Sozialdemokratie zugute kommen müßte.

Ob der Liberalismus durch die Wahlreform, wie Herr Raumann glaubt, „von selbst magnetisch“ wird, steht dahin; daß aber die Art, in der die Wahlrechtsfrage neuerdings, ohne jedes Uebernehmen zwischen den Parteileitungen der Liberalen Gruppen, vom Abg. Raumann einseitig aufgeworfen und behandelt worden ist, nicht geeignet erscheint, den Liberalismus als Ganzes zu einer politischen Macht in Preußen zu machen, ist nur zu gewiß. Die Aussichten der Wahlreform sind durch diese unzeitige Alarmierung der Wähler eher verschlechtert als verbessert, die Wahlstatistik der Freisinnigen durchkreuzt und erschwert worden. Wenn Herr Wilow entschlossen ist, der Linken auch hinsichtlich des Wahlrechts wenigstens ein gut Stück Weges entgegenzukommen, so hat ihm dieser vorläufige Lärm die Ausführung seiner Absicht mindestens nicht erleichtert.

Das sind freisinnige Fabeln! Die Agrarier haben, was sie nicht durch Hintertreppchenpolitik erreichen konnten, durch das „Schreien“, durch „geflüsternde Erregung der Massen“ erreicht — der Dumb der Landwirte ist nichts anderes als das Produkt der „Erregung der Massen“!

Aber der Freisinn hat es ja auch nicht nötig, die Massen aufzumarschieren zu lassen. Er sitzt ja 32 Mann stark im Abgeordnetenhaus, während Konservative und Prekonserervative dort nur durch 201 Abgeordnete vertreten sind, von den 77 Nationalliberalen gar nicht zu reden! Mit seinen 32 Mann unter 433 wird er die Wahlreform schon beideln — ganz so nämlich, wie es Konservative und Nationalliberale wollen! Der Freisinn ist auch so stark in den höheren und höchsten Stellen der Regierung vertreten, er besitzt so sehr das Ohr des Kaisers, daß er sich einer Unterstützung aus dem Volke heraus leicht entschlagen kann.

Troydem ist es nicht pathologischer freisinniger Größenwahn, der die jammervolle Haltung der Mehrheit des Freisinn distanziert, sondern

nackte klappernde Angst vor der Sozialdemokratie, was seine beispiellos feige Haltung erklärt. Das gibt die „Voss. Ztg.“ selbst unumwunden zu:

„Je lauter „Fanzare“ geblasen und „alles oder nichts“ gerufen wird und je

zweifelloser im Ernstfalle die bürgerliche Linke, Herr Raumann nicht ausgenommen, auch einer erheblichen Wahlreform, die hinter dem Reichswahlrecht zurückbleibt, einwilligen zu stimmen wird, um so bestiger wird die Sozialdemokratie über Verrat schreien und auch über die Fanzarenbläser zur Tagesordnung übergehen.“

Also aus purer Angst vor der Sozialdemokratie will der Freisinn jedes reaktionäre Danaergeschenk akzeptieren und das Reichstagswahlrecht verraten!

Er fürchtet, daß er, wenn er in Versammlungen den Mund gar zu voll nimmt, das Reichstagswahlrecht „zu fordern“ verspricht und nachher jammervoll umfällt, von den Volksmassen als Verantwortlicher des Wahlrechtsverrats angeklagt und zur Rechenschaft gezogen werden würde!

Der Freisinn in seiner Mehrheit will also das Volk gar nicht erst für seine Politik interessieren, sondern alles hinter den Kulissen verhandeln!

Schade nur, daß die Sozialdemokratie diese Kulissen auseinanderwerfen und den freisinnigen Kuhhandel dem Volke in seiner ganzen Schönheit preisgeben wird!

## „Triumphe“ der rumänischen Stolypin-Politik.

Bukarest, 19. August. (Eig. Ber.)

Es ist eine merkwürdige Schicksalsfügung, daß das innere Regime Rumäniens jetzt gerade einem Sohne jenes geliebten Politikers (John Bratianu) anvertraut ist, der in den Jahren 1878 bis 1880 durch allerhand diplomatischen Lug und Trug die Unabhängigkeitserklärung Rumäniens — unter Umgehung der von den europäischen Großmächten als *Condition sine qua non* geforderten Gleichberechtigung der Juden — zu erschleichen mußte. Sonell Bratianu übertrumpft aber seinen Vater noch um ein beträchtliches; lechterer hatte noch einen bescheidenen Rest von Anstand und Skrupeln aufzuweisen. Der Sohn aber kümmert sich um solche Dinge nicht: Vergewaltigungen, Gefährdungen, Mordanschlägen, Putschversuche sind bei ihm gang und gäbe. Aber lassen wir lieber die Tatsachen reden, die sich bloß in den letzten zwei Tagen aufgehäuft haben.

Die Brüder Hoppe, von welchen einer Bibliothekar des hiesigen Arbeiterklubs, der andere einfaches Mitglied der Gewerkschaft war, wurden für diese Verwegenheiten ausgewiesen. Beide sind rumänische Bürger, haben Militärdienst geleistet und sind in die Wählerlisten eingetragen! Da sie als rumänische Bürger von keinen Nachbarstaaten angenommen worden wären, wurden sie heimlich um Ritternach von der rumänischen Polizei des Grenzortes Burdujeni längs des Bahngleises über die österreichische Grenze hinweggeschmuggelt. Die Brüder Hoppe stellten sich aber gleich der österreichischen Polizeibehörde vor und beschrieben ihr, auf welche Weise sie von der rumänischen Polizei hinweggebracht worden waren. Die empörten Grenzwächter führten die Brüder darauf nach Burdujeni zurück, wo die Schergen Bratianus sich ob des mißlungenen Schmuggels durch grausame Mißhandlungen an den Brüdern rächen. Hierauf wurden die Brüder getrennt: der eine wurde unter Androhung der Erschießung zum zweitenmal heimlich nach Oesterreich hinübergeschoben; vom zweiten fehlt bis jetzt jede Nachricht. Ähnlich ist mit dem ausgewiesenen Arbeiter Laslau verfahren worden. Als dieses Mauthornwesen der rumänischen Grenzpolizei in der Bukowina bekannt wurde, rief es eine allgemeine Entrüstung der Bevölkerung hervor. Die Reichsratsabgeordneten dieser Provinz sind entschlossen, diese frechen Verletzungen des Völkerrechts in der nächsten Session des Reichsrats zur Sprache zu bringen.

Ein anderer Fall ungezügelter Ausweisung ist der des Genossen Basile Anagnoste, eines Führers der Bukarester Bewegung. Ohne daß die gesetzlich gewährten 24 Stunden zur Regelung seiner Angelegenheiten eingehalten wurden, schaffte man ihn an den ungarischen Grenzort Predeal, täuschte die ungarische Grenzbehörde mittels eines zwar richtig ausgestellten Passes, der aber gleich nach Ueberquerung der Grenze zurückgenommen wurde! Ueber die Arretierung von acht unserer Bukarester Führer anlässlich der Begleitung von Anagnoste zum Bahnhofe haben wir bereits berichtet. Es sind dies die Genossen: J. C. Trimu, C. Popovitz, Mate Georgescu, Gh. Cristescu, Gh. Tala-Ene, Jordan Jonescu, Gh. Marinescu und Christache Angelescu, welche der „Empörung“ und „Veamenschmähung“ angeklagt sind. Die Untersuchung wurde mit ungewöhnlicher Eile durchgeführt; schon heute nachmittags hat der Prozeß bei geschlossenen Türen begonnen und die Regierung übt direkte Pression auf die Richter aus, damit sie für die erfindenen Vergehen das Maximum des Strafmaßes — 2 Jahre Kerker und lebenslängliche Entziehung der Bürgerrechte — aussprechen. Selbst die konservativen Blätter sind über diese anarchistischen Prozeduren der „liberal-sozialistischen“ Regierung empört.

Kennzeichnend für diese Hooliganpolitik ist, daß wirkliche Verbrecher frei und ungehindert herumspazieren, während die Arbeiter wegen einer friedlichen Kundgebung verfolgt werden. So der Subkommissar Zenide, der einen unschuldig Verhafteten namens Figareanu im Polizeiarrest derartig mißhandelte, daß er unter den Schlägen wie tot zusammenbrach und dann, entweder um den Qualen zu entgehen, sich erhängte oder zwecks Vertuschung des Verbrechens von Zenide erhängt wurde (die Meinungen der Gerichtsarzte gehen darüber noch auseinander).

Von Nichtsozialisten sind dieser Tage ausgewiesen worden: Leonardo Panteroff, Mitarbeiter der unabhängigen Zeitung „Adeverul“ welcher in der Sommerfrische Sinata aufgegriffen und über die Grenze geschafft wurde; der Buchdrucker Kalber, Herausgeber einer jüdischen Zeitung; die Arbeiter Teodor Naresa und Toma Halcin aus Braila, die das „Verbrechen“ begangen haben, die Gewerkschaftslokale zu betreten.

Im ganzen hat die Regierung in 5 Monaten neunhundert Ausweisungen dekretiert, die zum größten Teil auf das Konto der jungen Arbeiterbewegung kommen! Es ist dies eine seit dem Bestande des Königreichs noch nie dagewesene Hejragd. Wenn die deutschen Genossen unter dem Bismarckschen Regime derartige Verfolgungen zu erdulden hatten, so war es wenigstens ein durch das Sozialistengesetz formal legalisiertes Treiben. In Rumänien aber, wo die Verfassung jedermann die weitgehendsten Freiheiten einräumt, wo Agitation, Koalition, Pressefreiheit und Versammlungsrecht

ungehindert gelübt werden dürfen, sind die Taten der liberalen Regierung nichts als ungezügliche, provokatorische Maßnahmen, die darauf hincielen, die Betroffenen zur Gegenwehr aufzufachen, um die Arbeiterbewegung dann — wie die Agrarunruhen in diesem Frühjahr — in einem schrecklichen Blutbade zu vernichten.

Doch die Arbeiter haben die verbrecherischen Absichten der Regierung rechtzeitig durchschaut und mit einer bewundernswürdigen Mächtigkeits- und Selbstzucht ertragen sie die schweren und zahllosen Terrorismustakte. In der laufenden Woche haben in Bukarest zwei große öffentliche Versammlungen im Lokale der „Romania Muncitoare“ stattgefunden, eine am Mittwoch, den 14. August, die andere gestern, den 18. August. Die Bewegung bekundet eine Zähigkeit und innere Kraft, die die Anarchisten von oben in noch größere Wut versetzen muß. Anstelle der verhafteten und ausgewiesenen Genossen entziehen der Bewegung neue Kämpfer, neue Redner, neue Führer. Eine Opferfreudigkeit und ein Solidaritätsgefühl gibt sich kund, wie sie nur aus innerem Kraftbewußtsein erwachsen können. Unter dem enthusiastischen Beifall der Zuhörer brandmarkten die Redner die anarchistische Wutpolitik Jonell Bratianus, die Schenlichkeiten seiner Politik, die Wiedereinführung der zaristischen Ausweisungsmethode und kennzeichneten mit blutigem Hohn die Helfershelferdienste, die die abtrünnigen „Erzgenossen“ dem rumänischen Stolypin leisten. Besonders war der Anführer dieser Renegaten, Joan Radajde, Redakteur des von der Regierung bezahlten Sudelblattes „Voitga Nationale“, die Zielscheibe des unwürdigen Arbeiterwipes.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Regierungsterror ganz andere Resultate hervorbringen wird als die, welche die liberalen Dummelmänner davon erwarten: Die rumänische Arbeiterbewegung wird erprobt, gestärkt und vergrößert aus dieser Verfolgungsära hervorgehen. Derweil hat das Wort „liberal“ seine Zugkraft für die Arbeiter völlig verloren; es ist für jeden anständigen Menschen eine Schande geworden, „liberal“ geheißt zu werden.

Gerade bei der Beendigung unseres Berichts lief die Freudenbotschaft ein, daß die Richter im Prozeß gegen die acht der „Empörung“ und „Veamenschmähung“ angeklagten Bukarester Genossen in allen Fällen einstimmig auf Freisprechung erkannt haben. Das heulende Ebenbild Stolypins hat also die erste schon langverdiente Ohrfeige bekommen. Hoffentlich bleibt sie nicht für lange die einzige!

Die Freigesprochenen werden aber weiter in Haft bleiben müssen, da der Staatsanwalt Einspruch gegen das Urteil erhoben hat!

## Marokko.

Admiral Philibert hat der französischen Regierung gemeldet, daß die Meldung von der Proklamierung Mulay Hafids zum Sultan amtlich nicht bestätigt sei. Nichtamtlich wird sie indes durch mehrere Meldungen bestätigt. So berichtet das „Bureau Reuter“: Mulay Hafid sei in Marrakesch mit großem Jubel zum Sultan ausgerufen worden und habe die Regierung abgesetzt. Er treffe Vorbereitungen, um mit 20 000 Reitern nach Norden gegen Casablanca zum Angriff gegen die europäischen Truppen vorzugehen. Man fürchte, daß der neue Sultan nach den Hafensstädten Abgesandte schicken werde, um dort neue Gouverneure zu ernennen, wodurch sicherlich weitere Unruhen entstehen würden.

Eine andere Meldung lautet: Tanger, 22. August. Die Proklamierung Mulay Hafids zum Sultan wird von mehreren Seiten bestätigt und zwar sind es die Stämme von Süd- und Zentralmarokko, die ihn zum Sultan ausgerufen haben. Sie treffen Vorkehrungen, um mit bedeutenden Streitkräften gegen Casablanca zu ziehen.

Dort mehrten sich die tollkühnen Angriffe der Marokkaner. In der Nacht zum Mittwoch haben sie ein mauthörliches Feuer gegen die Franzosen unterhalten und in der Frühe des Morgens mehrere Attacken gewagt, die allerdings zurückgeschlagen wurden. Es muß aber auffallen, daß die französischen Verluste nicht mehr gemeldet werden! Bedenklich lautet auch eine Pariser Meldung der „Agence Havas“, wonach das Kriegs- und das Marineministerium ablehnen, die Meldung des „Temps“, nach der General Drude Verstärkungen verlangt haben soll, zu bestätigen oder zu dementieren!

Indes ist es offenbar, daß die Regierung entschlossen ist, Verstärkungen zu senden; heißt es doch in der Meldung der „Agence Havas“ weiter, es werde darauf hingewiesen, daß dem General binnen kurzer Zeit Truppen in einer Effektivstärke von 5000 Mann zur Verfügung stehen werden, die, abgesehen von unvorhergesehenen Ereignissen, ausreichend seien, um Casablanca zu schützen.

Außerdem liegt noch folgende Meldung vor:

Tan, 22. August. Das Transportschiff „Bin Long“ ging gestern abend mit 800 Schühen und 125 eingeborenen freiwilligen Kamelreitern (Goumiers) an Bord nach Casablanca ab.

Die Lage der Europäer in den marokkanischen Städten ist sehr bedrohlich. Darüber wird berichtet:

Paris, 22. August. Wie aus Tanger gemeldet wird, ist die Lage in Fez noch immer unbeständig. Man glaubt, daß die Europäer nunmehr unzugänglich die Stadt werden verlassen müssen, und meint, daß die Abreise mit Schwierigkeiten verbunden sein wird. Auch der Bericht des englischen Konsuls stellt die Lage in Fez als bedenklich dar.

Adn, 22. August. Die „Kölnische Zeitung“ erfährt heute aus Tanger, daß nach Nachrichten aus Fez die französische, englische und spanische Kolonie diese Stadt in den nächsten Tagen verlassen werden. Die Deutschen haben sich noch nicht entschlossen, ob sie ebenfalls nach der Küste aufbrechen werden.

Ueber die Vorgänge vor Casablanca wird telegraphiert:

London, 22. August. Dem Reuterischen Bureau wird aus Casablanca von gestern gemeldet: Eine starke Abteilung britischer Araber umgingelte heute früh die Stadt und griff die französische Stellung an, trotz des heftigen Feuers, das von Lande und von der See aus auf sie gerichtet wurde. Die Franzosen sendeten eine schwache Truppenmacht aus, vor der der Feind sich zurückzog. Nach kurzer Zeit aber sammelte er sich wieder und machte quer über die freie Ebene hin mit bewundernswürdiger Tapferkeit einen erneuten Angriff, der indessen unter dem bedrohlichen Artilleriefeuer scheiterte. Nach einiger Zeit stürmte eine große Schaar wiederum talwärts gegen die französische Infanterie vor. Die Araber ritten etwa zwei Meilen in geschlossenen Reihen unter heftigem Feuer vorwärts und näherten sich bis auf eine Entfernung von 400 Yards, ehe sie zum Rückzuge gezwungen werden konnten. Ein weiterer erfolgloser Angriff wurde auf der Westseite gemacht.



Casablanca, 22. August. (Nachricht des Reuterschen Bureaus.) Die Marokkaner erlitten eine lebhaftige Tätigkeit und unterhielten in vergangener Nacht ein unaufhörliches Feuer gegen die Außenposten, die rund um die Stadt Stellungen eingenommen haben. Die Kriegsschiffe dampften am frühen Morgen die Küste entlang, beschoßen Dörfer und Gehöfte, die dem Feinde Deckung gewährten, und legten sie in Asche. Beunruhigten den Feind selbst aber nur wenig, da er sich hinter die Hügel zurückzog, die sich zwischen den brennenden Dörfern und der Stadt ausdehnen.

Paris, 22. August. Der „Matin“ meldet: Der Kampf bei Casablanca am 19. August dauerte eine halbe Stunde. Die Artillerie verschwendete die Angreifer. Es sollen 4000 Marokkaner vor der Stadt gelegen haben, und General Druze erklärte es für unmöglich, sie ohne eine Verstärkung von 1500 Mann zu vertreiben. Die spanischen Truppen verweigern noch immer, sich am Kampfe zu beteiligen. — Der „Petit Parisien“ meldet aus Casablanca, daß die Stämme im Innern fortfahren, Tausende von Reitern dorthin zu entsenden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. August 1907.

### Die Eingeseiften.

Unter der Stichmarke „Der eingeseifte Freisinn“ höhnt die ultramontane „Köln. Volkszeitung“ erbarmungslos über die zu Kreuze gekrockene Mehrheit des Freisinn.

Das Zentrumsblatt hat zudem das Spottwort vom „eingeseiften“ Freisinn nicht selbst zu erfinden brauchen. Herr Albert Traeger selbst hatte seine Beweismomente an den Freisinn mit dem melancholischen Stoffsprenger geschlossen:

„Alles ist bereit, der entsetzliche Freisinn ist schon eingeseift, mit wohlriechender Seife, wie dankbar anzuerkennen, hoffentlich schneidet er sich nicht selbst.“

Ueber den von Hilow und den Freisinnsdiplo maten eingeseiften Freisinn schreibt nun die „Köln. Volkszeitung“:

„In den letzten acht Tagen hat sich in der Taktil der Freisinnigen in der Wahlrechtsbewegung eine kleine Veränderung vollzogen; es wird bereits ein Vöhrmarj nach rechts eingeleitet. Bis zum November kann man noch sehr viel auf diesem Wege erleben. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ hat in ihrer letzten Wochenrundschau den Abgeordneten Raumann ziemlich unerbittlich als einen „politischen Desperado“ bezeichnet und höchst sonderbar: die ganze freisinnige Presse schweigt hierzu und wehrt sich höchstens gegen den Versuch konservativer Organe, den offiziellen Ausdruck auf weitere freisinnige Kreise auszudehnen. Wir erblicken in dieser Haltung bereits die Preisgabe von Raumann, und es wird nicht allzulange dauern, da sind auch seine Vorschläge über Bord geworfen.“

Es ist kein Zweifel: der Freisinn steht vor der Gefahr, gründlichst eingeseift zu werden. Nicht zwar die Bourgeoislemente des Freisinn, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht hassen wie nur ein konservativer Kraut- oder national-liberaler Schlotjunker, sondern die entrechteten Mißläufer des phrasenschwammigen Freisinn!

Aber das rechtlose, verachtete „Stimmvieh“ des Freisinn wird nicht allein der Eingeseifte sein, sondern auch die Nichtbesitzenden, Entrechteten des Zentrums! Sie verläßt die Zentrums- presse „einzuseifen“ durch Beförderung des Freisinn, während sich im Zentrum nicht einmal die Raumann und Traeger gefunden haben, die wenigstens einen Anlauf genommen haben, die feige und verräterische Stellung der „führenden Kreise“ zu durchkreuzen!

Wollen sich die Zentrumsproletarier wirklich von Latifundienbesitzern und Industrieherrn, die mit dem Troß der allezeit mit den Besitzenden gehenden Vertreter der Kirche bislang die Leiter der Zentrumspar tei bildeten, noch schmählicher einseifen lassen, wie die freisinnigen Proletarier?!

### Utopisten.

Im „Tag“, dieser angeblich unparteiischen Zeitung, die in Wahrheit ein Sammelboden aller Hasser des Sozialismus ist, haben sich wieder einmal ein paar „wahrhaft deutscher“ Leute mit der Frage abgequält, was geschehen könne, um die schulentlassene Jugend „mehr als bisher von dem Einfluß staatsfeindlicher Elemente fernzubal ten“. Sie sind dabei auf die grandiose Idee verfallen, körperliche Übungen, Spiele und Sport unter staatlicher Leitung einzurichten. Auch soll die „deutsche Turnerschaft“, die soeben in Worms beruht geworden, dabei mithelfen. Ihnen antwortet in der heutigen Nummer des „Tag“ ein Fachmann, der Direktor der kaufmännischen Fortbildungsschulen Berlins, Dr. Anöel, und seine einfache Darstellung der Tatsachen zeigt deutlich, wie die Not unserer Jugend organisch aus den Zuständen herauswächst. Er schreibt:

Von einer überzeugenden Gewinnung unserer Schulentlassenen zu freiwilliger Betätigung in Spiel und Sport kann überhaupt nicht die Rede sein. Mehrere von dem Verfasser mit kaufmännischen Fortbildungsschülern gemachte Versuche, sie zur Begründung von Turn- und Wandervereinigungen unter dem Protektorat der Lehrerschaft zu veranlassen, haben bisher zu sehr geringen Erfolgen geführt. Nur etwa 10 Proz. der Jungen meldeten sich überhaupt zum Beitritt, schon nach wenigen Turnabenden ging der Besuch auf die Hälfte, ein Drittel und noch mehr zurück. Die Gründe hierfür sind dem nicht fremd, der sich mit den Verhältnissen der Schulentlassenen genauer beschäftigt hat. Der heutige Lehrling ist ein vielfach geplagter junger Mensch. Neben der praktischen Lehre, die ihn, außer einer kurzen Mittagspause, von morgens 8 bis abends 8 Uhr in Anspruch nimmt (wogu in den Großstädten noch weite Heimwege treten), hat er an dem sechs- bis achtstündigen wöchentlichen Pflichtfortbildungsschulunterricht teilzunehmen. Da dieser an zwei bis drei Tagen der Woche stattfindet und mit großer Pünktlichkeit beginnt, befindet sich der Junge fast in einer ständigen Hektik zwischen Haus (Mittagsessen), Geschäft und Schule. Während der eigentlichen Geschäftszeit werden dann gehörige Ansprüche an seine Arbeitskraft gestellt, um die verbliebene Zeit einzuholen; auch die Schule kann von einem, wenn auch beschränkten Maß von Hausarbeit nicht absehen. So kommt der Junge abends um 9 Uhr oder noch später ermüdet und ausgehungert nach Hause, um nach häßlichem Abendbrot vielleicht noch Schul- oder Geschäftsarbeiten nachzuholen. Daß man von einem solchen Jungen (und er bildet die Regel) nicht noch viel verlangen kann, daß er sich mit anbrechender Nacht noch anstrengenden Turnübungen hingibt, das muß jeder wirklich sozial fühlende zugeben. Nach ruhigem Zusammensein mit der Familie gehört er so früh als möglich ins Bett. So verläßt er in der Woche überhaupt über keine Freistunden, die er körperlichen Übungen widmen könnte.

Man mag diese Schilderung anlassen, wo man will — immer ergibt sich als endgültiges Heilmittel nur die Befreiung der Zustände, die eine solche Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft ermöglichen. Zum Beispiel: Herr Direktor Anöel schlägt vor, den Sonnabendnachmittag gesetzlich frei zu geben und auf Staatskosten zu Leibesübungen und geselligen Veranstaltungen zu benutzen. Er macht sich selbst darauf gefaßt, daß dieser Vorschlag ein Petergänschen hervorrufen wird. Das wird wohl auch stimmen. Wenn zur Fortbildungsschule noch ein freier

Nachmittag jede Woche kommt, so verlieren die „Lehrherren“ in der Tat allgemach jedes Interesse an der Beschäftigung von „Lehrlingen“, die sie jedoch nur aufstellen, weil sie sie billiger haben als erwachsene Arbeiter. Wird aber die Zeit, die sie über die Jugendlichen verfügen können, immer mehr beschnitten, dann müssen sie ja daneben doch Erwachsene haben. Und so wird es Herr Dr. Anöel erleben, daß sein Vorschlag, mit dem er die Sozialdemokratie zu bekämpfen gedenkt, nur von der Sozialdemokratie unterstützt wird. Die „staatsbehaltenden Elemente“ dagegen werden ihn bald als sozialdemokratisch denunzieren.

Wirklich helfen könnten nur zwei Maßregeln: erstens eine Besserung der Schule, so daß die Fortbildungsschule, die ja doch immer nur ein Surrogat ist, überflüssig würde; und zweitens eine Umwandlung der Lehre, so daß sie eine wirkliche Lehre wird und nicht nur eine Ausnutzung billiger Arbeitskraft. Beides wird der Klassenstaat nicht tun, weil er viel zu drängende Interessen hat, die Volksbildung auf einem tiefen Niveau zu halten, und weil die heutige Inhabitslosigkeit der Lehre eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung ist, die sich durch Gesetze überhaupt nicht wegdekretieren läßt. Ueberdies würde durch beide Maßnahmen wohl die Not der Jugend behoben, aber der Sozialdemokratie kein Abbruch getan, also der Hauptzweck der „Tag“-Kämpfer nicht erreicht.

Ein Mittel suchen, welches die Jugend den schädlichen Folgen der kapitalistischen Wirtschaft entzieht und dabei den Klassenstaat unangestastet läßt, ja ihn noch stärkt, ist eine Utopie, viel phantastischer als die vertwegenste Futuristenaufmarterei. —

### „Sommertheater“.

Ueberaus schlaue Schauspieler sind von jeher die Zentrums- politiker gewesen. So benutzen sie auch jetzt wieder das klägliche Verhalten des Freisinn in Wahlrechtskämpfe, um selbst im Trüben zu fischen. Die „Germania“ verspottet die ganze freisinnige Aufregung als „Scheinmanöver“ und „Sommertheater“ und benutzt sie zugleich mit raffinierter Geschicklichkeit als Aulisse, um — selbst ein artiges Sommertheater dahinter aufzuführen. Sie schreibt:

„Wir fragten vor einiger Zeit, ob die freisinnige Wahlrechtsbewegung ein Sommertheater darstelle oder die Vorbereitungen auf einen Winterfeldzug. Heute schon kann man sagen, daß die ganze Aktion ein Scheinmanöver ist, daß bis zum Herbst noch so viel Wasser in den freisinnigen Wein gegossen werden wird, daß er selbst Konservativen und Nationalliberalen schmadhaft erscheint.“

Das ist gewiß sehr richtig, ebenso die dann folgende Schilderung, wie der Freisinn „Blatt um Blatt“ von Raumanns ansehnend so fähigem Vorkost abfiel. Dann aber schließt das Zentrumsorgan mit den Worten:

„Wie würde es denn dem Freisinn, wenn nun im Herbst das Zentrum die Agitation für das Reichstagswahlrecht aufnähme? Dann müßte der Freisinn wieder mitmachen, da die Zentrumsredner nur alle die schönen Artikel der freisinnigen Presse verlesen dürfen. Das Zentrum tritt ja seit Jahren für die Einführung des Reichstagswahlrechts ein; sein Antrag besteht fort.“

„Wenn!“ — Man möchte die diabolische Geschicklichkeit dieser paar Zeilen fast bewundern. Wie werden die Zentrums- wähler so schön eingeschläfert, wie wird ihnen der Gedanke suggeriert, daß ihre Partei im Herbst, wenn es Zeit sei, schon für das Reichstagswahlrecht sorgen werde! Und da der gute Zentrumsmann gleichzeitig den harten Vorwurf gegen die Scheinmanöver des Freisinn vorgelegt bekommt, so kommt er natürlich im Traume nicht auf die Idee, daß er dabei das Opfer eines Scheinmanövers seiner eigenen Partei wird. Das genügt vorläufig. Im Herbst denkt das Zentrum natürlich in entferntesten nicht daran, eine Agitation für das Reichstagswahlrecht zu beginnen. Es findet dann schon eine neue „wohlriechende Seife“, um seine Leutchen einzuseifen. —

### Die Sünde der Väter

wird heimgeführt an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied. Diese furchtbare Sägung des alten Testaments wird noch übertrumpft im christlichen preußischen Staat — freilich nicht immer, sondern nur, wenn es sich um eine Sünde wider das handelt, was man bei und in den „hohen“ Kreisen den „nationalen Geist“ zu nennen beliebt. In der „Germania“ finden wir folgendes erbauliche Geschichtchen:

„Wir (d. h. die „Germania“) erwähnten vor einigen Tagen, daß der Rittergutbesitzer Wolf Heinrich sein 8000 Morgen großes Gut Kluzewo an die polnische Forstverwaltung verkauft, da diese ihm 1/2 Million Mark mehr geboten hatte, als die Ansetzungs-Kommission. Es wurde bemerkt, daß diese Angabe von halatistischer Seite mit Hinweis auf zwei Schwiegersöhne des genannten Herrn Heinrich wiedergegeben worden sei, von denen der eine Oberleutnant und der andere Schwager eines Oberpräsidenten sei, als wenn man diese für sein Verhalten verantwortlich machen wollte. Jetzt hat man, wie und berichtet wird, einen dritten Schwiegersohn, der Leutnant in einer schlesischen Garnison ist, ohne besonderen Grund auf unbestimmte Zeit „beurlaubt“. (Wohl der Anzientität halber?) In dortigen Offizierskreisen hatte man das schon gleich nach dem gemeldeten „Verbrechen“ prophezeit.“

Der Arm preußischer Gerechtigkeit reicht sehr weit. Der Herr Leutnant wird wohl bald als „a. D.“ Betrachtungen darüber anstellen können, wie schwer er sich verständig hat, als er einen solchen Mann zum Schwiegersohn erkor. Hoffen wir, daß ein Drittel der 250 000 M. — so viel wird ja wohl auf seinen Anteil kommen — ihn vor dem Verfallen in Weltjämmer und vor Selbstmordgedanken bewahren möge.

Die Sache hat aber doch neben der tragikomischen auch eine ernste Seite. Was bezweckt man denn eigentlich mit dieser Maßregelung eines Offiziers für mißliebigen Verhalten seines Schwiegersohns? Der Mann wird doch auf den Verkauf gar keinen bestimmenden Einfluß gehabt, vielleicht nicht einmal davon gewußt haben. Folglich kann die Maßregelung nur beabsichtigen, für künftige Fälle alle anderen Vorgesetzten durch die Furcht vor Achtung ihrer unschuldigen Verwandten von ähnlichen Verläufen abzuhalten. Ein Verfahren, das im Volksempfinden fast an Rötigung, ja weil es sich um einen Vermögensvorteil handelt (nämlich die 250 000 M., die von deutscher Seite weniger gezahlt werden sollten), sogar an Erpressung erinnert. Auf alle Fälle zeugt es von einer erschreckenden Verwahrlosung aller rechtlichen und sittlichen Begriffe! —

### Wahlrecht und „nationalgesinnte Arbeiter“.

Der „Nationale Arbeiterauschuß“ versendet einen Aufruf, in dem auf die Frage der preußischen Wahlrechtsreform und die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus hingewiesen wird. Der Aufruf nimmt sonderbarerweise — wie er betont: a b s c h l i e ß l i c h — keine Stellung zur prinzipiellen Frage der Wahlrechtsreform; er will es jedem Arbeiter überlassen, „in der Partei, welcher er sich angegliedert hat, die Interessen des deutschen Arbeiterstandes zu wahren und zur Geltung zu bringen.“

Das heißt dem doch der Kernfrage aus dem Wege gehen! Meinte es der Ausschuß ernst mit der Ermäßigung des Reichstagswahlrechts, so gäbe es für ihn nur die Parole, einzig diejenigen Parteien zu unterstützen, die in der Frage der preussischen Wahlrechtsreform entschieden — und zwar durch die Tat — Farbe zu bekennen sich verpflichten!

Der Aufruf der „nationalgesinnten Arbeiter“ der christlich-sozialen Gruppe Behrens erstreckt jedoch nicht das gleiche, uneingeschränkte Wahlrecht für alle Ausgebildeten und Entrechteten, sondern er hofft, durch allerhand Wiße und Kniffe für seine Gruppe eine Anzahl von Mandaten zu ergattern. Ob auch die übergroße Masse der Arbeiter fernherhin von entsprechender Vertretung ausgeschlossen bleibt, ist dieser Sorte von Arbeitervertretern gleichgültig!

Nicht um Aenderung des Wahlrechts kämpfen diese „Arbeitervertreter“, sondern um Konzessionen an die kleine „nationalgesinnte“ Truppe des Proletariats:

„Denn bei den Landtagswahlen verfügen die alten Parteien in weit größerem Maße wie bei der Reichstagswahl ohne Ausnahme über eine erhebliche Anzahl sogen. bombensicherer Wahlkreise. In einigen davon können sie wohl geeignete Arbeiter ihrer Richtung wählen lassen, oder Arbeiter als Kompromißkandidaten unterstellen. Wir fordern namens der Gerechtigkeit für Arbeiter Sitz und Stimme im preussischen Landtag. Die nationalen Parteien mögen beweisen, ob sie des Vertrauens der nationalgesinnten Arbeiter würdig sind. Getreu den Grundsätzen der christlich-nationalen Arbeiterpartei lehnen wir die Bestrebungen, welche geeignet erscheinen, neben den politischen Parteien eine besondere Klassenpartei der Arbeiter zu bilden, ab, weil dadurch die Arbeiterinteressen im Parlament am wenigsten gefördert werden. Ebenso, wie wir die berechtigten, im wohlverstandenen nationalen Interesse des Vaterlandes liegenden Angelegenheiten der anderen Stände anerkennen, so sind wir nationalgesinnten Arbeiter unter der Voraussetzung des gleichen Entgegenkommens auch bereit, Schulter an Schulter mit den Angehörigen anderer Stände in den verschiedenen Parteien an der sozialen Wohlfahrt des Volkes und dem Ausbau des Staates mitzuarbeiten.“

Immerhin sollte diese Agitation der „Nationalgesinnten“ den übrigen Gewerkschaftsorganisationen ein Ansporn sein, auch ihrerseits in den Kampf für die preussische Wahlrechtsreform mit aller Energie einzugreifen! Von den freien Gewerkschaften versteht sich das ja von selbst; aber auch die Hirsch-Dunderschen und Zentrums-gewerkschaften sollten sich etwas lebhafter zu rühren beginnen!

Handelt es sich doch um ihre eigenste Angelegenheit! —

### Na, sag doch, Du Schweinegel!

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Ein „gemäßigter“ Vorgesetzter stand in der Person des Unteroffiziers Florus Giller vom Infanterie-Regiment Nr. 153 in Altdenburg vor dem hiesigen Kriegsgericht. Am 19. Juni unterrichtete er neun bis zehn Mann über die allgemeine Posteninstruktion. Als der Musikleiter Schultes über den Satz: „Der Posten soll unausgesetzt nach dem Feinde auspähen“, nicht hinauskam, trat der Unteroffizier den Musikleiter auf die Beine und rief: „Na, sag doch, Du Schweinegel!“ Er fragte dann den Schultes, was er sich unter „Auspähen“ vorstelle. Der Untergebene wurde ängstlich und spie dann auf einmal aus, da er in seiner Herzensangst verstanden hatte, was er unter „Auspähen“ verstehe. Der Unteroffizier gab darauf dem Untergebenen eine derbe Ohrfeige und erteilte dem Geschlagenen, der ein weinerliches Gesicht machte, den Befehl „hinlegen“. Als Schultes sich erhob, erhielt er noch einen Stoß in die Kniekehlen. Für all diese Schurkegeleien wurde der Unteroffizier zu acht Tagen Mittelfarreß verurteilt. — So wird den Untergebenen in der Kaserne „Bildung“ und Gefühl für Menschenwürde beigebracht. —

### Schweiz.

#### Ein deutscher Spizel ausgewiesen.

Zürich, 22. August.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der Bundesrat zu Bern hat den deutschen Polizeispizel Karl Gruber ausgewiesen. Gruber gab sich für einen Anarchisten aus und leistete in Zürich und Genf der Berliner Polizei für 125 Frank monatlich Spizel-dienste.

### England.

#### England und Transvaal.

London, 20. August. (Fig. Ver.)

Das britische Parlament nahm gestern in der zweiten Lesung die Transvaal Loan Bill an, auf Grund welcher England eine Transvaal Anleihe von 5 Millionen Pfd. Sterl. (100 Millionen Mark) garantiert. Die Anleihe soll verwendet werden zur Schaffung einer Landeskassenschatz (50 Millionen Mark), um den Ackerbau zu beben; 8 Millionen für Bewässerungsanlagen; 6 Millionen für Ansiedelungen; 4 Millionen für öffentliche Gebäude; 53 Millionen für den Bau von Eisenbahnen und Reparaturen und Ausbau der alten Eisenbahnlinien, Straßen usw. Die Staatsschulden Transvaals betragen 81 Millionen Pfd. Sterl., wovon 20 Millionen auf produktive Zwecke ausgegeben wurden. Die aufgenommenen Anleihe wird es der Transvaalregierung ermöglichen, sich von den Goldmagazinen einigermaßen unabhängig zu machen und die chinesischen Arbeiter zurückzuführen.

Bei der Debatte wurde von Sir Charles Dille hervorgehoben, daß die Regierung die Gelegenheit der Anleihegarantie dazu hätte benutzen sollen, der Hindu-Bevölkerung in Transvaal eine bessere legale Stellung zu sichern. —

Die Transvaal Legislative beschloß mit 42 gegen 19 Stimmen, den Cullinan-Diamanten (den größten Diamanten der Welt) im Werte von drei Millionen Mark anzukaufen und ihn der englischen Krone zum Geschenk zu machen. Der Antrag wurde von den Bureauangeordneten unterstützt, während er von den britischen Delegierten abgelehnt wurde! Die Arbeiterabgeordneten stimmten mit den Bureau!

#### Zur Lage in British-Indien.

London, 20. August. (Fig. Ver.)

Die englische Presse veröffentlicht heute eine Erklärung der britischen Journalisten in Bengalen, in der das britische Publikum gegen die übertriebenen und alarmierenden Nachrichten, die die sogenannten Spezialkorrespondenten aus Indien nach England schicken, gewarnt wird. Die britischen Journalisten in Bengalen, die die verschiedenen Parteiblätter vertreten, geben zu, daß ein gewisses Maß von Unzufriedenheit unter der Bevölkerung vorhanden ist, daß in einigen Teilen der Provinz Unruhen vorläufen, die aus religiösen Meinungen zwischen Hindus und Mohammedanern entsprangen, aber es sei noch nichts vorgekommen, was den alarmierenden und sensationellen Nachrichten auch nur den Schein der Wahrheit geben könnte. Die Nachrichten seien teils unwahr, teils stark übertrieben.



Die Erklärung ist unterschrieben von den Redakteuren des „Statesman“, der „Indian Daily News“, des „Empire“. Unter den Redakteuren befindet sich S. N. Katiciffe, der sozialistisch gesinnt ist und der Fabian Society angehört.

### Die Ansiedelungsvorlage.

London, 20. August. (Fig. Ver.) Das Oberhaus nahm gestern die zweite Lesung der Small Holdings and Allotments Bill (Ansiedelungsvorlage) an. Die Ansicht ist allgemein verbreitet, daß sie mit unbedeutenden Amendements von den Lords angenommen werden wird. Bei der definitiven Annahme der Vorlage werden wir ihre Grundzüge besprechen, da sie auch für Sozialisten von Interesse sein dürfte.

### Australien.

#### Instimmigkeiten im Bunde.

Melbourne, 21. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Aus Anlaß einer heute in Sydney durch das Zollamt vorgenommenen Beschlagnahme einer für die Regierung von Neusüdwales bestimmten Warenladung aus London, für die die Zahlung von Zollgebühren verweigert wurde, telegraphierte der Bundesstaatsminister an den Premierminister von Neusüdwales, daß er das Zollamt angewiesen habe, die Beschlagnahme unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Er hoffe dabei seitens der dortigen Regierung auf Unterstützung und nehme an, daß diese nicht bei einem ungeschicklichen Verhalten beharren werde, das ernste Folgen haben müßte.

Der Premierminister von Neusüdwales erwiderte, der Versuch, Zoll auf Staats- oder königliches Eigentum zu erheben, sei ungeschicklich und stehe im Widerspruch zur Auffassung des höchsten Gerichtshofes von Neusüdwales, die solange als gültig anzusehen sei, als keine andere gesetzliche Entscheidung vorliege.

## Aus Industrie und Handel.

### Einkommensteigerung im Jahre 1906.

Die gesamte bürgerliche Presse delectiert sich an verschiedenen Auslassungen des Genossen Calwer in seinem „Wirtschaftsjahr 1906“. Das ist erklärlich. Diese Auslassungen können ja gegen die Haltung der Partei in Fragen der Handelspolitik und gegen Argumente der Gewerkschaftsführer bei Lohnkämpfen ausgespielt werden. Das Ergötliche bei der Sache ist, daß die optimistische Auffassung Calwers, über die günstige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiterchaft, bei unseren Gegnern gleich zu einem Einbruch in das theoretische Gebäude des Sozialismus avanciert. Ob die Konsumkraft der Arbeiter sich im letzten Jahre gehoben hat oder nicht, das hat mit sozialistischen Theorien nichts zu tun; weder das Eine noch das Andere spricht an sich für noch gegen den Sozialismus. Auf den billigen Weg, die Argumente der Gegner zu einer Retourkutsche zu benutzen, verzichten wir. Daß allerdings Calwers optimistische Auffassung durch Tatsachen nicht gestützt wird, kann unser Vergnügen über die Purzelbäume in der bürgerlichen Presse nur erhöhen. Nachgewiesen haben wir schon, daß zum Beispiel die von Calwer angeführte Tabelle über Löhne für ungelernete Arbeiter in Berlin, der von ihm ausgesprochenen Meinung, die Konsumkraft sei im allgemeinen gewachsen, direkt widerspricht. Für unsere Ansicht, daß die Konsumkraft der Arbeiterchaft im Jahre 1906 nicht gewachsen ist, geben wir weiter nachfolgende Tabelle über Jahresdurchschnittslöhne nach den berufsgenossenschaftlichen Nachweisen. Die ausgeführten Genossenschaften, die wir im Jahresbericht der Kleinindustrie- und Maschinenbau-V.-G. zusammengestellt finden, umfassen die Gewerbe, in denen die höchsten Löhne verdient werden, aus denen die meisten Klagen über Arbeitermangel und Lohnsteigerungen kamen. Die Genossenschaften mit den niedrigen Löhnen sind in der Tabelle nur schwach vertreten, so daß man ruhig annehmen darf, daß die Zahlen die Verhältnisse eher zu günstig als zu ungünstig spiegeln. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft, aus der Angaben übrigens noch nicht vorliegen, muß bei den Vergleichen zwischen 1905 und 1906 ausgeschaltet werden, weil der große Streik im Jahre 1905 den Vergleichswert der Jahreslöhne aushebt. Die rechnerischen Ergebnisse der Berufsgenossenschaften, die für uns hier nur Vergleichswert haben, sind folgende:

Berufsgenossenschaft	Jahresdurchschnittslohn		Zunahme in Proz.
	1905	1906	
Zugerei	1118	1122	0,36
Norddeutsche Holz	956	984	2,93
Maschinenbau u. Kleinisen	1164	1215	4,39
Norddeutsche Baugewerks	878	908	3,42
Mh.-Westf. Hütten- u. Walzwerk	1413	1498	6,01
Feinmechanik	1143	1186	3,76
Beleidigungsindustrie	782	814	4,09
Süddeutsche Eisen u. Stahl	1011	1060	4,84
Riegelei	622	659	5,95
Chemische Industrie	995	1079	8,44
Rhein.-Westf. Baugewerks	814	859	5,53
Steinbruch	943	992	5,19
Sächs.-Thüring. Eisen u. Stahl	1075	1115	3,72
Buchdruckerei	1040	1067	2,59
Brauerei u. Mälzerei	1166	1186	1,71
Norddeutsche Metall	932	973	4,39
Norddeutsche Eisen u. Stahl	1085	1188	9,49
Rhein.-Westf. Textil	821	852	3,77
Schlesische Eisen u. Stahl	896	935	5,53
Südwestdeutsche Eisen	1141	1181	3,50

Calwer hat die Verteuerung der Haushaltungskosten auf rund 5 Proz. angegeben, dazu kommt noch die Mehrausgabe für Kleidung, Wohnung usw. Daß auf dem Lande die Verteuerung der Lebenshaltung stärker gestiegen ist, das hebt Calwer ausdrücklich hervor. Das obige Ergebnis ist gewonnen aus der Bewegung der Warenpreise in einer Reihe Großstädte. Danach dürfte man mit der Annahme einer Prozentigen Verteuerung der Lebenshaltung der Wirklichkeit sicher nicht voraussehen. Aber selbst wenn wir nur 5 Proz. unterstellen, was ergibt sich dann? Nur in 7 von 20 Berufsgenossenschaften wird dieser Satz überschritten, nur in 3 Berufsgenossenschaften beträgt die Lohnzunahme, die wegen der Mehrarbeit auch nur einen relativen Wert hat, mehr als 6 Proz. Faßt man die sämtlichen Versicherten der 20 V.-G. als Einheit zusammen, dann ergibt sich folgendes Resultat: Im Jahre 1905 hatten rund 3 1/2 Mil. Versicherte einen Jahresdurchschnittslohn von 973 M., im Jahre 1906 3 681 875 Versicherte 1021 M.; die Zunahme beträgt 4,93 Proz. Nach den Ergebnissen sämtlicher V.-G. wird sich das Resultat jedenfalls noch ungünstiger gestalten. Wo bleibt da die gestiegene Konsumkraft und die Ueberwindung sozialistischer Theorien?

Vom Eisenbahnmärkte. Aus Exporterkreisen wird der „Mh.-Westf. Zig.“ geschrieben: Ein seit langer Zeit wieder auftretender Moment gestattet auf die Beschäftigung bei den Eisenwerken einen bestimmten Rückschluß. Während nämlich bisher die Exporteure mancherlei Schwierigkeiten bei der Unterbringung der ihnen zu-

stehenden Aufträge zu bekämpfen hatten, ist jetzt nach einer Reihe von Jahren zu konstatieren, daß Schreiben seitens der Hüttenwerke bei den Exporteuren eingelassen sind, in welchen an letztere die Frage gerichtet wird, ob sie nicht Aufträge mit längerer Lieferfrist aufzugeben hätten. Das ist ein völliges Robum und läßt klar erkennen, daß es an langfristigen Bestellungen bei einzelnen Werken fehlt.

## Gewerkchaftliches.

### Die „besonders nützlichen Elemente“.

Der von der Nürnberger Polizei als Hauptmann der dieser Tage dort ausgehobenen falschmünzerbände streikbriefflich verfolgte Siegmund Ziegler war vor kurzer Zeit noch ein hochangesehenes Mitglied der Gesellschaft: ein Streikbrecher! Dagegen bezeichnete die „Gesellschaft“ damals die streikenden Arbeiter als „Lumpen“.

### Berlin und Umgegend.

#### Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe

Schilderte Zeglin am Mittwoch in einer Versammlung der Freien Vereinigung der Maurer folgendermaßen: In bürgerlichen Klättern und in den Kreisen der Unternehmer wird die Ansicht verbreitet, die Arbeiter hätten durch die Aenderung ihrer Taktik den Beweis geliefert, daß sie den Kampf verloren haben. Diese Ansicht ist ganz falsch. Die Arbeiter des Baugewerbes fühlen sich durchaus nicht geschlagen. Wenn auch der Sieg noch kein vollständiger ist, so sprechen doch die Tatsachen dafür, daß von einer Niederlage der Arbeiter keine Rede sein kann. Unmittelbar nach Aufhebung des allgemeinen Streiks konnten fast alle, die bis dahin noch arbeitslos waren, wieder in Arbeit treten. Die Unternehmer waren also genötigt, die Arbeiter wieder einzustellen. Die Wiedereingestellten sind nicht etwa demütig, als ob sie sich unterworfen hätten, zur Arbeit gegangen, sondern in dem Bewußtsein, daß sie zur geeigneten Zeit den vollen Sieg erringen werden. Wo Unternehmer, welche bewilligt haben, den Versuch zu machen, ihre Bewilligung zurückzuziehen, da ist mit der Arbeitsniederlegung geantwortet worden. Fünf Bauten sind gegenwärtig aus diesem Anlaß gesperrt. Die Lage des Baumarktes deutet darauf hin, daß die Konjunktur nach dem 1. Oktober noch günstiger wird. Die Unternehmer fürchten die Pauperen. Das geht auch aus einer Aeußerung in ihrem Organ hervor, wo es heißt, auch jetzt sei noch der Abschluß eines ehrenvollen Friedens möglich, wenn die Arbeiter die von den Unternehmern gestellten Bedingungen annehmen. Das heißt also, die Unternehmer sind auch jetzt noch bereit, einen Vertrag abzuschließen zu den Bedingungen, welche der vor dem Streik gefällte Schiedspruch des Einigungsamtes festsetzt. Also einen Vertrag mit Lohnerrhöhung könnten die Arbeiter haben, wenn sie auf die Verlängerung der Arbeitszeit verzichten. Darauf aber gehen die Arbeiter nicht ein. Sie halten nach wie vor daran fest, daß sie keinen Frieden schließen, wenn ihnen nicht eine Verlängerung der Arbeitszeit zugestanden wird. Für dies Ziel wird weiter gekämpft, und was jetzt nicht erreicht worden ist, wird im nächsten Frühjahr erobert werden.

Nachdem die Diskussion über den Situationsbericht beendet war, folgte die Versammlung folgende Wahlen: Zweiter Schriftführer Senfleben, Revisor Oswald, Ausschuhmitglied Alhelm.

### Deutsches Reich.

#### Die Hamburger Justiz gegen ausgesperrte und streikende Arbeiter.

Während der Aussperrung der Hamburger Schauerleute und des Streiks der Seeleute wurden von der dem Rederkönig allzeit zur Verfügung stehenden Presse den kämpfenden Arbeitern alle möglichen Schandthaten angedichtet. Gerabzu rührend war es, wie diese Presse sich der lieben Welt von jenseits des Kanals annahm, dieselbe Presse, die sich zur Zeit des Burenkrieges in Unfähigkeit gegen die Söhne Albions erging. Das englische Streikbrechergesindel, das unter sich blutige Ergasse beug, trat, wie wir seinerzeit berichtet haben, an der Wasserfronte äußerst provozierend auf. Daß sich in einigen Fällen die Provozierer das nicht gefallen ließen, sondern den Streikbrechern einen Denkzettel verabreichten, kann man ihnen nicht verdenken. In einer anderen Situation würde die „Betätigung deutschen Mannesmut“ von den Schmodis der Schatzmacherpresse in den höchsten Tönen gefeiert worden sein, während sie sich nun stillschweigend entzweit. Passierte irgend etwas am Hafen, verfolgten die zu dem Abhub der Menschheit gehörenden Englishmens sich gegenseitig, so wurde dies auf das Konto der ausgesperrten und Streikenden gesetzt. Dieses gerabzu gemeingefährliche Treiben übte eine suggestive Wirkung aus; haben doch Anwaltskanzleien bei Begründung ihrer Strafanträge auf die „vielen von der Presse gemeldeten Gesetzesverletzungen und Brutalitäten Streikender“ Bezug genommen und deshalb schärfste Abhandlung verlangt. Und die Justiz hat, selbstverständlich ohne Ansehen der Person, ihres Amtes gewaltet und unterschiedliche Exempel statuiert. Aber bei allen bisher zur Aburteilung gelangten Fällen handelt es sich nur um verschwindend wenige „handgreifliche“ Delikte, sondern in der Hauptsache um Uebertretungen der famosen Hamburger Straßenordnung oder Verbalinjurien, die aber mit dem § 153 der Gewerbeordnung in Verbindung gebracht und „dementsprechend“ geahndet wurden.

Zu den von der bürgerlichen Presse gemeldeten, „beinahe an Nord grenzenden Blutthaten“ streikender „Schauerleute“ gehört auch dieser: Am 22. März d. J. soll der englische Streikbrecher Viktor von zwei Schauerleuten schwer mißhandelt und in einen Kanal gemorfen worden sein, so daß er beinahe ertrunken wäre. Die Staatsanwaltschaft entwickelte einen rührigen Eifer und setzte zur Ergreifung der Täter eine Belohnung von 300 M. aus. Auf Grund der Angaben eines deutschen Arbeitswilligen wurden am 8. April die Schauerleute Biau und Thomson als der Täterchaft dringend verdächtig in Haft genommen. Sie wären auch sicher wegen Vorverurteilung vom Schwurgericht zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden, wenn nicht vor kurzem durch einwandfreie Zeugen festgestellt worden wäre, daß die beiden sich an dem fraglichen Abend in einer Versammlung befunden hätten. Nun — es lag also ein „kleiner Irrtum“ vor, der dadurch gut gemacht wurde, daß man die „hinreichend Verdächtigen“ nach viermonatiger Unterjuchungshaft auf freien Fuß setzte. Nun ist Pilert, der inzwischen längst genesen ist und dessen Adresse man nicht ausfindig machen konnte, nach Hamburg zurückgekehrt und hat mit großer Bestimmtheit erklärt, daß Biau und Thomson nicht die Täter seien. Da in der Voruntersuchung festgestellt wurde, daß einer der Täter englisch gesprochen hat, während der andere sich schweigsam verhielt, so liegt die Vermutung sehr nahe, daß es sich auch in diesem Falle um ein von englischen Streikbrechern begangenes Missethatsdelikt handelt.

Ueber das Ende dieser Justizaktion verhält sich die sonst so geschwätige Schatzmacherpresse Hamburgs schweigsam.

Eine allgemeine Bauarbeiter-Aussperrung haben die Unternehmer in Nürnberg angedroht, weil 130 Arbeiter die Entlohnung zweier Kollegen, die sich als Denunzianten entpuppt haben, verlangten und zur Durchdringung der Forderung in den Ausstand getreten sind.

### Ausland.

#### Der Dokerstreik in Antwerpen.

Antwerpen, 21. August. (Fig. Ver.) Entgegen dem ersten Beschluß, den Ausstand nur auf die Holz- und Getreideverlader zu beschränken, hat eine nachträgliche Versammlung den allgemeinen Ausstand beschlossen, so daß im Augenblick kein einheimischer Doker im ganzen Hafengebiet arbeitet. Die Unternehmer, fest entschlossen, ihren Widerstand allen eigenen schweren Verlusten, allem sich bereits im ganzen Hafengebiet fühlbar machenden Wirrwarr, allen Verlusten, die der ganze Handel erleidet, zum Trost, bis aufs äußerste durchzusetzen, haben allerlei Machinationen erdacht, um sich aus der Affäre zu ziehen und der Taktik der Streikenden entgegenzuwirken. Die Schiffsgesellschaften werden sich Arbeiter auf eigene Rechnung kommen lassen; so haben die Canadian Pacific Railway und die Red Star Line bereits nach England um Arbeiter telegraphiert. Die deutschen Gesellschaften, heißt es, werden sich Arbeiter aus Hamburg und Bremen kommen lassen. — Nicht nur im Hafen, selbst auch auf der Börse zeigen sich schon die Folgen der Störung.

Die Unternehmer erklären, eventuell die Schiffe in anderen Häfen verladen zu lassen. Der Wirrwarr im Hafen ist auf das höchste gestiegen. Viele Schiffe, die in Antwerpen eintreffen sollten, werden angewiesen, andere Häfen zu gewinnen. Der Kongodampfer „Albertville“, der morgen abreisen soll, arbeitet mit einer einzigen Schicht, die kaum die noch zu leistende Arbeit bewältigen wird. Die der katholischen „Katholikervereinigung“ wie der neutralen Gewerkschaft angehörenden Streikenden haben auf Plakaten ihre Wünsche veröffentlicht. Die Zahl der Streikenden wird auf 10 000 bemessen, die der arbeitenden Engländer auf 1400 Mann.

Morgen findet nach der Versammlung ein Massenumzug der streikenden Doker statt, welcher durch die Stadt und die Quais und die Bassins entlang ziehen wird. — Die Polizei ist auf die Quais gesireut und das Gaunetool hat derzeit gute Tage in der verlassenen Stadt. Die Stimmung der Streikenden ist eine gehobene und entschlossene.

Die Chapelle, einer der Führer der Streikenden, in der Versammlung mittelste, wird der englische Deputierte und Präsident der Londoner Hafendarbeiter, der vor einigen Tagen in Antwerpen die englischen Streikbrecher zur Rückkehr zu bewegen suchte, Delegierte sämtlicher englischen Dokervereinigungen zusammenberufen, um einen Streikbrecherfiskus zu verhindern.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ein Schwabenstreik!

Stuttgart, 22. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der englische Genosse Quetch hat eben wegen seiner gestrigen Rede, in der er die Komödie der Haager Friedenskonferenz kritisierte, den Ausweisungsbefehl erhalten. Es ist ihm zur Abreise eine Frist bis morgen früh 6 Uhr gesetzt.

Dem Genossen Quetch ist folgende Ausweisungsbefehl zugegangen:

Kgl. Stadtdirektion.

Stuttgart, den 22. August.

Nachdem Herr Harry Quetch, Privatier aus London, Delegierter beim Internationalen Sozialistenkongress, durch seine in der gestrigen Versammlung getane Aeußerung über die Haager Friedenskonferenz, welche er durch seine heutige Erklärung nicht in ausreichendem Maße zurückgenommen hat, gegen die Voraussetzungen, unter welchen die Regierung die Abhaltung des Sozialistenkongresses zu Stuttgart nicht beanstandet, verstoßen hat, wird hiermit beschlossen,

demselben aus allgemeinen polizeilichen Gründen den ferneren Aufenthalt im Königreich Württemberg zu untersagen und ihm eine Frist von 10 Stunden zum freiwilligen Verlassen des Landes zu erteilen.

Kgl. Stadtdirektion.

geg. Nidel.

Mit einer amtlichen Uebersetzung eröffnet am 22. August 1907 unter Hinweisung darauf, daß die zwangsweise Beförderung außer Landes erfolgen wird, falls der Ausgewiesene noch morgen früh 7 Uhr hier angetroffen wird. Die Rückkehr des Ausgewiesenen in das Gebiet, dessen fernere Verletzung ihm untersagt worden ist, wird gemäß § 861, Ziffer 2 des Strafgesetzbuches mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Die Nachricht von der Ausweisung des Genossen Quetch wurde auf dem Bierabend, den die englische Delegation den Kongreßteilnehmern bot, bekannt. Weber und Singer drückten dem Genossen Quetch die Empfindungen der deutschen Genossen über diese Maßregel aus. Quetch wurde der Gegenstand lebhaftester Sympathieundgebungen.

### Ein Offiziersskandal.

Koblenz, 22. August. (V. G.) Hauptmann Hagemann von 6. Kompagnie des 68. Infanterieregiments hat sich in Friedrichsfelde, wo das Regiment sich zum Manöver aufstellt, erschossen. Die Ursache dürfte darin zu suchen sein, daß der Hauptmann eine falsche Aussage gemacht haben soll. Ein in diese Affäre verwickelter Leutnant soll tüchtig sein.

### Segnungen des Militarismus.

Wien, 22. August. (V. G.) Wie man der „Arbeiterzeitung“ aus Mostar (Herzegovina) berichtet, hat ein Infanterieregiment in der Umgegend von Rawensje große Ausschreitungen begangen. Die Mannschaften seien in die Dörfer eingedrungen und hätten geplündert. Aus Rahe überfielen bewaffnete Bauern nachts das Lager der Soldaten; bei dem sich entspinneuden Kampfe soll es auf beiden Seiten 25 Tote und Verwundete gegeben haben.

### Der Streik in Antwerpen.

Antwerpen, 22. August. (V. G.) Heute morgen durchzogen 5000 ausländische Hafendarbeiter die Straßen der Stadt. Im Umzuge wurden Plakate getragen, und Ausrufe, in denen der Achtstundentag, Sonntaggrube, sowie doppelte Löhne für die Sonntagsarbeit verlangt werden. Nach dem Umzug hielten die Demonstranten eine Versammlung ab, in welcher verschiedene Redner die Arbeiter aufforderten, sich ruhig zu verhalten, wenn überhaupt aus der Bewegung etwas hervorgehen sollte. Einige Redner meinten, wenn die Arbeiter sich ruhig verhielten, so würden die Führer den Bürgermeister um seine Vermittlung ersuchen. Geldbeträge werden aus London erwartet. Einer Nachricht aus Rotterdam zufolge haben die dortigen Hafendarbeiter beschlossen, die Ladung der von Antwerpen kommenden Dampfer nicht vorzunehmen. Die Reder beschlossen in einer heutigen Konferenz, Verschlüsse des Bürgermeisters zur Bildung eines Schiedsgerichts anzunehmen.

### Der neue Sultan.

San Sebastian, 22. August. (B. L. B.) Der Minister des Aeußern erhielt ein Telegramm des spanischen Konsuls in Mogador, in welchem bekümmert wird, daß Mulay Hafid zum Sultan ausgerufen worden ist.



Die proletarische Internationale in Stuttgart.

Internationaler sozialistischer Kongreß.

(Telegraphischer Bericht.)

Dritter Verhandlungstag, Vormittagssitzung.

Singer eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Quelch - London:

Die Vertreter der württembergischen Regierung haben Anstoß genommen an meinen Worten in der gestrigen Rede, die in der Weise übersezt wurden, als hätte ich die Delegierten der Haager Konferenz Diebe und Räuber genannt. Ich habe dazu zu bemerken, daß ich diese Worte nicht gebraucht habe und für die Uebersetzung nicht verantwortlich bin. Ich habe die Haager Konferenz genannt „a thief's supper“, was wörtlich allerdings übersezt werden kann als „eine Abendgesellschaft von Dieben“, was wir Sozialisten in England aber als gewöhnliches Wort gebrauchen zur Bezeichnung einer Versammlung, in der kapitalistische Interessen vertreten werden. Eine persönliche Kennzeichnung oder Beleidigung habe ich nicht beabsichtigt. Was ich gesagt habe, halte ich aufrecht.

Singer:

Damit ist für den Kongreß dieser Gegenstand erledigt. (Zustimmung.) Das Internationale Bureau, dem Sie die Leitung des Kongresses übertragen haben, hat mich als den Vorsitzenden ermächtigt, dem Kongreß folgende geschäftliche Regelung mitzuteilen. Wenn wir die fünf Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, im Plenum erledigen wollen, müssen wir zu einer anderen Einteilung kommen. Das Internationale Bureau hat deswegen beschlossen, die Kolonialfrage in der heutigen Vormittagssitzung zu erledigen. Heute Nachmittag soll über das Frauenwahlrecht diskutiert und Beschluß gefaßt werden. Morgen vormittag sollen die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien erörtert und erledigt werden. Morgen nachmittag soll die Frage der Ein- und Auswanderung zur Beratung kommen und der Sonnabend wird für die Diskussion der Militärfrage reserviert bleiben. Um dies durchzuführen, schlage ich Ihnen vor, die Redezeit für Referenten auf eine halbe Stunde und für Diskussionsredner auf zehn Minuten zu bemessen. Ferner hat das Bureau mich ermächtigt, von heute an nicht mehr zwei Rednern derselben Nation hintereinander das Wort zu geben, sondern die Nationen in der Reihenfolge abwechseln zu lassen. (Zustimmung.)

Der Kongreß erklärt sich mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Huymans - Brüssel

verliest eine große Anzahl von eingelaufenen Begrüßungsschreiben und Begrüßungstelegrammen.

Die englische Delegation ladet den Kongreß zu einem Vier-abend ein, der heute stattfinden soll.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetragen und zwar wird die Diskussion über

die Kolonialfrage

fortgesetzt.

Karski - Polen:

Den letzten Absatz der Mehrheitsresolution müssen wir ablehnen, weil er gegen Ihre Majestät die Logik verstößt. Man kann ebensowenig von einer sozialistischen Kolonialpolitik sprechen, wie von einem sozialistischen Staat. David hat das Recht der einen Nation, die andere zu bevormunden, anerkannt. Was eine solche Bevormundung bedeutet, das wissen wir Polen, die wir vom russischen Jaren und der preussischen Regierung bevormundet werden. (Sehr gut!) Es handelt sich hier um eine Begriffsverwechslung, wobei schon nicht mehr bourgeoise, sondern junkerliche Begriffe hineinspielen. Für seine Anschauung, daß jedes Volk durch den Kapitalismus hindurch müsse, beruft sich David auf Marx. Ich bestreite ihm das Recht, das in dieser Frage zu tun, denn Marx spricht wohl davon, daß Völker, in denen kapitalistische Anfänge vorhanden sind, diese Entwicklung bis zur vollen Entfaltung durchmachen müssen, aber er hat nie gesagt, daß es unbedingte Voraussetzung für alle Völker sei, die kapitalistische Entwicklung durchzumachen. David sagt, wir können und nicht im Prinzip gegen die Kolonialpolitik erklären und dann nachher koloniale Reformen machen. Wir sind im Prinzip auch gegen den Militarismus und stimmen doch für Reformen innerhalb desselben, z. B. für die zweijährige Dienstzeit usw. Ich meine, es gibt für einen Sozialisten auch andere Kulturen als nur die kapitalistische und europäische. Wir haben gar keinen Grund, mit unserer sogenannten Kultur derart zu prahlen und sie den asiatischen Völkern mit ihrer uralten Kultur aufzudrängen. (Bravo!) David meinte, die Kolonien würden in die Barbarei zurückfallen, wenn man sie sich selbst überlasse. Das scheint mir für Indien noch sehr fraglich. Ich stelle mir die Entwicklung da so vor, daß sich der Einfluß der europäischen Kultur ohnehin geltend macht und daß dieses Land dann unter diesem Einfluß zur vollen Entfaltung kommen wird. Daher bitte ich Sie, der Resolution der Minderheit zuzustimmen.

Macdonald - London

spricht für die Independent Labour Party. Er bedauert, daß keine der Resolutionen auf die speziell englischen Verhältnisse Rücksicht nimmt. Die meisten englischen Kolonien sind von Englandern bewohnt und besitzen eine sehr weitgehende Autonomie. Einige haben sogar ihre eigenen Parlamente. Die vorliegenden Resolutionen beziehen sich ausschließlich auf Kronländer. Die Resolution der Mehrheit ist nicht präzise genug. Wir sollten den Mut haben, der Situation klar ins Auge zu sehen und ein bestimmtes Programm der Kolonialpolitik aufzustellen. Man kann nicht nur immer negieren, das treibt die Massen zuletzt einem Imperialismus in die Arme. Die größte Bedeutung für die Wirtschaft in den Kolonien haben die Verwaltungsfragen, die nicht durch die Parlamente, sondern insbesondere durch die Verwaltungen geregelt werden. Internationale Verträge auf diesem Gebiete werden sehr wertvoll sein und besser wirken als nationale Verträge, die schließlich immer nur nationale Interessen verfolgen. Die Kapitalisten können auch auf dem Gebiete der Kolonialpolitik nicht alles machen, was sie wollen, sie werden überall von den Parlamenten kontrolliert. Redner weist darauf hin, daß er am nächsten Mittwoch im englischen Parlament mit der englischen Regierung ein ernstes Wort über die kolonialen Mißbräuche reden werde und bittet, die Resolution der Mehrheit anzunehmen, um praktische Arbeit zu leisten.

Brade - Paris

spricht für die Resolution der Minderheit: von Kol wird der Minderheit vor, sie negiere nur. Das Gegenteil ist der Fall. Die Minderheit hat die gesamte positive Arbeit der Mehrheit angenommen. Unpräzise ist die Resolution der Mehrheit, weil sie die kapitalistische Kolonialpolitik nicht absolut verurteilt. Die Sozialisten müssen aber die Kolonialpolitik bekämpfen, weil es eine andere als eine kapitalistische Kolonialpolitik nicht geben kann. Die Majorität vergißt zu sagen, wie die sozialistische Kolonialpolitik, die sie treiben will, aussieht wird. Es ist die größte Utopie, von den kapitalistischen Regierungen zu erwarten, daß sie sozialistische Kolonialpolitik treiben sollen. Die Ausrufung Vebels im Reichstage darf nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Vebel hat damals auf die Argumente der Vertreter des Kapitalismus im Reichstage geantwortet und sie aufgefordert, endlich Hände zu bekommen und Ernst mit ihrer Behauptung zu machen, sie würden Kolonialpolitik im Interesse der

Eingeborenen. Der letzte Absatz der Mehrheitsresolution bedeutet die Anerkennung aller Kolonialreiche der Welt, ja, ihre Stärkung. Nach ihm soll gewissermaßen eine zweite Haager Konferenz für die angeblich minderwertigen Menschen, für die Bürger II. Klasse zusammenberufen werden, während wir Sozialisten doch sonst gleiche Rechte für alle Menschen fordern. (Bravo!)

Singer: Die schwedische Delegation teilt mit, daß es ein Irrtum Lebedours gewesen sei, wenn er gesagt hat, die schwedische Delegation werde für die Resolution der Minderheit stimmen. Vielmehr hätten die Schweden und ihre Vertreter in der Kommission für die Mehrheitsresolution gestimmt und die Gesamtdelegation sei mit dieser Haltung einverstanden. Weiter sei ein Antrag der französischen Delegation eingegangen, den ersten Absatz der Mehrheitsresolution zu streichen, ferner ein Antrag der deutschen Delegation, an Stelle des ersten Absatzes der Resolution der Majorität folgende Fassung zu setzen:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporführen will, verwirft der Kongreß nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, weil diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken kann.“

Diese Fassung wird vom Berichterstatter van Kol als Vertreter der Majorität akzeptiert.

Karl Kautsky

(mit stürmischem Beifall begrüßt): Ich bin bei den Beratungen der deutschen Delegation, in denen diese neue Fassung des ersten Absatzes beschlossen wurde, nicht zugegen gewesen, sondern ich habe sie jetzt erst kennen gelernt. Ich bin leider gezwungen, wie ich gegen die erste Fassung sprechen wollte, so mich auch gegen diesen neuen Antrag zu wenden. (Bravo!) Woher kommt es, daß der Gedanke einer sozialistischen Kolonialpolitik hier in diesen Kreisen soviel Anhänger gefunden hat, wo es mir doch scheint, daß er ein vollständiger logischer Widerspruch ist? Ich schreibe das dem Umstand zu, daß dieser Gedanke so neu ist, er ist plötzlich über Nacht aufgetaucht. Bisher haben wir noch nie etwas von sozialistischer Kolonialpolitik gehört. Ferner schreibe ich es dem Umstand zu, daß er mit anderen Gedanken verknüpft ist, die sehr richtig und notwendig sind, aber nur äußerlich mit der Kolonialpolitik zusammenhängen und tatsächlich gar nichts mit ihr zu tun haben. Darunter sind namentlich zwei Gedanken, die nicht von der Hand zu weisen sind, einmal der Gedanke, daß wir die Kolonien nicht einfach ignorieren können, daß wir in ihnen gewisse Aufgaben zu erfüllen haben und soviel als möglich für sie positiv tätig sein müssen. Das hat aber meines Wissens noch niemand bestritten. Die Aufgaben, die wir in den Kolonien haben, sind grundsätzlich genau dieselben, wie die in der Heimat: Der Schutz der Volksmassen gegen die Ausbeutung durch den Kapitalismus und gegen den Druck der Bürokratie und des Militarismus, die Sozialpolitik und die Demokratisierung. Das ist aber etwas ganz anderes als Kolonialpolitik. Kolonialpolitik bedeutet die Eroberung und gewaltsame Festhaltung eines Landes. Ich bestreite, daß Demokratie und Sozialpolitik mit Eroberung und Fremdherrschaft etwas zu tun haben. (Bravo!) Weiter hat man gesagt, wir hätten Zivilisationspolitik zu treiben und müßten hinausgehen zu wilden Völkern, um die Naturvölker als Lehrer und Berater zu bilden. Ja, das müssen wir allerdings, ich stimme dem, was Vebel im Reichstage gesagt hat, vollständig zu. Wir sind selbst daran interessiert, daß diese Naturvölker auf eine höhere Stufe gelangen, aber ich bestreite, daß dazu eine Kolonialpolitik, daß dazu die Eroberung und Festhaltung eines fremden Landes nötig ist. Ja, ich möchte sagen, daß Kolonialpolitik im Grunde einer Zivilisationspolitik schädlich ist. (Sehr richtig!) Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß niedrigstehende Völker der Zivilisation, die ihnen höher stehende Völker bringen, feindlich gegenüberstehen. Alle Erfahrung zeigt im Gegenteil, daß da, wo man den Wilden freundlich entgegenkommt, sie die Werkzeuge und Hilfsmittel der höheren Zivilisation gern annehmen. Kommt man aber, um sie zu unterdrücken und zu unterjochen, sollen sie unter die Bevormundung eines wohlwollenden Despotismus gebracht werden, so werden sie mißtrauisch. Dann verwerfen sie mit der fremden Herrschaft auch die fremde Kultur, dann kommt es zu Kämpfen und Verwüstungen. So leben wir, daß überall, wo Kolonialpolitik besteht, es nicht zur Hebung, sondern zur Depression der Völker kommt. Auch ein sozialistisches Regime könnte daran nichts ändern. Es müßte ebenfalls die Kolonien als Fremdböden betrachten und müßte dort eine Fremdherrschaft errichten. Wenn wir zivilisatorisch auf Naturvölker wirken wollen, so ist die erste Notwendigkeit, daß wir Vertrauen gewinnen. Und diese gewinnen wir nur dadurch, daß wir ihnen Freiheiten geben. (Bravo!) Versuchen wollte uns einreden, daß diese Politik der Eroberung eine Naturnotwendigkeit sei. Ich war sehr erstaunt, daß er hier die Theorie verkündete, daß von den zwei Gruppen von Völkern, von denen die eine zum Herrschen, die andere zum Beherrschtwerden bestimmt sei, daß es Völker gebe, die Kinder seien und nicht instande wären, sich selbst zu verwalten. Das ist nur eine Variation des alten Sayes, der die Grundlage allen Despotismus bildet, daß der eine auf die Welt kommt mit Sporen an den Füßen, der andere mit dem Sattel auf dem Rücken, um die Ersten zu tragen. Das ist noch stets die Argumentation jeder Aristokratie gewesen, das war auch die Argumentation des amerikanischen Sklavenhalters in amerikanischen Säden, der sagte, die Kultur beruhe auf der Zwangsarbeit der Sklaven und das Land würde in die Barbarei zurückfallen, wenn die Sklaverei beseitigt würde. Diese Argumentation dürfen wir uns nicht aneignen. Vernstein berief sich mit Unrecht auf Marx. Gewiß, Marx hat gesagt, die Erde gehöre der Menschheit. Die Menschheit aber treibt heute keine Politik. (Sehr gut!) Marx hat nicht gesagt, die Erde gehöre den kapitalistischen Nationen. (Sehr gut!) Die Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie zum Schluß, den Anleitungsatz, der so neu ist, der so sehr im Widerspruch mit unserem ganzen sozialistischen und demokratischen Denken steht, (Sehr richtig!) der noch garnicht genug überlegt ist, jetzt nicht anzunehmen. Sie müssen uns wenigstens Zeit geben, diesen Satz erst einmal gründlich zu diskutieren und ordentlich zu überlegen. Er muß erst reichlich in der Parteipresse, in den wissenschaftlichen Organen und in den Versammlungen diskutiert werden. Vorher können wir uns unmöglich auf den ganz neuen Gedanken einer sozialistischen Kolonialpolitik festlegen. Daher bitte ich Sie, den Antrag der Deutschen abzulehnen und dem Antrag der französischen Delegation Ihre Zustimmung zu geben. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Simons - Nordamerika:

Für uns Amerikaner ist die Kolonialfrage ganz besonders wichtig, weil wir im Anbeginn einer neuen amerikanischen Kolonialpolitik stehen. Gewiß, Amerika hat auch ein ganzes Heer von Schullehrern nach den Philippinen geschickt, aber viel mehr Soldaten und Kanonen. Es hat auf den Philippinen im Dienste der Zivilisation ein Blutbad angerichtet! (Hört! Hört!) Ein kapitalistischer Staat und ein kapitalistisches Regime besteht zum Profit und muß deshalb durch Exploitation aufrecht erhalten werden: durch die Ausbeutung der einheimischen und fremden Arbeitskräfte. Daher ist auch die amerikanische Kolonialpolitik ein Ausfluß der kapitalistischen Herrschaft und eine sozialistische Kolonialpolitik ist dem Wesen der Sache nach undenkbar. Die sozialistische Gesellschaft, die nicht auf dem Profit basiert und nicht auf der Exploitation fremder Massen beruht, wird auch keine Kolonialpolitik haben, keine brauchen und keine treiben können. Wir sehen

das sozialistische System als einen Eruberbund der Nationen und Klassen an, aber nicht so, daß ein Teil höher steht als der andere, daß der eine den anderen als inferior behandeln kann. Gegenüber David bemerke ich, daß es nicht notwendig ist, daß jedes Land alle Stufen der kapitalistischen Entwicklung durchmachen muß, um zum Gipfel der Zivilisation zu gelangen. Ebenfalls braucht diese Entwicklung nicht durch die Kolonien angetrieben zu werden. Japan hat sich von selbst nicht nur zum Kapitalismus, sondern schon zum Sozialismus entwickelt. Die Resolution der Mehrheit ist in unseren Augen nichts weiter als ein Votum zugunsten Roosevelts. Da wir von der sozialdemokratischen Partei ein solches Votum nicht abgeben wollen, stimmen wir einstimmig gegen die Mehrheitsresolution und gegen den deutschen Antrag. (Lebhafter Beifall.)

Mouquet - Paris:

Ich bedaure, daß die Kürze der Zeit es mir nicht erlaubt, alle Angriffe Kautskys, Lebedours und Brades gegen die Mehrheitsresolution zurückzuweisen. Aber über einen Punkt möchte ich unsere geehrten Herren Gegner bitten, sich gefälligst auszusprechen zu gerufen. Sie sagten, daß es eine sozialistische Kolonialpolitik nicht gibt und die Sozialdemokratie nichts weiter tun dürfe, als in Theorie und Praxis dagegen zu protestieren. Aber nachdem Sie die barbarische Methode der kapitalistischen Kolonialpolitik genügend gebrandmarkt haben, verlangen Sie im nächsten Absatz im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine friedliche kulturelle Entwicklung. Von wem, sagen Sie bitte, verlangen Sie das? Doch wohl von der bürgerlichen Gesellschaft? Und indem Sie dieses Verlangen stellen, daß die heutige Gesellschaft an Stelle ihrer bisherigen kapitalistischen brutalen, eine friedliche Kolonialpolitik treiben soll, was tun Sie damit anderes als eine sozialistische Kolonialpolitik zu fordern, nachdem Sie es eben abgewiesen und für unmöglich erklärt haben. Oder wollen Sie die Produktivität dieser Länder, die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der Gesamtheit stellen, ohne diese Länder zu besetzen? Sie verkünden also in der Minderheitsresolution das Prinzip der Kolonialpolitik, ohne es auszusprechen. Sie sagen, daß die kapitalistische Kolonialpolitik häufig ihren eigenen Zwecken zuwiderlaufe, indem sie die Kulturschätze vernichte, statt sie zu entwickeln. Ich bitte Sie um Annahme der Mehrheitsresolution und ziehe gleichzeitig den von mir herührenden, aber angefochtenen Schluß zurück, in dem die Frage eines internationalen kolonialen Rechts behandelt wird, und werde diese Frage später vor die Interparlamentarische Konferenz bringen. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion. Das Schlusswort erhält

van Kol:

Ich trug mich mit dem Gedanken, auf das Wort zu verzichten. Aber nachdem Kautsky das ganze Gewicht seiner Wissenschaft und internationalen Berühmtheit in die Waagschale geworfen hat, muß ich versuchen, seine Argumente zu entkräften. Wir haben von verschiedenen Seiten gehört, daß an der kolonialen Oekonomie eigentlich nichts zu verbessern sei. Das ist falsch und steht im Widerspruch mit der Geschichte der Kolonialpolitik. Wir haben für unsere holländischen Kolonien durch unsere sozialistische Aktion im Parlament bedeutende Vorteile erzielt. Warum sollten wir unsere Hälfte nur den Arbeitern Europas und nicht auch denen der anderen Erdteile zuteil werden lassen? Uns stehen die gewaltigen Kräfte des Kapitalismus in Europa gegenüber. Warum sollen wir nicht auch den Kampf gegen den außereuropäischen Kapitalismus aufnehmen? Nirgends können wir gegenüber dem Kapitalismus leichtere und größere Eroberungen machen wie dort. Lebedour hat das Bestreben der Majorität reaktionär genannt. Ich verstehe gar nicht, wie er als Mann der Wissenschaft nicht anerkennen kann, daß die kapitalistische Entwicklung in den Kolonien notwendig ist, ehe an den Sozialismus gedacht werden kann. Darum arbeiten wir an der revolutionären Entwicklung der Kolonien, weil wir den Uebergang vom Feudalismus in den modernen Staat, durch den Kapitalismus zum Sozialismus erleichtern. Der Sprung vom Barbarismus zum Sozialismus ist unmöglich. (Sehr wahr!) Die gegenteilige Anschauung ist nicht nur unwissenschaftlich, sondern sie ist dumm und beschränkt. Warum in Gottes Namen sollen wir nun für diese Entwicklung nicht positive Vorbedingungen aufstellen können, ebenso wie für die des Militarismus oder der Steuergesetzgebung? Die Genossen in Amerika sind noch jung in der sozialistischen Bewegung. Es täte mir bitter leid, wenn sie nicht ihren Fehler einsähen, in die Kolonialpolitik gar nicht eingreifen, sondern sie allein einem Roosevelts überlassen würden. Ich bitte die amerikanischen Genossen gerade im Interesse der veredelten, wechellosen Philippiner, in die Kolonialpolitik aktiv einzugreifen. (Bravo!) Wir haben dann heute wieder das alte Gefasel von den Kolonialgräueln gehört, das vor einem Parlament von Sozialisten nun schon langweilig wird. Ich habe Ehrfurcht vor Kautsky als Mann und Kämpfer. Aber ich hätte nicht geglaubt, daß er so unwissenschaftliche Theorien vortragen könnte, wie er sie vorgetragen hat. Er stellt die These auf: „Kolonialpolitik ist Eroberung, ist Imperialismus.“ Das ist eine ganz falsche Formel. Sie sollten doch Ihre Grammatik besser kennen! Die Kolonialpolitik ist jetzt allerdings imperialistisch, sie muß es aber nicht sein, sie kann auch demokratisch sein. Jedemfalls ist es ein schweres Unrecht von Kautsky, die Kolonialpolitik begrifflich mit dem Imperialismus gleich zu setzen. Ich hoffe, daß er sein Unrecht einsieht und sich bemühen wird, es wieder gut zu machen. Kautsky hat gesagt, daß wir uns das Vertrauen der Eingeborenen erwerben müßten. Wie will er das Vertrauen der Millionen Menschen mit anderer Hautfarbe gewinnen, wenn er nichts für sie tut. (Sehr gut!) Wir in Holland haben die Pflicht und das Recht, unsere Erfahrungen den Genossen anderer Länder mitzuteilen. Wir holländischen Sozialisten haben uns das Vertrauen von Millionen Japanern erworben. Von der deutschen Sozialdemokratie aber weiß man in Afrika überhaupt nichts, weil sie bisher eben ihre Pflicht nicht erfüllt hat. Wenn Ihr Euch das Vertrauen der Eingeborenen erobern wollt, so müßt Ihr aktiv in die Kolonialfrage eingreifen. Noch ärger hat es der gelehrte Kautsky gemacht, als er Ratschläge über die industrielle Entwicklung in den Kolonien gab. Wir sollten die Maschinen und Werkzeuge nach Afrika bringen! Wüchertheorie! Damit will er das Land zivilisieren! Wenn wir nun eine Maschine zu den Wilden Zentralafrikas bringen, was werden sie damit tun? Vielleicht werden Sie einen Kundiani darum aufführen (Große Heiterkeit) aber auch die große Zahl ihrer Abgötter um einen vermehren. (Heiterkeit.) Vielleicht sollen wir auch noch Europäer hinschicken, die die Maschinen treiben. Was die Eingeborenen mit ihnen machen würden, weiß ich nicht. Aber vielleicht machen Kautsky und ich den Versuch, vielleicht gehen Theorie und Praxis Arm in Arm mit den Werkzeugen und Maschinen in das wilde Land. Vielleicht werden die Eingeborenen unsere Maschinen zerbrechen, vielleicht werden sie uns auch töt-schlagen oder sogar fressen und dann (sich über den Rauch freischend) fürchte ich, daß ich vor Kautsky den Vorrang habe. (Heiterkeit.) Wenn wir Europäer mit Werkzeugen und Maschinen dahin kommen, wären wir die wehrlosen Opfer der Eingeborenen. Deshalb müssen wir mit Waffen in der Hand dorthin kommen, auch wenn Kautsky das Imperialismus nennt. (Sehr wahr!) Weiter, die Eingeborenen setzen jetzt unter der tyrannischen Herrschaft einzelner Fürsten. Sie, die gegen jene fast wehrlos sind, werden auf das Unmenschenhafte ausgedeutet. Ob unter diesen Umständen dort ein kämpfendes Proletariat entsteht, ist mir zweifelhaft. Denn



die Eingeborenen kennen keine Bedürfnisse, sie laufen ohne Kleider nackt umher und nähren sich von dem, was die Natur ihnen bietet. Da haben sie also den Kapitalismus in seiner abscheulichsten Form und kein Proletariat, das dagegen sich auflehnen könnte. Nein, es ist unmöglich, auf einem Boden, wo kein Rechtschutz besteht — weder für die Eingeborenen noch für die Einwanderer — nach Art Skutts mit der ökonomischen Entwicklung kommen zu wollen. Wie sich ein Gesetzgeber gegenüber sozialen Realitäten über eine Sache hinwegsetzen kann, haben wir heute an Skutts gesehen, der in der Kolonialfrage vom Antisozialismus zum Revisionismus und Imperialismus geworden ist. (Beifall.) Die Zeit der Phrasen sollte endlich vorbei sein und wir müssen praktisch arbeiten für die Masse der Armen und Ausgehungerten in unseren Kolonien. Ich hoffe, daß Sie die Majoritätsresolution mit großer Mehrheit annehmen werden. (Beifall.)

Darauf trat die Mittagspause ein.

#### Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Zunächst ergreift die Genossin Kamar aus Vorderindien

das Wort. Sie entbietet den hier versammelten Sozialisten den Brudergruß von Tausenden und Abertausenden von Indiern, die unter dem grauenhaften Joch der englischen Gewaltherrschaft seufzen. Indien hat schwer unter dem englischen Kapitalismus zu leiden. Hier ist so viel von wirtschaftlichen Fragen die Rede gewesen, welches ist denn die wirtschaftliche Stellung Indiens? Indien bekommt von England 7½ Ctm. pro Tag, das sind 8 Pf., und muß dafür alljährlich 85 Millionen Pfund Sterling an England abgeben, von denen kein Heller mehr nach Indien zurückkommt. Die Folgen dieser Wirtschaft sind die Hungersqualen und das grenzenlose Elend eines riesigen Volkes, eine Sterblichkeitsziffer, die ins Ungeheuerliche gestiegen ist, und die zahllosen Epidemien, die sich in Indien eingenistet haben. Ich trete hier vor das Tribunal der menschlichen Gerechtigkeit. Was ist der Sozialismus, wenn er nicht die Gerechtigkeit ist? Und wenn es eine Gerechtigkeit gibt, warum müssen dann Millionen von unglücklichen Indiern verschmachtet? (Lebhafte Beifall.) In Indien ist ein Fünftel der gesamten Bevölkerung der Erde zusammengebracht. Indien ist ein englisches Kronland, also unterworfenes Land, despotisch regiertes Land. Dort herrscht eine unerträgliche Tyrannei. Ich bitte den Kongreß, gegen diese schädliche Tyrannei Protest zu erheben. (Beifall.) Die indische Frage ist auch eine wirtschaftliche Frage. Lesen Sie die Dokumente, die Genosse Hyndman gesammelt hat, der sich 35 Jahre mit der indischen Frage eingehend beschäftigt hat. Er hat sie an Mr. John Morley und andere englische Minister gerichtet, um sie auf das Volk in Indien aufmerksam zu machen. Leider ohne Erfolg! Indien kann keine Delegierten auf den internationalen Kongreß schicken. Dazu ist es zu arm. Rußland ist gewiß zu bebauen und wir entbieten den russischen Freiheitskämpfern unseren Brudergruß. (Stürmischer Beifall.) Aber Sie können da helfen. In Indien können Sie nichts tun. Ich bitte Sie, nehmen Sie unsere Resolution an. (Beifall.) Die Indier verlangen ihr Menschenrecht, ihre Autonomie. Wir wollen unser Selbstbestimmungsrecht, wir verlangen Gerechtigkeit und das Recht, uns selbst zu regieren. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Singer:

Die Resolution über die englische Herrschaft in Indien kann nicht zur Verhandlung kommen, weil sie dem Internationalen Bureau nicht vorgelegen hat. Ich glaube aber, aussprechen zu können, daß die Tendenz dieser Resolution sowohl vom Bureau wie vom Kongreß gebilligt wird. (Bravo!) Uebrigens haben ja bereits frühere internationale Kongresse, und zwar die von Brüssel und Amsterdam, in ihren Beschlüssen gegen die englische Gewaltherrschaft in Indien protestiert. Der heutige Beschluß würde also weiter nichts als die Bestätigung dieser früher gefaßten Beschlüsse bedeuten. — Damit ist diese Frage erledigt.

Es folgt die

#### Abstimmung

##### über die Resolution zur Kolonialfrage.

Zunächst wird das Amendement der Minorität zur Abstimmung gebracht. Dagegen stimmen Deutschland, Oesterreich, Böhmen, Belgien, Dänemark, 12 Stimmen der französischen Delegation, 14 der englischen, Holland, 4 Stimmen von Italien, Schweden und Südafrika. Dagegen stimmen die österreichischen Italiener, die Ruthenen, Australien, Argentinien, Bulgarien, Spanien, Nordamerika, Finnland, 10 Stimmen von Frankreich, 8 von England, Ungarn, 11 Stimmen von Italien, Japan, Polen, Rußland, Rumänien, Serbien und Norwegen. Die Schweiz enthält sich der Stimme. Die Stimme von Luxemburg ist nicht vertreten.

Das Amendement der Minorität ist also mit 127 gegen 108 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen.

Das Resultat wird mit stürmischem Beifall begrüßt. Der Antrag der französischen Delegation auf Streichung des Einleitungsabzuges in der Resolution der Majorität wird nunmehr zurückgezogen.

von Sol will diesen Antrag wieder aufnehmen, der Kongreß erklärt das aber mit großer Mehrheit für unzulässig.

Eduard David beantragt getrennte Abstimmung über Einleitung und Schlusssätze der so veränderten Mehrheitsresolution.

Dillquit beantragt ein bloc-Abstimmung.

Der Kongreß entscheidet sich für den Antrag Dillquit. Es wird also en bloc abgestimmt, über den Abzug 1 in der Fassung der Minorität und über die dann folgenden Absätze der Majoritätsresolution, die insgesamt nunmehr folgende Fassung erhalten hat:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Anechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß. Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu entwickeln. Die kapitalistische Kolonialpolitik, statt die Kollektivkräfte zu steigern, zerstört durch Verflüchtung und Verelendung der Eingeborenen wie durch irdische verwerfliche Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methoden verpflanzt. Sie verlangsamt oder verhindert dadurch selbst die Entwicklung des Handels und des Abzuges der Industrieprodukte der zivilisierten Staaten. Der Kongreß verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die triebische kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt.“

Er bestätigt von neuem die Resolutionen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verwirft nochmals die jegliche Kolonisationsmethode, die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat, als fremde Völker zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Rinderheerde auszubenten, während gleichzeitig im eigenen Lande die Massen der Proletarier steigen.

Als Feind jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und als Verteidiger aller Unterdrückten ohne Unterschied der Rasse, verurteilt der Kongreß diese Politik des Raubes und der Eroberung, die nur die schamlose Anwendung des Rechts des Stärkeren ist und das Recht der besiegten Völker mit Füßen tritt.

Die Kolonialpolitik vermehrt die Gefahr kriegerischer Entwicklung zwischen den kolonisierenden Staaten und steigert ihre Belastung durch Meer und Flotte.

Finanziell betrachtet sollen die Ausgaben für die Kolonien, ebenso solche, die der Imperialismus verschuldet, als auch solche, die im Interesse der ökonomischen Entwicklung der Kolonien gemacht werden, von denen getragen werden, die allein von der

Ausplünderung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichtümer aus ihnen stammten.

Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unerschöpflich diese Methode der schonungslosen Ausbeutung und Anechtung zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht.

Zu diesem Zweck haben sie für Reformen einzutreten, um das Joch der Eingeborenen zu verbessern, haben sie jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen, ihre Ausbeutung und ihre Verflüchtung zu verhindern, und haben sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an ihrer Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten.“

Mit Ja stimmen: Deutschland, Oesterreich, Böhmen, Australien, Argentinien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Nordamerika, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Polen, Rußland, Serbien, Schweden, Schweiz, Norwegen und Südafrika. Der Stimme enthält sich Holland. In der deutschen Delegation entsteht Unruhe, weil David für sie zuerst ein Reinvotum abgibt. Dagegen erhebt sich lebhafter Protest und Singer läßt in der deutschen Delegation abstimmen. Diese entscheidet sich mit großer Mehrheit für „Ja“.

Die Resolution ist also mit allen Stimmen, mit Ausnahme der holländischen Stimmenthaltung, angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung:

#### Das Frauenstimmrecht.

Dazu liegt folgende Resolution vor:

„Der Internationale Sozialistenkongreß begrüßt mit größter Freude, daß zum ersten Male eine internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart zusammengetreten ist und erklärt sich mit den von ihr aufgestellten Forderungen solidarisch. Die sozialistischen Parteien aller Länder sind verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen. Daher sind insbesondere auch ihre Kämpfe für Demokratisierung des Wahlrechts zu den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften in Staat und Gemeinde zugunsten des Proletariats als Kämpfe für das Frauenwahlrecht zu führen, das energisch zu fordern und in der Agitation wie im Parlament mit Nachdruck zu vertreten ist. In Ländern, wo die Demokratisierung des Männerwahlrechts bereits weit vorgeschritten oder vollständig erreicht ist, haben die sozialistischen Parteien den Kampf für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts aufzunehmen und in Verbindung mit ihm selbstverständlich alle die Forderungen zu verfolgen, die wir im Interesse vollen Bürgerrechts für das männliche Proletariat etwa noch zu erheben haben. Pflicht der sozialistischen Frauenbewegung in allen Ländern ist es, sich an allen Kämpfen, welche die sozialistischen Parteien für die Demokratisierung des Wahlrechts führen, mit höchster Kraftentfaltung zu beteiligen, aber auch mit der nützlichsten Energie dafür zu wirken, daß in diesen Kämpfen die Forderungen des allgemeinen Frauenwahlrechts nach ihrer grundsätzlichen Wichtigkeit und praktischen Tragweite endlich verfochten wird. Der Internationale Kongreß erkennt an, daß es nicht angebracht ist, für jedes Land die genaue Zeit anzugeben, wo ein Wahlrechtskampf anzufangen sei, erklärt jedoch, daß, wenn ein Kampf für das Wahlrecht geführt wird, es nur nach den sozialistischen Prinzipien geführt werden soll, also mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer.“

Referentin ist

#### Maria Petlin,

die mit lebhaftem Beifall empfangen wird. Sie führt aus: Ich habe Ihnen über die Verhandlungen der Frauenstimmrechtskommission zu berichten und Ihnen den vorliegenden Antrag zu begründen, der auch von der ersten internationalen sozialistischen Konferenz mit 47 gegen 11 Stimmen angenommen worden ist. Die sozialistischen Frauen sehen in der Stimmrechtsfrage nicht die Lösung der sozialen Frage an sich, aber sie sehen im Frauenstimmrecht ein Mittel für die Emanzipation des weiblichen Geschlechts, ein Mittel, das die schwersten Hindernisse beseitigt, die der vollen Entfaltung und Betätigung der weiblichen Kräfte in der heutigen Gesellschaft im Wege stehen. Diese hat die Konflikte, unter denen das Leben der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft leidet, erst zur vollen Schärfe sich auswirken lassen, die Konflikte, unter denen der todbringendste und schwerste der ist zwischen beruflicher Arbeit und Mutterschaft. Wir Sozialisten fordern das Frauenwahlrecht nicht als ein Recht, das mit der Frau geboren werde, wir fordern es als ein soziales Recht und als eins, das begründet ist in der revolutionären Tätigkeit der Frau und in ihrem revolutionären Bewußtsein. Die gute Hausfrau der alten Zeit ist in das Alltagsleben verdrängt worden und die lohnarbeitende Frau, die mitten im Wirken und Schaffen der Gesellschaft steht, ist an ihre Stelle getreten. Wenn demnach das Frauenwahlrecht auch nicht das Ende der Befreiung des weiblichen Geschlechts ist, so wäre seine Erwerbung doch eine Etappe im Kampfe und auf das Innigste zu wünschen. Das Frauenwahlrecht soll auch der Frau der besitzlosen Klasse die Möglichkeit der Betätigung verschaffen, die heute nur den Männern gegeben ist. Die Tätigkeit der proletarischen Frau vollzog sich früher vor allem innerhalb der vier Wände des Hauses. Heute hat sich die wirtschaftliche Tätigkeit der Frau vom Hause gelöst und damit auch ihre Abhängigkeit vom Hause, von der Familie, vom Mann. Sie ist jetzt mit dem Mann gleichgestellt in ihren Pflichten und in der Notwendigkeit, den Kampf mit dem feindlichen Leben aufzunehmen, mag ihr nun eine äußere oder innere Lebensnot den Kampf aufgezwungen haben. In langer schmerzreicher Entwicklung ist die Frau herausgekommen aus der Enge des alten Familienlebens auf das Forum des öffentlichen Lebens. Sie fordert ihre politischen Rechte als ihre soziale Mündigkeitserklärung, als das notwendige politische Korrelat ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit. Man sollte meinen, daß angesichts dieser sozialen Lage das ganze politische rechtlose weibliche Geschlecht in einer Phalanx für das allgemeine Frauenwahlrecht kämpfen würde. Dem ist nicht so. Die bürgerlichen Frauen haben nicht einseitlich zu dieser Forderung. Der Wert des Frauenwahlrechts steht im umgekehrten Verhältnis zum Besitz. Die bestehende Klasse hat ein verhältnismäßig geringes Interesse an seiner Erwerbung, während die weiblichen Proletarier das allergrößte Interesse daran haben. Auch unter den Frauen herrscht der Klassenkampf. Das Frauenwahlrecht kann nicht erlangt werden von allen Frauen ohne Unterschied der Klasse gegen das männliche Geschlecht, sondern die proletarischen Frauen können ihre politische Befreiung nur siegreich durchführen im Bunde mit allen Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeuter ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts. In diesem Kampfe für das Frauenwahlrecht finden die proletarischen Frauen starke Bundesgenossen in den sozialistischen Parteien aller Länder. Der Kampf des männlichen Proletariats kann durch sein Eintreten für das allgemeine Frauenwahlrecht nur gestärkt werden. Die Klassenkämpfe nehmen eine immer schärfere Form an. In verschiedenen Ländern werden die Proletarier gezwungen, zu neuen Formen des Klassenkampfes ihre Zuflucht zu nehmen. Ich erinnere an die Massenstreiks in Holland, Belgien und Rußland. Auch unsere österreichischen Genossen standen in ihrem Kampfe um die Erwerbung des Wahlrechts Gewehr bei Fuß auf den Massenstreik gerüstet. Der Kampf hätte dort nicht durchgeführt werden können ohne die tätige Mitwirkung der Frauen, und ich habe besonders hervor, daß der Erfolg unserer österreichischen Brüder in ihrem Wahlrechtskampf ganz wesentlich mit einer Folge der Treue, der Opferfreudigkeit und des Mutes ist, die unsere österreichischen Genossinnen in diesem Kampfe bewiesen haben. (Bravo!) Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß das Proletariat ein praktisches Lebensinteresse daran hat, daß die Frau ihre vollen bürgerlichen Rechte erwirbt. Das Wahlrecht der Frau ist die Voraussetzung für ihre zielbewusste Anteilnahme am proletarischen Klassenkampfe. Solange die Frauen das Wahlrecht nicht besitzen, wird ihr Einfluß vielfach unterschätzt. An der Börse des parla-

mentarischen Marktes hat nur der Stimmzettel Kurzwert. Die Kurzwertigen, die den politischen Kampf lediglich nach Zahlen, Stimmen und Mandaten bemessen, betrachten die Bemühungen des weiblichen Proletariats, zu klassenbewußtem Leben zu kommen, als eine Art Kurzwert, als einen Luxus, den der Mann sich gönnen könne, wenn er Ueberfluß an Zeit und Kräften habe. Diese Kurzwertigkeit merkt das Erwachen des weiblichen Proletariats nicht als Lebensnotwendigkeit. Durch Aufklärung der Frauen müssen wir diese Augen in die letzten, vielleicht die festesten Fesseln des Unterstandes der Massen. (Bravo!) Ein beschränktes Frauenwahlrecht weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück als eine Verfälschung und Verhöhnung des Prinzips der Gleichberechtigung.

#### Dieses beschränkte Frauenwahlrecht

ist der Bourgeoisie ein Wall gegen die anschwellende Macht des Proletariats. Das beweisen die Vorgänge in Norwegen, wo das allgemeine Wahlrecht, als es dem ansturmenden Proletariat nicht länger versagt werden konnte, verschandelt wurde durch das beschränkte Frauenwahlrecht, das neuerdings auch für das Parlament eingeführt wurde unter der ausdrücklichen Erklärung, daß man davon eine Zurückdrängung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse erwartet. In Italien, Oesterreich, Belgien, Frankreich und Deutschland sind genug Stimmen laut geworden, die zum gleichen reaktionären Zweck die Einführung dieses beschränkten Frauenwahlrechts befürwortet haben. Wir erkliden in dem beschränkten Frauenwahlrecht nicht die erste Stufe der Emanzipation des weiblichen Geschlechts, sondern die letzte Stufe der politischen Emanzipation des Weibes. Dazu kommt, daß durch die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts die bestehende Frau ausgeschlossen wird aus dem Kampfe für das allgemeine Frauenwahlrecht, an dem sie dann kein Interesse mehr hat. Weiter werden durch die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts die reaktionären Einflüsse gestärkt, welche sich jeder weiteren Demokratisierung des Wahlrechts zugunsten des Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts entgegenwerfen. Die Sozialdemokratie hat die Pflicht, den Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht mit aller Energie aufzunehmen, und die Kommission war der Meinung, daß dieser Kampf nicht aufgelöst werden soll von dem allgemeinen Wahlrechtskampfe des Proletariats, dessen revolutionäre Betätigung dadurch nur vertieft werden kann, abgesehen davon, daß auf diese Weise Verwirrung in die Lager unserer Gegner getragen würde, die sich über die Frage des Frauenwahlrechts noch nicht einig sind. Die Majorität der Kommission war daher der Meinung, daß jeder Wahlrechtskampf des Proletariats grundsätzlich auch als Wahlrechtskampf für die Frau geführt werden muß. Damit soll nicht gesagt sein, daß nun um des Frauenwahlrechts willen ein Wahlrechtskampf zur Unzeit vom Zaune gebrochen oder daß das Frauenwahlrecht in diesen Kämpfen die ausschlaggebende Rolle spielen wird, jedoch ist geführt werden unter der Bedingung: Frauenwahlrecht oder nichts! Welche Rolle das Frauenwahlrecht in diesen Kämpfen spielen wird, wird von den verschiedensten Ursachen abhängen und von der jeweiligen Situation in den einzelnen Ländern. Worauf es uns ankommt, ist, daß diese Kämpfe grundsätzlich bei den Massenaktionen des Proletariats wie im Parlament durchgeführt werden. Das wird zur Vorbereitung seines künftigen Sieges beitragen. Die Frauen selbst aber müssen die treibenden Kräfte in diesen Kämpfen sein und müssen dadurch beweisen, daß sie für den Gebrauch des Frauenwahlrechts reif sind, und aus ihren Reihen werden dann die Kämpfer, die sie nicht nur erziehen, nein, die sie an Kampfstärke übertreffen werden. (Stürmischer Beifall.)

In der

#### Diskussion

sprach zunächst

#### Genossin Bekker - Paris:

Wie in der neuesten Zeit hinein hat die Frau außerhalb der Sexualität und der Materialität überhaupt nicht existiert. Sie hatte ihre Lebensgrundlage im Mann und ohne ihn war sie einfach nichts. Wir Frauen der modernen Zeit sind dieser Bevormundung überdrüssig und verlangen unsere volle Gleichberechtigung. Die Naturgesetze sind keine unüberschreitbare Barriere. Wenn man sagt, wir seien minderwertige Wesen, so vergißt man einen Jahrtausend alten Druck der Anechtung, unter dem wir gelitten haben. Jedenfalls sind wir sozial nicht minderwertig und so fordern wir das Frauenstimmrecht als Mittel im proletarischen Befreiungskampfe. (Beifall.)

#### Genossin Murby - England (Fabian Society):

Auch wir sind für das Frauenwahlrecht, sind aber bereit, das beschränkte Frauenwahlrecht als Abschlagszahlung anzunehmen und stimmen in diesem Punkte der Resolution der Kommission nicht zu. Wir können auch sehr gut mit der bürgerlichen Frauenstimmrechts-Gesellschaft auskommen. Die sozialistische Partei hat seit 25 Jahren das Frauenwahlrecht im Programm, hat aber wenig dafür getan. Die bürgerlichen Frauenstimmrechtsgesellschaften haben viel mehr erreicht. Von den 600 Abgeordneten des Unterhauses sind nicht weniger als 423 für das beschränkte Frauenwahlrecht. Was darum auch dieser Kongreß beschließen möge, wir werden trotz der Autonomie der Nationen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammengehen. (Beifall bei einem Teil der Engländer.)

#### Abelheid Popp - Wien

(mit lebhaftem Händeklatschen empfangen): Als die österreichischen sozialistischen Frauen beim Internationalen Bureau den Antrag einreichten, das Frauenwahlrecht auf die Tagesordnung dieses Kongresses zu setzen, haben wir es getan, weil wir in den vielfachen Wahlrechtskämpfen der österreichischen Sozialdemokratie, die leider zur Erwerbung des Frauenwahlrechts noch nicht geführt haben, in sorgfältiger Untersuchung die Wahrnehmung gemacht haben, daß die Frauen, wenn sie heute dank der Agitation der Sozialdemokratie das Wahlrecht bekämen, nicht mehr eine leichte Beute der sterilen Reute wären, sondern in großen Schwarm frei und selbstbewußt da ihren Platz einnehmen würden, wo die Männer kämpfen in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. (Bravo!) Wir wünschen daher, daß dieser Kongreß nicht nur die theoretische Unabhängigkeit aller Sozialdemokraten am Frauenwahlrecht zum Ausdruck bringt, sondern daß auch alle Sozialdemokraten diese Forderung praktisch propagieren, trotz mancher Schwierigkeiten, die die politische Frauenbewegung natürlich für die Familie erzeugt. Der Kampf um das Frauenwahlrecht muß getragen sein von der Unterstützung der sozialistischen Parteien aller Länder. (Beifall.) Fordert doch die Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht nicht in erster Linie aus frauenrechtlicheren Erwägungen, obwohl wir es auch als eine Schmach betrachten, daß arbeitenden Frauen und Müttern das Wahlrecht des Mannes dorenhalten wird, sondern weil es nach unserer heiligsten und festesten Ueberzeugung dazu dienen muß, die Kraft des Proletariats zu stärken und eine wirtschaftliche Besserstellung zu erlangen den Müttern, den Kindern und der ganzen arbeitenden Klasse. (Sehr gut!) Die Sozialdemokratie darf nicht warten, bis die Frauen selbst für ihr Wahlrecht demonstrieren, sie muß selbst die Führung in diesem Kampfe übernehmen, denn er geht um proletarische Rechte. Die vorliegende Resolution drückt diesen Gedanken aus, sie ist die Frucht eines Kompromisses. Wir sind bereit, jedes Mittel auszuwenden und wenn die bürgerlichen Frauen unsere Kundgebungen und unseren Kampf unterstützen wollen, werden wir sie nicht zurückweisen. Daher kann ich den Einwand der englischen Genossin nicht verstehen. Den Hauptpunkt haben wir natürlich in unsern männlichen Genossen, die ausgehen von der Ansicht, daß es sich nicht um eine spezielle Frauenangelegenheit, sondern um ein Stück des allgemeinen proletarischen Kampfes handelt, daß durch das Frauenwahlrecht die gesellschaftliche Macht gehoben wird. (Lebhafte Beifall.)



erklärt im Namen der Sozialdemokratischen Föderation Englands, daß diese sich in einstimiger Anhängerschaft zur Resolution Beitritt befindet. (Bravo!) Wir mühten nicht, mit welchem Rechte man den Frauen, die in England so mutig und todesbereit für die Revolution gekämpft haben, das Wahlrecht verweigern sollte. Die Sozialdemokraten aller Länder kennen nur ein Wahlrecht, das gleiche Wahlrecht für alle Staatsbürger, das nicht gebunden ist an Bildung oder Besitz, sondern beruht auf dem Rechte der Persönlichkeit als Glieder der großen Menschheitsfamilie. Ich konstatiere mit Scham, daß das einzige Land, wo Sozialisten gegen dieses Prinzip verstoßen haben, England ist. Aber die Genossinnen, die sich für das beschränkte Frauenwahlrecht erklärt haben, haben sich in einen direkten Gegensatz zur Labour Party und den Trades-Unions gestellt, die auf ihrem letzten Kongress mit großer Mehrheit beschlossen haben, das beschränkte Wahlrecht abzulehnen, weil es ein Recht des Geldbesitzes und kein Recht der Person sei. Nach dem beschränkten englischen Frauenwahlrecht würde keine einzige Arbeiterfrau, die mit ihrem Manne zusammenwohnt, das Wahlrecht erhalten. (Hört! hört!) Wir treten nicht für eine Vermehrung der Rechte der Ausbeuter, sondern für eine Vermehrung der Rechte der Proletarier ein. Wir lehnen es auch ab, uns gegenüber Kongressbeschlüssen auf die Autonomie der Nationen zu berufen. Kapitalismus, Merkantilismus, Ausbeutung und Unterdrückung sind international. So muß auch das Proletariat zusammenstehen, um die Befreiung der menschlichen Gesellschaft in der Zukunft zu erobern. (Lebhafter Beifall.)

Damit schloß die Diskussion. Die Resolution der Kommission wurde gegen eine Stimme angenommen. (Lebhafter Beifall.) Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Freitag 10 Uhr vertagt. Tagesordnung: Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften. (Referent: Beer-Wien. Schluß 7 Uhr.)

Berichtigen.

In der Unterzeichnung der Erklärung der russischen und polnischen Genossen gegen die Provokatoren des Barismus muß es statt „Polnische sozialistische Partei (P. P. S.)“ die mit dieser Erklärung gar nichts zu tun hat, heißen: „Delegation der revolutionären Fraktion und der revolutionären Partei. P. P. S.“

Die Kommissionen.

Partei und Gewerkschaft.

Stuttgart, den 21. August.

In der Mittwochssitzung der Kommission für die Frage von Partei und Gewerkschaft wurde die Debatte fortgesetzt.

Rubanowitsch - Rußland:

In Rußland werden alle sozialistischen Parteien für die Gewerkschaften. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften muß sein, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Partei andererseits muß es verstehen, die Massen durch ihre politischen Ziele an sich zu ziehen.

Lindeblatt - New York:

Schildert das Verhältnis von Gewerkschaften und Partei in Amerika. Es mag sein, daß nachdem wir ein Wahlrecht bekommen haben und eine parlamentarische Tätigkeit deshalb entfallen können, eine gewisse Trennung von Partei und Gewerkschaften Platz greift. Es sei zu hoffen, daß die französischen Genossen weniger mit der Frage des Generaltreffs herumzweifeln und sich mehr wie die Deutschen mit der Stärkung ihrer Organisationen befassen.

Remec - Dölmers:

tritt für die Resolution Beer ein.

Frau Hans-Schweiz:

wünscht eine entschiedener Stellungnahme gegen die anarchisierenden und zünftlerischen Gewerkschaften. Diesem Verlangen entspreche die Resolution Leone. Die Resolution Beer sei ein Kompromiß, das sie in einer so wichtigen Frage nicht verstehe.

Stedman:

Die Massen sind hier wie in allen anderen Fragen verschiedener Meinung. Für Westeuropa mögen die vorliegenden Resolutionen zu empfehlen sein, aber nicht für Rußland. In Rußland gibt es 11 revolutionäre Organisationen, mit welcher sollen die Gewerkschaften in Verbindung treten? Es wäre zu hoffen, daß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung auch die Einheit der politischen Bewegung herbeiführt. Wir haben in Rußland 245 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Das Hineintragen von politischen Differenzen würde nicht förderlich sein.

Auf die Anfrage eines belgischen Delegierten, wie in der Resolution Beer die innige Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaften zu verstehen sei, wird unter allgemeiner Zustimmung erklärt, daß damit nicht die Verpflichtung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ausgesprochen sein solle, der Sozialdemokratie anzugehören.

Renaudel - Paris:

ist gegen die Resolution Beer. Die Befolgung würde in Frankreich der gewerkschaftlichen Aktion schweren Schaden zufügen.

Delory - Frankreich:

spricht im Namen der französischen Minorität seine Zustimmung zur Resolution Beer aus.

Damit schließt die Debatte. In der Abstimmung werden einige Änderungen zur Resolution Beer angenommen, die aber eine grundsätzliche Änderung nicht bedeuten. Die Richtung Renaudel will eine Erklärung der französischen Genossen angenommen wissen, wonach eine Zustimmung zur Resolution in Frankreich gegenwärtig nicht möglich ist, obwohl man mit der Tendenz der Resolution einverstanden sei. Sie würde eine Verständigung von Partei und Gewerkschaften in Frankreich gegenwärtig erschweren. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und die Resolution Beer sodann gegen 7 Stimmen angenommen. Damit waren die Arbeiten dieser Kommission erledigt.

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

Stuttgart, 22. August.

(Telegraphischer Bericht.)

Die Kommission zur Beratung des Punktes: „Der Militarismus und die internationalen Konflikte“ setzte am Donnerstag unter dem Vorsitz Ebdelums ihre Verhandlungen fort. Als Uebersetzer fungierten Dr. Lindemann, Frau Dr. Lindemann, Longuet und Ebdelum. Von den russischen und polnischen Delegierten Rosa Luxemburg, Lenin und Martoff sind folgende

Änderungen zur Resolution Bebel

beantwortet worden:

I. Dem ersten Passus der Resolution Bebel ist folgende Fassung zu geben: „Der Kongress bestätigt von neuem die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus.“

Folgt der erste Passus der Resolution Bebel und anschließend daran folgt der Zusatz:

„Diese Kriege ergeben sich mit Notwendigkeit aus den unaufhörlichen Bekräftigungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse ist.“

II. Dem zweiten Passus der Bebel'schen Resolution ist folgender Passus beizufügen:

„Um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigentlichen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzulenken.“

III. Dem fünften Absatz der Bebel'schen Resolution sollen die Worte folgen:

„Sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und systematisch mit Klassenbewußtsein erfüllt wird, so daß die herrschenden Klassen es nicht wagen, sie als Werkzeuge für die Festigung ihrer Klassenherrschaft gegen das kämpfende Proletariat zu gebrauchen.“

IV. Dem letzten Passus der Bebel'schen Resolution ist die folgende Fassung zu geben:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten, und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.“

v. Solmar

erklärt persönlich, daß er in seiner Rede die Liebkecht'sche antimilitaristische Agitation mit keinem Worte angegriffen, ja Liebkecht's Namen gar nicht genannt, sondern einfach konstatiert habe, daß drei deutsche Parteitage die besondere antimilitaristische Agitation abgelehnt hätten.

Dranting - Stockholm:

Wir müssen dem Vertreter des antipatriotischen Gedankens eigentlich dankbar sein, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, unsere vollkommene Einmütigkeit darüber zu zeigen, daß Nationalität und Internationalität keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen sind. (Sehr wahr!) Ich habe das Wort ergriffen, um Ihnen zu zeigen, daß vom Standpunkte der Kleinstaaten, die nach Lage und Größe als Militärmächte nicht in Betracht kommen, die Frage des Militarismus sich anders darstellt als von dem Gesichtspunkte der großen Militärmächte. Für die Kleinstaaten liegt angesichts ihrer militärischen Bedeutungslosigkeit die Idee nahe, ganz von den Rüstungen abzugehen und sich ganz mit der Förderung des kulturellen Fortschrittes zu beschäftigen. So sind Norwegen und Dänemark zur Förderung der allgemeinen Volksentwaffnung statt der heutigen Volksbewaffnung gekommen. In Schweden liegt die Sache etwas anders. Gleichwohl erscheint es mir richtig, in der Resolution wie in der von Zürich die Abrüstung nicht als Teil des praktischen Aktionsprogramms aller Völker, wohl aber als Ziel aller Völker hinzuzustellen. Wir empfehlen weiter gemäß dem Antrage Rosa Luxemburg's, die Aufklärung der Jugend zu betreiben, damit sie nicht in blindem Kadavergehorsam dahinlebe, sondern auch im Waffenrock sich bewußt bleiben, daß sie Bürger sind. Auch eine Empfehlung der Schiedsgerichte in der Resolution wäre angebracht. Wenn wir auch nicht alle Friedensworte der Herrschenden ernst zu nehmen brauchen, die Friedenskonferenz im Haag und die Schiedsgerichte sind doch schon eine Verbeugung vor der großen demokratischen Bewegung, vor dem Friedensstreben der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Scheu - London

von der Sozialdemokratischen Föderation sieht in der Volksbewaffnung für England mit seinem Söldnerheer nur einen humanitären Rückschritt. Gleichwohl würde er sie als demokratische Forderung ansehen, wenn die Jugend nicht mit in den militärischen Drill einbezogen, sondern im Geiste des Antimilitarismus erzogen würde. Dann würde sie schon wissen, wann und wie sie später die Waffen zu gebrauchen habe. Im übrigen schließt er sich den Vorschlägen Dranting's an.

Katowski - Rumänien

verwirft eine besondere antimilitaristische Agitation, weil sie andere dem Sozialismus fremde Elemente an die Arbeiterklasse heranführt, und diese der Gefahr eines Rückfalls aussetzt. Die Reiterei des 17. Regiments oder die Erschießung rumänischer Offiziere durch ihre Soldaten habe mit der sozialdemokratischen Aufklärung gar nichts zu tun. Die Resolution der Franzosen sei nicht auf alle Staaten anwendbar. Die Insurrektion wäre in vielen Ländern einfach undurchführbar. Annehmbar sei allein die deutsche Resolution, in die allerdings am zweckmäßigsten noch dem Amendement Luxemburg's eine stärkere Betonung der Notwendigkeit eines aktiven Handelns eingefügt werden müßte.

Costa - Italien:

Ich spreche im Namen der Mehrheit der italienischen Partei und der Gewerkschaften. Wir lehnen die Resolution Herbé ab, sie ist uns zu dogmatisch und einseitig. Wenn wir auch nicht Patrioten im bürgerlichen Sinne sind, so doch im besten sozialistischen Sinne. Wir können und wollen nicht auf die schönen und erhabenen Kulturschätze der Heimat verzichten. Aber auch die Resolution Bebel ist uns zu dogmatisch, denn sie ist weiter nichts als eine theoretische Prinzipienklärung. Wir wünschen gegen die eminente Gefahr des Militarismus ein Aktionsprogramm, das uns zeigt, wie wir im Momente der Gefahr handeln sollen. Wir brauchen einen konkreten Beschluß, denn wir können nicht warten, bis der Militarismus mit dem Kapitalismus schwindet. Wir haben eine erfolgreiche antimilitaristische Agitation im Sinne der Resolution Jaurès-Vaillant ohne alle bedenklischen Nebenerscheinungen für die Partei geführt, und so darf ich versprechen, daß wir italienischen Arbeiter mit den österreichischen Arbeitern stets brüderlich zusammenstehen werden.

Zeppenien - Norwegen:

Wir bekämpfen jeden Militarismus, den kapitalistischen wie den sozialistischen. Jede Bewaffnung fördert den Kriegsgedanken. Wir können daher nur ein Militärprogramm aufstellen, das die allgemeine Abrüstung ausdrückt. Wir werden nur für eine solche Resolution stimmen, die diese Forderung enthält. Im übrigen sind wir mit der Resolution Bebel einverstanden.

Ein Amendement Smart von der Independent Labour Party verlangt in der Resolution Bebel die Streichung der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und eine Fassung, die die Erhaltung des englischen freiwilligen Heeres möglich macht.

Jonbelewski - Argentinien

verlangt, daß die Resolution Jaurès-Vaillant, der er im übrigen zustimmt, eine genaue Norm der Mittel gegen den Krieg gibt, die das Proletariat anwenden will und kann.

Frau Roland-Hoist - Holland

begründet das holländische Amendement. Die Holländer werden für die Resolution Bebel stimmen mit dem Amendement Rosa Luxemburg's. Wenn sie das tun, so tun sie es nicht aus den Gründen, die Adler ausgeführt hat, und was das Amendement Luxemburg's betrifft, auch nicht aus denen der Genossin Rosa Luxemburg's. Der erwähnte Antimilitarismus hat seine Wurzel in kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Anschauungen. Der Grund, warum wir den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt haben, liegt nicht im Aufstreben Herbes, zu dem etwa durchaus Stellung genommen werden müßte, sondern in dem Wachstum der Sozialdemokratie in allen Ländern. Wir sind zu groß geworden, um sagen zu können, wir können nur protestieren, sonst nichts. Es ist Zeit, in einer neuen Resolution die neuen Anschauungen niederzulegen. Aber wie können heute noch nicht die letzten Mittel anwenden. Auch wir Holländer sind Feinde einer dekorativen Politik und können daher nicht für die Resolution Jaurès-Vaillant ein-

treten. Die Resolution, die wir eingebracht haben bezieht sich nicht bloß auf den Ausbruch eines Krieges, sondern wir wollten damit anzeigen, daß das Proletariat in seiner wachsenden Macht immer gemeinsamer vorgeht. Wenn wir die Resolution Bebel annehmen, stehen wir in Uebereinstimmung mit der Wissenschaft und gleichzeitig lassen wir der bürgerlichen Welt die drohenden Schritte des Proletariats hören. (Bravo!)

Garr - Amerika

ist in Uebereinstimmung mit den englischen Delegierten gegen das Volksheer und für die Abrüstung. Sozialismus und Volksbewaffnung seien unvereinbare Begriffe. Der Krieg mit Spanien habe in Amerika den Mutdurst gekürt und man schwärme jetzt dort nicht nur für eine große Flotte, sondern auch für ein großes Heer. Redner meint, daß weder die französische noch die deutsche Resolution die militaristischen Neigungen bekämpft.

Rubanowitsch - Rußland

kann die Resolution Bebel nicht annehmen, da sie bloß eine marxistische Prinzipienklärung ist, die die vorliegende Frage nicht löst. Es entspreche ihm die Resolution Luxemburg's.

Damit waren die Arbeiten der Hauptkommission beendet. Die Subkommission tritt am Nachmittag zusammen. Die Hauptkommission tagt erneut am Freitag, um die Beschlüsse der Subkommission entgegenzunehmen.

14. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche.

Mannheim, 20. August.

Die heutigen Verhandlungen begannen mit einem Vortrag von Herrn Graf-Frankfurt a. M. zu Punkt 6. Ausbildung der Kassenbeamten in der gesamten Arbeiterversicherung. Die Sicherstellung der Kassenbeamten an sich ist in Blutz gekommen, eine andere Frage ist, die Beamten auszubilden, daß sie den an sie gestellten Anforderungen entsprechen und für die Kasse segensreich zu wirken in der Lage sind. Ein richtiger Kassenbeamter muß die ganze sozialpolitische Gesetzgebung kennen lernen, er soll auch in der Gewerbeordnung, im Strafgesetzbuch, in der Zivilprozessordnung, die Beamten in den großen Städten sogar in der Konkursordnung, Bescheid wissen, damit er zu jeder Zeit dem Publikum ausklärend und hilfreich zur Seite stehen kann. Der richtige Kassenbeamte wird stets tatkraftvoll dazugehen wissen kommt eine Frau, deren Mann gestorben, aufs Bureau, anders der Bureaukrat, der die Frau in kurzen Worten abfertigt, und nur auf das antwortet, was er gefragt wird. Selbst wenn die Kasse finanziell geschädigt wird, soll der Beamte das Mitglied unterrichten, wie es seine Mitgliedschaft in der Kasse sichert. Der Beamte ist eben für die Versicherten da, nicht die Versicherten für die Beamten. Die Beamten brauchen durchaus keine höhere Vorbildung, er muß nur die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen, die Erziehung lehrt, daß Leute aus dem Volke sehr Tüchtiges leisten, während die Beamten mit höherer Schulbildung aber versagt haben und Bureaukraten geblieben sind. Den Beamten soll stets eine gute Bibliothek zur Seite stehen. Auch da ist das Wort anzuwenden: Wissen ist Macht und Macht ist Wissen. Der Beamte muß in der Lage sein, sich weiter auszubilden zu können. Was die Prüfung betrifft, so hat diese bei kleineren Kassen nicht den Wert wie bei den größeren Kassen. Kann man den Zweck der Prüfung auf andere Weise erreichen, so soll sie am besten unterbleiben. Die Hauptsache ist, daß die Prüfung geschieht unter Mitwirkung der Kassenbeamten selbst.

Herr Wiesbaden vermischt in dem Vortrage eine klare und positive Stellungnahme in der Frage der Ausbildung der Kassenbeamten. Nur die praktische Erfahrung muß für die Kassenbeamten maßgebend sein, was nützt alles Vorstudium? Auch der Studierende muß sich orientieren, zum Gesetzbuch greifen. Wir brauchen keine Abänderung in der Ausbildung der Kassenbeamten durch das Eingreifen der Kassenvorstände.

Schütz-Düsseldorf: Notwendig ist vor allen Dingen, daß der Beamte das richtige soziale Empfinden hat, das läßt sich aber nicht anerkennen, das muß angeboren sein. Nur wer über das Talentsmaß verfügt, mit allen Schichten der Bevölkerung verkehren zu können, soll Kassenrentant werden. Die Beamten, welche mit dem Publikum verkehren, sollen auch ein reiferes Alter besitzen.

Vorsitzender Frähdorf bemerkt auf eine Aeußerung des Vordredners über Dr. Mugdan, das Streben desselben ginge nicht auf eine bessere Ausbildung der Beamten hinaus, sondern seine Absicht gehe darauf hinaus, der Selbstverwaltung den Lebensboden abzuschneiden. Selbstverständlich sollen auch weibliche Kräfte als Beamte für die Ortskrankenkassen zulässig sein. Es wäre ja auch grundsätzlich, wenn die Kassen schematisch die Beamten nach dem Alter aufzurufen lassen würden und nicht nach den Kenntnissen.

Alexs - Magdeburg ist für Entnahme der Beamten aus dem praktischen Leben. Nur die großen Kassen sind in der Lage, Kassenbeamten auszubilden.

Miehl - Berlin wendet sich gegen die Heranbildung von Lehrlingen im Ortskrankenkassenwesen. Es sei ja schon gesagt worden, das soziale Empfinden könne nicht erzogen werden, sondern muß angeboren sein; soziales Empfinden ist aber im Krankenlaffenwesen dringend erforderlich, aber nicht jeder besitzt es. Der Kassenbeamte muß ferner möglichst in allen Fächern des Verwaltungsdienstes ausgebildet werden, dadurch wird auch die Berufstreue gefördert.

Holländer - Leipzig stimmt den Ausführungen Graf's im großen Ganzen zu. Der Kassenrentant soll nicht nur hinter den Beamten stehen, er soll sich auch selbst ins Feuer stellen. Soziales Empfinden für jeden Beamten ist unbedingt erforderlich, wenn er dieses Empfinden aber haben soll, muß er aus den Kreisen des Volkes genommen werden, nur ein solcher Beamter hat Fühlung mit den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes. Wie jede Protektion bei Anstellung eines Kassenbeamten zu verwerfen ist, so muß es auch direkt abstoßend wirken, wenn jemand seine politische Gesinnung zur Verantwortung seines Gesuchtes herbeiführt. Wir haben bei Anstellung von Beamten unparteiisch zu urteilen und unsere Stellung nicht von politischen Gesichtspunkten abhängig zu machen.

Nach weiteren Ausführungen von Fianme-Schöneberg wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und der Redner erhält das Schlagwort, aus dem neue Gesichtspunkte nicht mehr hervortreten.

Gischardt-Weimar hält es für dringend wünschenswert, daß der Zentralverband auf dem internationalen Kongress für Arbeiterversicherung in Bern vertreten ist in Anbetracht des zur Beratung vorliegenden Antrags Mugdan über die Ausbildung der Kassenbeamten, der nur die Selbstverwaltung der Ortsklassen vernichten wollte.

Dem Antrage des Redners wird entsprochen. Gewählt werden als Delegierte Verbandsdirektor Hesse-Wiesbaden, Vorsitzender Graf-Frankfurt a. M. und Vorsitzender Frähdorf-Dresden.

7. Antrag der vereinigten Ortskrankenkassen der Handwerker zu Köln auf Ausdehnung der Invalidenversicherungspflicht auf die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden des Gewerbes der Schneider und Schneiderinnen.

Der Antrag wird nach kurzer Begründung durch Marquardt-Köln angenommen.

8. Stellungnahme der Betriebskrankenkassen im Rahmen der geplanten Reorganisation der Arbeiterversicherung. Die hierzu ausgearbeitete Vetsage, welche sich gegen die Aufrechterhaltung der Organisation der Betriebskrankenkassen aus materiellen, ökonomischen und verwaltungsmäßigen Gründen aussprechen, werden von Wendt-Land-Magdeburg in kurzen Ausführungen erläutert und ihnen debattelos die Zustimmung erteilt.



9. Antrag der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen der Provinz Hessen-Nassau: Die Kosten der Bezirksämter auf das Zentralamt zu übernehmen. Der Antrag wird unter kurzer Begründung von Gerhardt-Wiesbaden zur Annahme empfohlen. Der Vorsitzende bittet, den Antrag abzulehnen, es ginge nicht an, die Kasse noch weiter zu belasten. Den Herren könne es ja überlassen bleiben, diese Kosten auf dem Wege des Umlageverfahrens beizubringen.

Nachdem noch Graf-Frankfurt den Antrag zur Annahme empfohlen, wird derselbe zur Abstimmung gebracht, die eine Ablehnung desselben ergibt.

10. Wahl des Ortes der nächsten Jahresversammlung. In Vorschlag gebracht wurden Königsberg, Bremen, Braunschweig, Jena. Die Entscheidung fällt zugunsten Braunschweigs aus.

Am Schluß der Tagung wird der Vorsitzende noch einen kurzen Rückblick auf die gefassten Beschlüsse und bittet die Delegierten, namentlich in Hinblick des Kampfes mit den Ärzten zu Hause aufklärend zu wirken. Redner schließt nach warmen Dankworten für die vorzügliche Aufnahme in Mannheim mit einem „Auf Wiedersehen im nächsten Jahre in Braunschweig!“ um 1/4 Uhr die Tagung.

## Aus der Partei.

### Ein Druckfehler im Bericht des Parteivorstandes.

Die auf Seiten 35 und 36 des Parteivorstandsberichts angegebene Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Reiche muß nicht 4496 sondern 4996 lauten.

### Zum Offener Parteitag.

In Vant wurden als Delegierte die Genossen R. Wagner und B. Hug gewählt. Die Genossen zu Breslau nahmen den Antrag an, die preussische Wahlrechtsbewegung auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen. Ferner beantragten sie einheitliche Mitgliedsbücher.

In Frankfurt a. M. wurden am Sonntag durch Urabstimmung zwei Delegierte gewählt. Die höchsten Stimmzahlen erhielten Gauleiter Hüttmann (708), Redakteur Zielowski (466) und Redakteur Quint (276). Die absolute Mehrheit der Abstimmenden betrug 923, es galt also nur Hüttmann als gewählt, während zwischen Zielowski und Quint Stichwahl stattfand, die am nächsten Sonntag vorgenommen wird.

### Der Fall Calwer.

Genosse Anzid, Parteisekretär für Braunschweig, der vom Genossen Calwer in seiner Erklärung der persönlichen Quertreiberei gegen ihn (Calwer) bezichtigt wurde, erklärt: die Unzufriedenheit der Parteigenossen des dritten Wahlkreises mit Calwers Ansichten hätte schon vor seiner (Anzids) Stellung als Parteisekretär begonnen und eben falls schon vorher habe sich der Vertrauensmann jenes Kreises mit der Anfrage an den Parteivorstand in Berlin gewandt, ob Calwer überhaupt noch als sozialdemokratischer Kandidat in Betracht gezogen werden dürfe.

Die „Münchener Post“ schrieb zu dem Fall: „Mit starker innerer Erregung nahmen wir den bereits gemeldeten Beschluß der Konferenz des 3. braunschweigischen Reichstagswahlkreises auf. Steuert doch dieser Beschluß auf eine förmliche Kastration des Genossen Calwer im politischen Leben los. Calwer gehört zu den gewissenhaftesten Wahrheitsforschern in der sozialdemokratischen Partei, der mutvoll mit den Resultaten seines Forschens hervortrat, auch wenn sie sich gegen bestimmte, von der Majorität der Partei vertretene Anschauungen und Meinungen lehnten. Den Bahnen Calwers konnten wir selbst in vielen wesentlichen Punkten nicht folgen, immerhin schätzten wir an Calwer den hohen wissenschaftlichen Ernst, der alle seine Arbeiten befehle. In einer Partei, die mit ehrlicher Befestigung dem Grundsatz des freien Forschens auf allen Wissensgebieten huldigt, sind gerade Männer wie Calwer am Platze. Wir bedauern daher das heikle Vorgehen der Genossen des 3. Wahlkreises gegen den Genossen Calwer, das einem gründlich gebildeten und charaktervollen Vertreter des frei forschenden wissenschaftlichen Sozialismus das höchste Vertrauensamt in der Partei entzog.“

Wir stimmen nicht in allen Stücken mit der Meinung der „Münchener Post“ über den Genossen Calwer überein. Aber selbst wenn wir es täten, sähen wir keinen Grund für die „starke innere Erregung“ unseres Münchener Parteiblattes. Denn dem Genossen Calwer ist nicht die parteigenössliche Ehre abgesprochen worden, sondern man hat ihn lediglich im Interesse der Geschlossenheit unserer parlamentarischen Kampftruppe eines Postens entleidet, der ihm den Ansehen geben konnte, im Namen der Partei zu sprechen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Bochum-Wesseln ist vom Schluß des letzten Geschäftsjahres bis zum 1. Juli 1907 von 2552 auf 4510, also um 1958 Mitglieder gewachsen. Von den 62 Gemeinden des Kreises sind nur sechs noch ohne organisierte Genossen. Es stehen nun in 14 Orten 20, darunter viele kleine, zur Verfügung. Die Wirte flohen über behördlichen Druck. Vierzehn Flugblätter wurden in einer Gesamtauflage von 296 000 Stück verbreitet, außerdem 3 Broschüren in 7000 Exemplaren. — Die Kommunalwahlen brachten sehr schöne Erfolge. Allerlei kleinliche polizeiliche Verfolgungen sind auch im letzten Jahre nicht ausgeblieben.

Die Einnahmen betragen mit einem Bestand von 4086,92 M. in Summa 16 126,91 M., darunter 726,00 M. für Eintritts- und 6907,00 M. für Beitragsmarken, 84,30 M. freiwillige Beiträge, 359,40 M. für Wons, 418,60 M. für Versammlungskosten, 84,50 M. für Kreishandmarken, 807,23 M. auf Listen für Gemeinderatswahlen, 283,40 M. für Märkteintrittskosten.

Die Ausgaben betragen 15 803,86 M., darunter dem Wahlfonds überwiesene 3217,59 M., für Gemeinderatswahlen 240,63 M., in die Bezirkskasse 1313,31 M.

Der Bestand beträgt 823,25 M. Die Kasse erlag einen Ueberschuß von 2769,03 M.

Während der Reichstagswahl wurden 18 Flugblätter in 1 703 000 Exemplaren verbreitet. Die Kosten der Sahlagitation betragen 18 925 M.

Die Generalversammlung des Vereins fand am 4. August in Freisenbruch statt. Es waren 85 Delegierte, 8 Disziplinarleiter, ohne Mandat, 3 Vorstandsmitglieder, 3 Beisitzer, 1 Redakteur und 1 Geschäftsführer, außerdem der Abgeordnete des Kreises, Genosse Hue, der Landesvertrauensmann des Industriegebietes Genosse König und Gäste aus den Nachbarkreisen anwesend. Die Versammlung beschloß die Erhöhung des Beitrages auf 10 Pf. wöchentlich. Reichsinvaliden zahlen die Hälfte.

Im Bericht über die Kreisfeier kritisierte der Referent scharf, daß zwei Genossen, die als Beamte in der Arbeiterbewegung tätig seien, es abgelehnt hätten, am 1. Mai einen Vortrag zu halten. Beide Genossen hätten erklärt, daß sie heute noch Gegner der Arbeitstruhe am 1. Mai seien. (Lebhaftes Hört! hört!)

Von den Vorträgen, die angenommen wurden, ist der folgende zu verzeichnen:

Jedem neuereintretenden Mitgliede wird mit dem Mitgliedsbuche auch das Parteiprogramm zugestellt.

Außerdem wurde dem Vorstand zur Verlässichtigung Alleviolen der Antrag:

Die Artikelserie des Genossen Mollenhuth in der „Neuen Zeit“: „Die positiven Leistungen der Sozialdemokratie“ ist in Broschürenform herauszugeben und gratis an die Genossen abzugeben.

Das Parteiorgan, das „Vollsbblatt“, erstreute sich günstiger Entwicklung und wurde weiter ausgebaut. Wesentliche Beschwerden liefen nicht ein, in der Diskussion wurde Zufriedenheit mit der Haltung des Blattes bekundet. Die Preßkommission wurde beauftragt, ein passendes Grundstück für die Druckerei anzukaufen.

Ein Stadtverordneten-Wahltag. Die Danauer Stadtverordneten-Versammlung zählt neun Sozialdemokraten. Der genannte Vertreter unserer Partei wurde vor einigen Tagen in dem jüngst eingemeindeten Kesselstadt gewählt mit 172 gegen 69 bürgerliche Stimmen.

Unsere Toten. In Mannheim starb nach längerer Krankheit der Genosse Emil Reith. Er hat besonders in der Zeit des Sozialistengesetzes der Partei große Dienste geleistet. Von Beruf Former, war er langjähriger Vertrauensmann seiner Kollegen und auf allen Kongressen seiner Branche als Delegierter anwesend. Im Jahre 1893 schied ihn die 3. Wählerklasse als Stadtverordneten aus das Rathaus.

Die sächsischen Frauenmandate zum Internationalen Sozialistenkongreß.

Die „Leipz. Volkszeitung“ meldete: Die deutsche Delegation des Internationalen sozialistischen Kongresses erklärte trotz Weibels Verteidigung die sächsischen Mandate der Genossinnen Luxemburg und Weiniohn (Dresden) für ungültig, weil nach dem sächsischen Parteistatut Frauen und Männer gemeinsam organisiert sind und somit die Frauen nicht das Recht zu einer besonderen Delegation hätten.

Genossin Luxemburg hat als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureau auf dem Kongreß auch ohne besonderes Mandat Sitz und Stimme.

Auf dem Wege zum Internationalen Sozialistenkongreß gefangen. Aus Warschau meldete der „Dresdener Volksmacht“ ein Telegramm: Ein hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei wurde auf dem Wege zum Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart an der Grenze verhaftet. Es wurde bei ihm ein Jahresbericht in vier Sprachen über die Tätigkeit der Partei gefunden.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine verpuffte Staatsaktion. Das Rot ist bekanntlich bei den Polizeibehörden in Sachsen eine verpönte Farbe; sie verrät eine staatsgefährliche Gesinnung, deshalb wird sie auch nicht geduldet. Selbst nicht einmal, wenn sie mit einer anderen Farbe vereint ist. So waren z. B. die Flaggen, die zur diesjährigen Kaiserfeier am Volkshause in Chemnitz angebracht waren, weiß-rot gestreift und zeigten auf weißem Mittelbilde eine große rote „8“ auf, welche auf den Charakter der Feier hinweisen sollte. Aber auch dieses „Rot“ wurde von der Polizei als Ausdrucksinstanzlicher Empfindungen angesehen. Diese Flaggen wurden deshalb der Gegenstand eines Strafmandats von 25 M., mit denen die Genossen Wendler und Erner, der Vorsitzende des Vereins „Volkshaus“ und der Geschäftsführer, bestraft wurden. Auf ihren Antrag auf gerichtliche Entscheidung erfolgte vor dem Schöffengericht die Freisprechung. Dagegen hatte die Anklagebehörde Berufung eingelegt; sie vertrat den Standpunkt, daß die beiden rot-weiß-rot gestreiften Flaggen mit der roten „8“ in weißem Felde Zeichen republikanischer Gesinnung seien, und beantragte Verurteilung im Sinne der Strafmandate. Beim Plaidoyer sprach der Staatsanwalt vom sozialdemokratischen Parteitag, der alljährlich zum 1. Mai im Chemnitzer Volkshaus abgehalten werde! Das Gericht erkannte auf Verwerfung der staatsanwaltlichen Berufung; es bleibt somit bei der schöffengerichtlichen Freisprechung, und die Flaggen, die als corpus delicti im Gerichtssaal entfällt worden waren, können bei der nächsten Kaiserfeier wieder am Volkshause herabwallen, ohne daß der Staat Sachen dadurch in Gefahr, umgestürzt zu werden, kommt.

Ueber den Terrorismus der Sozialdemokratie, so berichtet man uns unterm 22. August aus Halle a. S., regte man sich in der Straßammerung in einem Prozeß gegen den Genossen Redakteur Fröhlich vom „Vollsbblatt“ wieder einmal gewaltig auf. In einem nach der Reichstagswahl veröffentlichten Eingangs hatte die Agitationskommission auf Anfrage mitgeteilt, daß sie bezüglich Beschaffung von Versammlungsorten ihre Schuldigkeit getan habe; die Wirte Hoffmann und Schunke in Stobewell und Beesen hätten trotz wiederholter Vorstellung ihre Säle den Arbeitern nicht zur Verfügung gestellt. Für diese Mitteilung, und die bekanntlich nach einem jüngst gefällten Berliner Landgerichtsurteil als Unstandspflicht gilt, soll Genosse Fröhlich 50 M. bezahlen, denn, so hieß es in der Urteilsbegründung: Die Wirte und die Allgemeinheit seien beunruhigt; die Vorklärung der „zielbewußten Genossen“ sei ein verwerfliches Mittel und der Terrorismus der sozialdemokratischen Führer sei bekannt. — Wums. — Die Beunruhigung der Wirte durch den Terrorismus von oben; die Maßnahmen der Landräte, Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher und Landgendarmen bei Saalabtreibungen gegen die Arbeiter sind jedenfalls „nicht bekannt“. Und wenn sie bekannt wären, dann wären es keine verwerflichen, sondern erlaubte Mittel. — Es leben die Rechtsgarantien. —

## Soziales.

### Ein Dokument preussischer — Kultur.

Der Landrat des Kreises Labiau (Dspireußen) erläßt im „Labiauer Kreisblatt“ vom 16. August d. J. eine amtliche Verfügung, in der die ländlichen Polizeibehörden aufgefordert werden, noch scharfer wie bisher gegen kontraktbrüchige Landarbeiter vorzugehen. Das ist aber nicht der einzige Zweck dieser landräthlichen Aufmunterung. Es geht vielmehr deutlich aus ihr hervor, daß die Regierung durch ihre Organe Material zu einem neuen Kontraktbrüchigengesetz sammelt. Und sordt will der Landrat vorgehen. Diejenigen Amtsvorsteher und sonstigen Polizeibehörden will er benannt wissen, die dem von ihm erwarteten strengen Vorgehen gegen kontraktbrüchige Landarbeiter etwa nicht nachkommen sollten. Die mittelalterlichen Morddurst ausströmende Verfügung sieht so aus:

Gegenüber den Zweifeln, die bezüglich der Behandlung kontraktbrüchiger Arbeiter hervorgerufen sind, (I) weise ich auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen besonders hin.

Nach dem Gesetz vom 24. April 1854 (G. S. S. 214) macht sich Gefinde durch Verlassen oder Verlassen des Dienstes strafbar, ebenso alle übrigen landwirtschaftlichen Arbeiter, mithin auch die ausländischen Saisonarbeiter. Es empfiehlt sich, durch Anzeige binnen vierzehn Tagen seit Verübung des Kontraktbruchs jedesmal die Ortspolizeibehörde zum Erlaß von Strafverfügungen gegen die kontraktbrüchigen Arbeiter zu veranlassen. Zum Versuch der Ermittlung ist nötigenfalls das Landratsamt von der Ortspolizeibehörde anzugehen.

Durch Robinetterorden vom 8. August 1837 (Annalen XXI, S. 710) hat die Polizeibehörde die Pflicht erhalten zum Erlaß der vorläufigen Bestimmungen bei Streitigkeiten bezüglich der Erfüllung der Dienstpflichten der Insulten; das Oberverwaltungsgericht hat (Entsch. Bd. 42, S. 397) den Begriff Insulten dahin ausgelegt, daß dazu gehören alle Dienstleute, welche gegen Gewährung einer Wohnung in den auf dem Gute befindlichen Gebäuden und gegen einen im voraus bestimmten Lohn behufs der Bewirtschaftung angenommen sind. Hiernach sind die Polizeibehörden befragt und verpflichtet, gegen den Kontraktbruch sämtlicher Arten von Insulten einzuschreiten, und zwar hat dieses im Wege des § 132 Landes-Verw.-G. zu erfolgen, indem Kontraktbrüchigen die Wiederaufnahme der Arbeit (oder der Zugang

auf die angenommene Stelle) durch Polizeiverfügung aufgegeben und dabei gleichzeitig die Zwangsmittel § 132 Ziffer 2 angeordnet werden. Die angeordneten Geldstrafen sind vollstreckbar, auch wenn gegen die Verfügung Rechtsmittel eingelegt werden. Verlagen die Zwangsmittel der Ziffer 2, so kommt Anwendung der Ziffer 3 in Frage, das ist unmittelbarer Zwang durch Zuführung auf die Dienststelle. Die einschlägigen Maßnahmen sind mit unklüster Beschleunigung vorzunehmen.

Bestrafung der Arbeitgeber, welche Kontraktbrüchige in Arbeit nehmen, und Zwangsmassnahmen gegen solche Arbeitgeber sind nach dem Stande der heutigen Gesetzgebung nicht mehr zulässig, ich ersuche jedoch die Behörden um Anzeige jedes derartigen zu ihrer Kenntnis kommenden Falles, da er die Grundlage sonstiger amtlicher Entscheidungen bilden kann.

Ebenso ersuche ich um gefällige Mitteilung, sobald Requisitionen zur Ausführung des erörterten Verfahrens etwa bei auswärtigen Behörden auf Schwierigkeiten stoßen sollten.

Labiau, den 14. August 1907.

Der Landrat.

So charakteristisch für den „Kulturstaat“ Preußen im 20. Jahrhundert diese scharfmachende Verfügung des Landrats auch ist; prophylaktisch gegen Kontraktbruch, zu dem die ostpreussischen Landarbeiter aus Verzweiflung getrieben werden, kann sie nicht wirken. Der gegenwärtig schon bestehende Eifer der ländlichen Polizeibehörden in Dspireußen, auf Wunsch der Gutsherren gegen die Landarbeiter die schärfsten Zwangsmassregeln anzuwenden, kann kaum noch gesteigert werden.

## Eingegangene Druckschriften.

Die pathologische Anschuldigung, von Dr. J. Dresler. V. Band, Heft 8 der Juristisch-psychiatrischen Grenzfragen. 1 M. Verlag: C. Neumann in Halle a. S.

Morgen. Wochenchrift für deutsche Kultur. Heft 10, 11. Einzelheft je 50 Pf. Verlag: Marquardt u. Co., Berlin W. 50.

Adolf Hoffmann. Die zehn Gebote und die beständige Masse. Mit einem Geleitbrief von Clara Jetkin. Preis 30 Pf. 11. Auflage. Selbstverlag, Berlin O. 27, Blumenstraße 14.

Unserem allen bewährten Genossen Alfred Kaufmann und Frau zu ihrer silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche und ein demerndes Hoch! Die Genossen des 706. Bezirks.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber unvergesslicher Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Gärtler

Hugo Beyer am Sonntag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, im Alter von 23 Jahren infolge Herzerleidens freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme im Namen der trauernden Hinterbliebenen an Louis Beyer nebst Frau.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobskirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 24176

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Bezirk 142.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gärtler

Hugo Beyer verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobskirchhofes aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler

Hugo Beyer gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobskirchhofes in Hixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet 147/10 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin.

Am 17. August verstarb der Kollege

Wilhelm Grosse (Bezirk Schönhauser Vorstadt) im Alter von 50 Jahren.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, den 23. August, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Giesemann-Kirchhofes in Nordend aus statt. 7200

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Zahlstelle II. (Hilfsarbeiter).

Todes-Anzeige. Am Montag, den 19. August, abends 10 1/2 Uhr, verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der Kollege

Rudolf Schlering im noch nicht vollendeten 38. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Ortsverwaltung Berlin II.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 23. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Markusgemeinde aus. Um möglichst zahlreiche Beteiligung ersucht Die Verwaltung.

Dankfagung. Allen Freunden und Bekannten, sowie den werthen Sangesbrüdern, dem Schöneberger Frauen- und Mädchen-Verein, insbesondere dem Genossen Müller für die trostreichen Worte am Grabe meiner innig geliebten, leider so früh verstorbenen Frau Ida Buchholz, geb. Krause, sage ich meinen innigsten Dank. Der trauernde Gatte 57432

Emil Buchholz.

Dankfagung. Allen Freunden, Genossen und Bekannten den innigsten Dank für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Kranzspenden bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, des Galtwirts

Gustav Hegel. Die trauernde Witwe Ottilie Hegel geb. Paech nebst Kindern.

Dankfagung. Für die vielen Beweise innigster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Verwandten und Freunden sowie dem Hixdorfer Wahlverein und dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande, Verwaltungsstelle Berlin, meinen innigsten Dank. Witwe Wilhelmine Kurth.

Dankfagung. Allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Hirt & Co. sowie dem Gesangsverein „Kaisertrium“ und Sparverein „Kaiser“ für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau herzlichsten Dank. Richard Wittkow nebst Kindern.

Dankfagung. Für die herzliche Beteiligung bei der Beerdigung meines Vaters Eduard Kühnel sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie dem Kaufhaus „Sumatra“ meinen herzlichsten Dank. 24285 Die trauernden Kinder. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden, Verwandten und Bekannten, den Kollegen vom Verband der Dachdecker und Firma Böhnel sowie dem Viktoria-Schönhauser Verein 706 meinen herzlichsten Dank. 57402 Witwe Hübch. Familie Sieke. Variété zum Werkhof, Martenstr. 50. Sonnabend, den 24. August: Große Eröffnungs-Vorstellung der Winterfaison. Nur erkl. Kräfte. 57412\* Karl Genkel.



Partei-Angelegenheiten.

Alt-Blende. Der Wahlverein hält am Sonnabend, den 24. August, seine Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Gastwirt Sack ab.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 25. August, früh 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung statt und zwar vom Restaurant Duff, Kaiser-Weg, Ecke Platzenstraße, aus.

Berliner Nachrichten.

Das Brot wird teurer und immer teurer!

Um die Bewegung der Brotpreise in Berlin zu verfolgen, macht das Berliner Statistische Amt allmonatlich zweimal in 34 über die ganze Stadt verteilten Bäckereien Anläufe von Roggen- und Weizenbrot und stellt daraus das Gewicht des Brotes fest.

Eine Aufwärtsbewegung der Brotpreise hatte in Berlin um die Mitte des Jahres 1905 begonnen. Besonders das Roggenbrot, das in dem Haushalt der minderbemittelten Bevölkerung eine wichtige Rolle spielt, ist seit damals immer kleiner und leichter geworden.

Wie diese Preissteigerung wirkt, das zeigt die folgende Berechnung, der die Juni- und Juli-Ziffern der drei Jahre zugrunde gelegt sind. Eine Familie, die vor zwei Jahren noch mit einem Brot pro Tag, also mit sieben Broten pro Woche auskam, hatte schon im vorigen Jahre fast acht Brote pro Woche nötig.

Den Hausfrauen aus der Arbeiterklasse, die jeden Brotschen in der Hand umdrehen müssen, ehe sie ihn ausgeben, wird mit dieser Berechnung nichts Neues gesagt. Sie haben es längst an ihrer Kasse gemerkt, wie es wirkt, daß das 50 Pfennig-Brot jetzt um fast 500 Gramm (= 1 Pfund) weniger als vor zwei Jahren wiegt.

Ein neuer Vorschlag für die Bezeichnung der Fernsprechämter. Die Uebersetzung von Zahlen im Fernsprechverkehr stößt bekanntlich oft auf Schwierigkeiten, da insbesondere die niedrigen Zahlen häufig sehr ähnlich klingen und je nach der dialektischen Grundanlage des Sprechenden verschieden ausgesprochen werden.

Allein reisende Kinder. Die in jüngster Zeit vielfach gemeldeten unfittlichen und verdreherischen Angriffe auf Kinder haben dem Minister der öffentlichen Arbeiten Anlaß gegeben, die Eisenbahndirektionen auf die bestehenden Vorschriften zum Schutze allein reisender Kinder erneut hinzuweisen.

Die königlichen Eisenbahndirektionen werden beauftragt, sämtlichen Stations- und Zugbeamten aufs nachdrücklichste einzuschärfen, allein reisenden Kindern ihre besondere Fürsorge angedeihen zu lassen und ihnen in jeder Hinsicht Beistand zu leisten.

Zu der Notiz: Zu besonderer Vorsicht mahnen die übten Erfahrungen einiger Personen" schickt uns Herr Wärtens ein längeres Schreiben, dessen Inhalt er uns bittet, mitzuteilen. Wir können diesen Wunsch leider nicht erfüllen, da das Schreiben inhaltlich unsere Notiz nur in einigen Punkten berührt und uns auch Raumrückichten hindern, das Schreiben abzurufen.

Wie er uns mitteilt, an Herrn M. gewandt und ihn ersucht, von seinem Vertrag entbunden zu werden, aber keine Antwort erhalten. Erst nach einem halben Jahre erhielt er die Aufforderung, die Konventionalstrafe zu zahlen.

Im übrigen ist uns selbstverständlich nicht eingefallen, was uns Herr M. in seinem Schreiben halb zum Vorwurf macht, daß wir uns zum Sprachrohr notorischer Vertragsbrüchiger seines Instituts machen.

Unfälle im Straßenverkehr.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einer Droschke, wobei drei Personen verletzt worden sind, ereignete sich gestern in früher Morgenstunde in der Friedrichstraße. Der Droschkentischer Albert Hinz, Gartenplatz wohnhaft, war mit seinem Wagen, in dem der Handlungsgehilfe Volke und die Klavierlehrerin Koype aus der Poststraße saßen, von der Koch- in die Friedrichstraße eingebogen.

Ein weiterer schwerer Automobilunfall hat sich vorgestern abend in der Invalidenstrasse zugetragen. In der Nähe des Stettiner Bahnhofes war der Kaufmann August Steffen, Drontheimerstr. 42 wohnhaft, über den Fahrdamm geschritten, als er von einem entgegenkommenden Droschkenautomobil angefahren und unter die Räder gedroschen wurde.

Teilweise freigegeben ist jetzt der vor dem Amtsgericht Wedding an der Kanstraße belegene Brunnenplatz. Derselbe war über 19 Monate wegen Herrichtung der Schmutzanlagen dem Verkehr entzogen. Die Anlagen sind in der Weise hergestellt, daß das schöne spätgotische Portal des Amtsgerichtsgebäudes nicht durch Wände oder Sträuher verdeckt wird.

Explosion eines Blindgängers. Gestern nachmittag ist im Stadtbahnhofen 10 (Velleue) in der Schlosserei von Artur Ladegast eine Granate (Blindgänger) infolge Vereinfaltens eines Schmeldefuntens in die nicht geschlossene Zündöffnung explodiert.

Die im Volksmund bekannte „Harsenjuhle“ wurde gestern mittag gegen 1/2 Uhr an der Ecke Dehauer- und Vernburgerstraße von einem tragischen Unfall ereilt. Die alte Dame, die auf ihren Füßen nicht mehr recht vom Nled kommen konnte, benutzte seit kurzer Zeit einen kleinen Nordwagen, welcher von einer Person gefahren wurde, um ihre Rieder dem Publikum vorzutragen.

In das Sägewerk geraten ist vorgestern abend der 19jährige Max Wagner aus der Soldinerstr. 11. Wagner war einem Freunde, dessen Vater in der Grünhalerstraße ein Holz- und Kohlengeschäft besitzt, beim Sägen von Brennholz behilflich gewesen.

Bermittelt wird das Dienstmädchen Hedwig Oligewski, am 26. März 1888 zu Spandau geboren. Sie hat sich aus ihrer Wohnung, Prenzlauerstr. 4, bei Rosenbaum, am 24. Mai 1907 entfernt und ist nicht wieder zurückgekehrt.

Unbekannte, im Humboldthafen gelandete Leiche. Am 17. August, gegen 6 Uhr nachmittags, wurde im Humboldthafen, gegenüber Alexanderufer 8, die Leiche eines anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden Mannes gelandet und nach dem Schauhause gebracht. Beschreibung: Circa 43 bis 48 Jahre alt, 1,61 Meter groß, schwarze Haare, schwarzer harter Schnurrbart, anscheinend dunkelbraune Augen, schwarze Augenbrauen, große dicke Stumpfnase, aufgeworfene Lippen, länglich-breite Gesichtsbildung.

Beim Sommerfest des 4. Kreises am Sonntag, den 18. d. M., in Rentes Volksgarten ist ein Tischfuß und eine gestrickte, weiße Kinderjade gefunden worden. Die Gegenstände sind im Bureau des Wahlvereins, Tilsiterstr. 81, in Empfang zu nehmen.

Im Sportpark Steglitz sieht am nächsten Sonntag, den 25. August, der „Große Preis von Berlin“ auf dem Programm, der sämtliche 6 Teilnehmer bereits am Mittwoch zum Training vereinigt hat.

Der Verkauf von Straßenbahn-Abonnementkarten für den Monat September findet außer bei den in Frage kommenden Verkaufsstellen der Großen Berliner Straßenbahn auch wiederum in sämtlichen Geschäften der Firma A. Jandorf u. Co. vom 28. d. M. ab statt, und zwar bezüglich der Werte von 7,70 M., 10,20 M. und 20,40 M.

Vorort-Nachrichten.

Die Charlottenburger Schuldeputation gegen den Verein „Freie Turnerschaft“.

Am 28. und 29. Juli dieses Jahres hat bekanntlich der 14. deutsche Turntag in Worms stattgefunden. Dieser Turntag zeichnete sich dadurch aus, daß gegen den Arbeiter-Turnerbund Sturm gelaufen wurde, indem man die demselben angeschlossenen Turnvereine als sozialdemokratische denunzierte.

Hinweisen wollen wir nur darauf, daß der Oberrealschullehrer und Gauturnwart P. Fidenwirth-Reichenbach seine Aufgabe darin erblickte, die Arbeiter-Turnvereine zu heijpeln, ob sie auch sozialdemokratisch seien. Man hat sich die größte Mühe gegeben, um Material gegen die Arbeiter-Turnvereine herbeizuschaffen. Dieses Material ist dann in echt „patriotischer“ Weise gefärbt und den Behörden zur Kenntnis übermittlelt worden.

Das hat auch der Verein „Freie Turnerschaft Charlottenburg“ zu erfahren. Benannter Verein hatte sich bereits vor längerer Zeit an die Schuldeputation gewandt, um die Weiterbenutzung der städtischen Turnhalle zu erwirken. Das wurde mit folgenden Gründen abgelehnt: Die Ablehnung Ihres Gesuches um Weiterbenutzung städtischer Turnhallen ist wegen des im „Volkshause“ am 6. Oktober vorigen Jahres zum Ausdruck gebrachten politischen Charakters des Vereins erfolgt.

Auf ein späteres Gesuch genannten Vereins an die Schuldeputation um Ueberlassung der Turnhalle in der Wiglebenstraße zur Abhaltung eines Schauturnens wurde folgender Bescheid erteilt: Ihrem Antrage auf Ueberlassung der Turnhalle in der Wiglebenstraße zur Abhaltung eines Schauturnens am 25. d. M. vermögen wir nicht zu entsprechen. Gleichzeitig teilen wir Ihnen unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 30. April d. J. mit, daß auch die Weiterbenutzung dieser Turnhalle durch die Damenabteilungen des Vereins nicht gestattet werden kann.

Aus diesem vom 17. August datierten Schreiben ist zu ersehen, daß der deutsche Turntag auch auf die Charlottenburger Schuldeputation nicht ohne Wirkung geblieben ist. Die Arbeiterkraft weih nun, daß sie nur städtische Gebäude benutzen darf, wenn sie eine echt patriotische Gesinnung dokumentiert.

Schöneberg.

Das Klassenwahlrecht.

Nach den zurzeit im Rathaus ausliegenden Gemeindevählerlisten sind in Schöneberg 28 089 wahlberechtigte Personen vorhanden, 1882 mehr als im vorigen Jahre. Es gehören zur:

1. Abteilung 1907:	796 Wähler,	1906:	781 Wähler,
2.	4123		3844
3.	21170		19032

Die 796 Wähler der ersten Abteilung haben also genau dieselben Rechte wie die 21 170 Wähler der dritten Abteilung. Von den Wählern werden insgesamt 4 509 899 M. Steuern aufgebracht, 598 523 M. mehr als im Vorjahre. Im Durchschnitt entfallen auf jeden Wähler 172 M. Steuern gegen 161 M. im vergangenen Jahre. Der Durchschnittssatz in der ersten Abteilung beträgt 2258 M., in der zweiten 435 M. und in der dritten 43 M. Der höchstbesteuerter Wähler Schönebergs hat 58 518 M. an Steuern zu entrichten.

So sieht das „Wahlrecht“ aus, das von der Mehrheit der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung immer noch als ein gerechtes anerkannt wird. Einem Wähler der ersten Klasse werden dieselben Rechte eingeräumt wie 27 Wählern der dritten Klasse, nicht in Betracht gezogen alle diejenigen, denen man von vornherein jedes Recht genommen hat, sich an den Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen. Das die Zahl derjenigen keine geringe ist, geht schon daraus hervor, daß bei der letzten Reichstagswahl circa 10 000 Wähler mehr in Schöneberg vorhanden gewesen sind.

Erkner.

Zwei Fürsorgezöglinge wurden vorgestern Nacht auf dem Bahnhof Erkner festgenommen. Die beiden 12- und 14-jährigen Mädchen waren aus dem Rettungshause in Niederborsdorf mit Unterstützung ihrer Freunde ausgebrochen und befanden sich auf dem Wege nach Berlin. Die Ausreißer wurden nach Niederborsdorf zurückgeschickt.

Nieder-Schönhausen.

Auf geheimnisvolle Weise verschwunden ist der Kolonialwaren-Händler Franz Hamppe, eine im Orte bekannte Persönlichkeit. Er hatte sein Geschäft Kaiser-Wilhelmstr. 66 vor kurzem verkauft und unterhandelte betr. den Erwerb eines neuen mit einem Agenten in Steglitz. Am 16. sollte er um 10 Uhr früh in der Wohnung des Vermittlers sein, traf aber hier nicht ein, obwohl er bereits um 8 Uhr morgens seine Wohnung verlassen hatte. Bei seinem Fortgehen hatte der Vermittler 2000 M. bar und 3000 M. in Wechseln bei sich. Inzwischen ist bei seiner in Nordend wohnhaften Frau ein Brief von fremder Hand ohne Unterschrift angelangt, dessen Inhalt die Vermutung nahelegt, daß H. einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Es wird darin mitgeteilt, H. hätte ein Bad genommen, das ihm nicht bekommen sei. Den Schlüssel könne Frau H. selbst ziehen. Das Geld könnten die Abfender sehr gut gebrauchen. Auf der Rückseite des auf dem Postamt W 9 am Potsdamer Bahnhofe aufgegebenen Briefes standen die Worte: „Herzliches Beileid“. Daß es sich dabei nicht bloß um einen schlechten Scherz handelt, beweist, daß dem Schreiben der Wechsel beigelegt war. H. ist etwa dreißig Jahre alt, blond, schlant. Der Kriminalpolizei ist Anzeige erstattet.



**Vernau.**

Diese treiben in der letzten Zeit in Vernau und Umgebung ihre Unwesen. Nachdem in den letzten Tagen in dem benachbarten Schönau und Wilmerdorf eine Diebesbande bei verschiedenen Restaurateuren und Kaufleuten häufig unter den Warenbeständen aufgeräumt hatte, machte vorgestern ein Ladenflüsterer verschiedene Vernauer Restaurateuren einen Besuch. Der Dursche, welcher sehr vornehm auftrat, verlangte überaus viel für seine Dienste und nützte die Gelegenheit, während welcher die Wirte in den Kellern gingen, um die Brausen zu holen, aus, die Kassen zu plündern. Im Restaurant der Witwe Tomm in der Berlinerstraße nahm er, nachdem er die erste Brause mit einem Pfünzmarkstück bezahlt hatte, während die Wirtin die zweite aus dem Keller holte, sein Pfünzmarkstück und noch einiges wieder aus der Kasse heraus, bezahlte und verschwand. Im Restaurant „Schützenhaus“ nahm er, da sich keine Gelegenheit bot, die Kasse zu berauben, sämtliche Schlüssel, welche an einem Brett hingen, mit. Im Café Monopol am Bahnhof bemerkte er, daß die Frau des Eigentümers etwas schwerhörig ist, er nutzte die Gelegenheit aus, um aus der Kasse 500 M. in Gold, welche sich in einer Kiste befanden, und außerdem 80 M. in Silber mitzunehmen. Obwohl man gleich die Verfolgung des Täters aufnahm, fehlt bis jetzt von demselben jede Spur.

**Oranienburg.**

Vermißt wird seit Dienstag abend die 77jährige Witwe Amalie Wigel, die in der Berlinerstr. 59 wohnt. Die alte Dame leidet seit längerer Zeit an Verfolgungswahn und tritt außerdem an der fixen Idee, daß sie verhungern müsse, weil sie nichts mehr zu leben habe. Am Dienstagnachmittag entfernte sich die Witwe aus ihrer Wohnung und ist seitdem nicht mehr zurückgekehrt. Allen Anstrengungen nach ist die Vermißte nach Berlin gefahren und tritt wahrscheinlich in der Reichshauptstadt und deren Umgebung planlos umher; Verwandte und Bekannte besitzen Frau Wigel in Berlin nicht. Die Verschwindene war bekleidet mit dunklem Rock, dunkelfarbiger Wolljacke, Kopftuch und Filzpatzstiefeln. Sie ist von mittlerer Figur, hat schmales Gesicht, graue Haare und fällt besonders durch ihre Schwerhörigkeit auf. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Verdauungswerte einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, da sie bei ihrem Weggange aus der Wohnung einen größeren Geldbetrag bei sich führte.

**Spandau.**

Seht die Wählerlisten ein! Diese dringende Mahnung richten wir nochmals an die Kommunalwähler. Leider sind der Aufforderung bisher nur sehr wenige gefolgt, obwohl sich bis jetzt schon herausgestellt hat, daß die Listen höchst mangelhaft sind. Die Wählerlisten liegen täglich, außer Sonntags, aus bis zum 30. August in der Zeit von 8-1 Uhr vormittags und 8-6 Uhr nachmittags. Sonnabends jedoch nur bis 2 Uhr nachmittags, im Zimmer 18 und 14 des Rathauses. Wer nicht in den Listen steht, kann nicht wählen. Wer nicht selbst nachsehen will, melde sich bei einem der in Nr. 191 des „Vorwärts“ bekannt gegebenen Wessenen.

**Gerichts-Zeitung.**

**Vampire.**

Einen sensationellen Verlauf nahm eine Verhandlung, in der es sich wieder einmal um Wechselgeschäfte mit Offizieren handelte. Aus der Untersuchungshaft wurde der Agent Richard Maginat vorgeführt, um sich wegen Unterschlagung zu verantworten. — Im Frühjahr d. J. befand sich der Oberleutnant S. eines hiesigen Garderegiments in Gelnb. Durch ein Inzerat wurde er mit dem jetzigen Angeklagten bekannt, der ihm zusicherte, er handle im Auftrage verschiedener Geldleute, die bereit sind, ein Darlehen gegen mäßige Zinsen zu vergeben. Der Offizier gab fünf Wechsel über je 1000 M. und sollte für diese die Summe von 4400 M. erhalten. Trotz mehrfachen Drängens erhielt er jedoch nicht das gewünschte Geld. Als er mit einer Anzeige drohte, erlitt eines Tages ein Kaufmann Heinrich Jäger bei ihm und stellte sich als Direktor einer Kreditbank vor, in deren Auftrage der Agent Maginat tätig gewesen sei. Jäger gab als Grund, daß das Darlehen noch nicht ausgezahlt worden sei, folgendes an. Er habe am 2. April dem Maginat die Summe von 4700 M. übergeben mit dem Auftrage, sie dem Offizier auszuhandeln. Auf dem Wege nach Weidau, wo der Oberleutnant wohnte, habe M. seine Briefstasche mit dem Gelde verloren. Tatsächlich erschien auch an jenem Tage an den Anschlagstulen eine öffentliche Bekanntmachung, in welcher dem Finder der Briefstasche mit den 4700 M. eine Belohnung von 600 M. zugesichert wurde. Jäger erklärte damals dem Offizier, daß er die Wechsel schon weiter gegeben habe und sie von dem Oberleutnant auch eingelöst werden müßten. Diese zum mindesten eigentümliche Geschichte von der verlorenen Briefstasche führte zu dem jetzigen Strafprozeß gegen Maginat, da seitens des allein geschädigten Offiziers der Verdacht ausgesprochen worden war, Maginat habe sich das Geld angeeignet. In der gestrigen Verhandlung vor der 20. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Schöneberg blieb der Angeklagte bei seiner Behauptung, daß Jäger ihm das Geld ausgehändigt habe, es aber von ihm verloren worden sei. Als Zeugen waren der Kaufmann Jäger und der Bruder des Angeklagten, der Agent Georg Maginat geladen worden. Letzterenanter sollte angeblich dabei gewesen sein, als Jäger dem Angeklagten das Geld aushändigte. Der Zeuge machte einen so auffällig unklaren Eindruck, daß ihn Amtsgerichtsrat Bennetow eindringlich vor einem Meineid verwarnete. Nunmehr erklärte der Zeuge, er wolle jetzt die reine Wahrheit sagen, möge kommen was da wolle. Er gab nunmehr an, daß er überhaupt nichts von der ganzen Angelegenheit wisse. Sein Bruder habe ihm erzählt, daß Jäger eine gute Belohnung in Aussicht gestellt habe, wenn er (Richard M.) in dem Wechselprozeß auszusagen werde, ihm sei das Geld ausgehändigt worden und er habe es verloren. Jene Bekanntmachung an den Anschlagstulen sei auch von Jäger verfaßt und bezahlt worden. Der Zeuge erklärte weiter, daß gestern abend in dem Bureau der Kreditbank der Versuch gemacht worden sei, ihn zu einer falschen Aussage zu verleiten. Seine Schwägerin Frau Leopoldine Maginat, Jäger und ein Kaufmann Steinbock wären bei dieser Unterredung anwesend gewesen. Seine eigene Schwägerin, die Frau des Angeklagten, habe zu ihm gesagt: „Georg, Du bist so im Dasse und kannst dabei etwas verdienen, wenn Du vor Gericht sagst, Jäger hat Richard das Geld gegeben.“ Durch das allseitige Drängen habe er schließlich die Erklärung abgegeben, er sei dabei gewesen, wie Jäger seinem Bruder das Geld gegeben habe. Jäger habe ihm sofort 85 Mark gezahlt, als er eine schriftliche Erklärung dieses Inhalts schrieb, die ihm der aus früheren Prozessen wohlbelannte Steinbock in die Feder diktiert habe. Das Schriftstück habe Jäger an sich genommen. Er selbst habe die Absicht gehabt, nunmehr vor Gericht dies eidlich zu bekunden, ebenso Jäger selbst. Dieser habe auch geäußert: „Wenn Sie es nicht beschwören wollen, habe ich sofort ein paar andere, die gern die Hand hoch heben und schwören.“ — Während dieser Aussage des Zeugen war der Angeklagte

abgeführt worden. Als ihm die Angaben sodann vorgelesen wurden, gestand er ebenfalls ein, von Jäger verleitet worden zu sein, auszufolgen, er habe das Geld verloren, während er es tatsächlich gar nicht erhalten habe. Jäger habe nur beabsichtigt, sich in den Besitz der Wechsel zu setzen und den Offizier später in eine Zwangshöhle zu nehmen, wenn er die Wechsel nicht einlösen würde.

Darauf begab sich der Vertreter der Anklagebehörde, Staatsanwalts-Ressor Müller, zu dem ersten Staatsanwalt, um einen Verhaftungsbefehl gegen Jäger zu erwirken. Als er die Tür des Gerichtssaales öffnete, entdeckte er, daß Jäger laufend an der Tür stand, um vermutlich zu hören, ob alles „in Ordnung“ sei. Jäger wurde herangerufen und vom Amtsgerichtsrat Bennetow sofort verhaftet unter dem dringenden Verdachte der Verleitung zum Meineide. Bei einer Visitation wurde auch jene Erklärung bei ihm gefunden, die der Zeuge Maginat gegen Zahlung von 85 M. fälschlich abgegeben hatte. Eine weitere Sensation erregte es im Gerichtssaal, als auch Herr Steinbock im Zuscherraum entdeckt wurde. Dieser hatte unauffällig bisher den Draußen auf dem Korridor wartenden Jäger von den Bekundungen des Angeklagten im Gerichtssaale verständigt, damit dieser seine Aussagen, die er später als Zeuge zu machen hatte, danach errichten konnte.

Auf Anordnung des Vorsitzenden wurden nunmehr die Türen verschlossen und die Namen sämtlicher Zuhörer festgestellt, um später als Zeugen vernommen zu werden. Steinbock wurde von dem Vorsitzenden nunmehr vorgelesen. „Wegen dringenden Verdachts der Verleitung zum Meineide erkläre ich Sie hiermit im Namen des Befehls ebenfalls für verhaftet. Gerichtsdienere, untersuchen Sie den Mann und fassen Sie ihn in das Untersuchungsgefängnis ab!“ erklärte der Vorsitzende. Von der Verhaftung der Frau des Angeklagten wurde einstweilen noch Abstand genommen, da nicht festgestellt werden konnte, inwieweit sie sich an der Verleitung ihres Schwagers Georg Maginat beteiligt hatte. Von den anwesenden Personen wurden sofort der Theaterdirektor Sommer und der Rechtsanwalt Dr. Cofmann, der als Vertreter des geschädigten Offiziers der Verhandlung beizuhelfen, über die Bekundungen des Zeugen Georg Maginat und die sonstigen Vorgänge im Gerichtssaale als Zeugen vernommen.

Gegen Jäger liegen zurzeit eine große Anzahl Strafanzeigen wegen Erpressung und Betruges vor, wie Staatsanwalt Müller dem Gericht mitteilte. Die Verhandlung gegen den Angeklagten Richard Maginat wurde vorläufig vertagt, da gegen ihn keine Unterschlagung mehr vorliegt, sondern lediglich eine Begünstigung zum Betruge des Jäger. Auf Antrag des Referendars Hing wurde der Angeklagte auch sofort aus der Haft entlassen.

**Der „Betriebsunfall“.**

Eine nicht alltägliche Entscheidung fällt das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Nürnberg. Die Witwe eines Nürnberger Bauarbeiters behauptete, als ihr Mann bei der vorjährigen Bauarbeiter-Auspeerrung als Streikbrecher zur Arbeit ging, sei er auf dem Wege von Streikposten mißhandelt worden. Die Aufregung hierüber habe den Tod des schon Kranken Mannes verursacht. Die Ärzte konnten Tatsächlich hierüber nicht feststellen. Ein Beweis für die angebliche Mißhandlung ist ebenfalls nicht erbracht. Außerdem, führte der Vertreter der Bauarbeiter-Versicherungsgesellschaft an, sei bisher ein Unfall auf dem Wege zur Arbeitsstelle nicht als Betriebsunfall angesehen und alle diesbezüglichen Rentenansprüche abgelehnt worden. — Das Gericht sprach der Witwe die Rente zu mit der Begründung, die Mißhandlung eines Streikbrechers auf dem Wege zur Arbeit müsse als Betriebsunfall angesehen werden.

Hoffentlich erhalten in Nürnberg in Konsequenz dieses Urteils auch die Hinterbliebenen der Arbeiter Unterpejnung, die von Streikbrechern erschossen wurden! Ein ausständiger Arbeiter kann dann in der Vaterstadt der „gelben“ Bewegung viel beschützter über die Straße gehen.

**Vermischtes.**

**Neues vom Fall Gau.**

Gestern morgen wurde dem Rechtsanwalt Dr. Dieß, als er seinem Klienten einen Besuch im Gefängnis abstaten wollte, auf Anordnung des Gefängnisvorstandes des Amtsgerichts Dr. Ritter der Zutritt zu Gau verweigert. Da dieses Vorgehen dem § 148 der Strafprozessordnung direkt widerspricht, hat Rechtsanwalt Dr. Dieß sofort beim Amtsgericht und beim Justizministerium Beschwerde eingelegt.

Ueber den Brand in Darmshelm bei Stuttgart werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Das Dorf Darmshelm zählt etwa 850 Einwohner, die, als der Brand ausbrach, fast sämtlich auf den Feldern in der Ernte weilten. Plötzlich schlugen aus dem dichtesten und engsten Teil des Dorfes Flammen auf, die aus noch nicht ermittelter Ursache in einem kleinen Hause entstanden waren. Die bestärzten Bauern eilten von den Feldern heim. Das Feuer fand in der bereits zum großen Teil eingebrachten Ernte reichliche Nahrung. Dazu kam, daß ein starker Südwest wehte, der das Feuer im Fluge von Dach zu Dach trieb. Einige Male schlug der Wind um, ohne an Heftigkeit zu verlieren. Er jagte dann die Flammen auch in höher noch unberührte Teile des Dorfes. Die Bauern mußten, ehe die Feuerwehren eintrafen, mäßig ihre Häuser niederbrennen sehen. Aber auch die Wehr vermochte später wenig auszurichten, da nicht genügend Wasser herangeschafft werden konnte. Erst nach längerer Zeit gelang es, den Wasserzufluß zu steigern. Inzwischen war aber schon der gesamte innere Teil von Darmshelm in Brand geraten und völlig verloren. Sicher wäre auch das ganze Dorf samt Kirche, Rathaus und Schule den Flammen zum Opfer gefallen, wenn nicht die Stuttgarter Feuerwehre unter Leitung des Branddirektors Jacobi herbeigeeilt wäre. Diese langte gegen 8 Uhr mit einer Dampfwehrspritze in Darmshelm an. Sie vermochte die Feuersbrunst auf den inneren Teil zu beschränken. 58 Wohnhäuser waren niedergebrannt. Das Pfarrhaus und das Haus des Wirtmeisters liegen in Trümmern. Mit den Nebengebäuden, den Scheunen usw. sind 70 Gebäude verloren. Die meisten waren versichert, aber eine größere Anzahl armer Leute war nicht oder gar nicht versichert. Der an den Gebäuden angerichtete Schaden wird auf eine Viertelmillion Mark berechnet und ebenso der Wert der vernichteten Ernte. Die Not unter den ärmeren Leuten ist sehr groß.

Die Leiche im Koffer. Nach einer Meldung aus Stuttgart wurde in Calz seit neun Tagen der lebensfähige Pflanzling eines Gasthofbesizers vermißt. Vorgestern mittag wurde seine Leiche in einem verschlossenen Koffer auf einem Wägenraum entdeckt. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Ein Boot gekentert. Auf dem Seeer Meldung zufolge kenterte bei orkanartigem Sturme auf dem Hallenser See ein mit 8 Personen besetztes Boot. Zwei ertranken, die übrigen konnten mit vieler Mühe gerettet werden.

Schnee im Allgäu. Die Allgäuer Berge sind nach kempfener Meldung weit hinab mit Neuschnee bedeckt.

Ein Dampfer in die Luft geschnitten. Auf dem griechischen Dampfer „Lucasides“ erfolgte bei der Einfahrt in den Bosporus eine furchterliche Kesselexplosion. Das Schiff wurde vollständig zertrümmert. Man spricht davon, daß 30 Personen ums Leben gekommen seien.

Eisenbahnräuber. Nach einer Meldung aus Arad versuchten in der Nähe von Volboar rumänische Bauern einen Schnellzug mittels Dynamit zur Entgleisung zu bringen und zu berauben. Nur der Geistesgegenwart des Lokomotivführers ist es zu verdanken, daß eine schwere Katastrophe verhütet wurde; es gelang ihm, den Zug wohlbehalten bis zur nächsten Station zu bringen, wo die stark beschädigte Maschine ausgewechselt wurde.

Eine Bomben-Explosion. In Lissabon explodierte gestern im Arbeiterviertel eine Bombe und tötete 2 Personen; 2 Personen sind verletzt.

Neue bedeutende Waldbrände sind gestern bei Toulon ausgebrochen. Man glaubt, daß das Feuer durch verbrecherische Hand angelegt wurde.

20 Mark für jeden Vater. Das Vormundschaftsgericht von Wandsworth, einem Stadtteil von London, erließ am Montag eine Bekanntmachung, daß es 67 Väter sucht, die ihre Familien verlassen haben. Die Frauen mit zusammen 200 Kindern sind auf die Armenpflege angewiesen. Das Gericht bietet 1 Pfund Sterling (20 Mark) als Belohnung für die Ermittlung eines jeden Vaters.

**Berliner Marktbreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion (Großhandel). Rindfleisch Ia 70-72 pr. 100 Pfd., IIa 64-66, IIIa 60-62, Bullenfleisch Ia 65-70, IIa 53-62, Rinde, fett 12-60, do. mager 40-50, Pfeffer 56-64, Bollen, klein 53-63, do. groß 0,00, Knoblauch, Doppelpeter 100-120, Marktweizen Ia 75-85, IIa 60-74, Rüböl ger. grn 47-50, do. hell 0,00, ban. 0,00, Hammelfleisch Marktlammer 82-84, Hammel Ia 77-81, IIa 71-76, Schaf 63-70, Schweinefleisch 64-70, Rehbock pr. Hund 0,60-0,70, IIa 0,50-0,59, Rothschaf Ia 0,40-0,60, do. IIa 0,00, Damhirsch 0,61, Wildschweine 0,30-0,42, Kanarienvogel pr. Stück 0,60, do. australische 0,00, Wabenten pr. Stück 0,75-1,40, Aukenten pr. Stück 0,60, Rebhühner, junge große 1,00-1,35, do. kleine 0,30-0,95, alte 0,80-0,85, Hühner, alte, pr. Stück 1,40-2,25, IIa 1-1,35, do. junge 0,50-1,10, Tauben 0,30-0,55, italienische 0,00, Enten pr. Stück 0,90-2,15, do. Hamburger pr. Stück 2,00-3,00, Gänse pr. Hund 0,60-0,70, do. pr. Stück 2,00-4,75, do. Hamburger pr. Pfd. 0,75-0,78, do. Oberländer pr. Pfd. 0,55-0,63, Gans pr. Stück 0,40-1,10, Gans pr. Pfd. 0,00, Gans pr. 100 Pfd. 99-108, do. matt 94-98, do. mittel und groß 96, do. mittel 0,00, do. groß 0,00, do. klein 0,00, Gans, matt 0,00, Schlei, groß 0,00, do. groß, matt 0,00, do. 0,00, Hahn, groß 92-105, do. klein und mittel 101, mittel 105-110, do. unsortiert 97-100, do. groß-mittel 95-105, do. klein 84-86, Wühler, matt 0,00, Raddos 0,00, Karpen, 80er-70er 90-98, do. 80er-100er 0,00, Heise, matt 0,65, Bunte Heise 57-87, Bars 0,00, do. matt, klein 70, Karolischen 0,00, do. klein 0,00, Weis 57, Fleische 0,00, Mand 75-82, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, pr. 100 Pfd. 110-130, do. Ia neuer 90-100, do. IIIa 60, Seelachs 10-15, Plunders, Aelcer, Steige Ia 2-6, mittel pr. Riste 2, Hamb. Steige 4-6, halbe Riste 2-3, pomm. Ia Schaf 9, IIa 1-3, Süßlinge, Aelcer pr. Ball 2-3, Straß 3,50-5,00, Born 0,50-0,60, Kalle, groß pr. Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe pr. Schaf 5-9, Schellfische Riste 3-4,00, 1/2 Riste 1,50-2, Sardellen 1900er pr. Kiste 98, 1904er 98, 1906er 98, 1908er 90-93, Schottische Vollerlinge 1905 0,00, largo 40-44, fall 38-40, mod. 36-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Kasse, pr. 1/2, To. 50-120, Sardinen, russ., 1/2, 1,50-1,60, Bratfische, 1/2, 1,20-1,40, do. Süßling (4 Alter) 1,40-1,70, Neunaugen, Schodsch 11, do. kleine 5-8, do. kleinen 14, Krebse der Schaf, große 27,50, do. mittelgroße 13,50-23, do. kleine 5-6,50, do. unsortiert 8,00, Galtier groß 0,00, do. unsortiert 0,00, Eier, Land, unsortiert pr. Schaf 3,50-3,70, do. große 4,00, Butter pr. 100 Pfd. Ia 117-120, IIa 108-117, IIIa 100-108, abfallende 90-95, Saure Gurken, neue, Schaf 4,00, Pfefferkörner 4,00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. weiße runde 2,75-3,25, blaue 3,25-3,75, Nosen 2,00 bis 2,50, Nieren 3,00-3,50, Borre, Schaf 0,50-1,00, Mieretisch, Schaf 5-15, Spinat pr. 100 Pfd. 20-25, Sellerie, pr. Schaf 2,00-6,00, Zwiebeln pr. 100 Pfd. 5,00-6,00, do. Perl 60,00-75,00, Charotten 75,00-90,00, Petersilie, grün, Schaf 0,75-1,00, Kohlrabi Schaf 0,75-1,25, Rettich, bayr., neue Stück 0,07-0,10, do. hiesiger, Schaf 3-4, Kohlraben, pr. 100 Pfd. 3,00 bis 6,00, Karotten, hiesige, Schaf 2,00-3,00, Strümpf der Schaf 3,00 bis 14,00, Korbobst, Schaf 6-12, Weißkohl 4-10, Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 8-14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Girsener 100 Stück 8-18, Kohlraben, Schaf 4,00-6,00, Petersilienwurzel, Schaf 3,00-4,00, Schoten pr. 100 Pfd. 8-16, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 3-8, Steinpilze pr. 100 Pfd. 18-20, Radleschen pr. Schaf 0,75 bis 1,00, Salat pr. Schaf 1,50-2,50, Gurken, Einmade, Schaf 14,00, do. böhmische Schaf 0,00, do. Weisner Schaf 3,00-4,50, Bohnen, grüne, 100 Pfd. 4-10, Bohnen, pr. 100 Pfd. 8-25, Stachelbeeren, pr. 100 Pfd. 0,00, Blaubeeren, pr. 100 Pfd. 10-17, Johannisbeeren, pr. 100 Pfd. 12-20, Preiselbeeren pr. 100 Pfd. 14-22, Kirchen, pr. 100 Pfd. 15-25, Birnen, ital. 100 Pfd. 14-40, Äpfel 25-40, hiesige 4-15, Salander 20-24, Birne, hiesige pr. 100 Pfd. 10-30, ital. in Kisten zu 12 Stück 0,90-1,60, do. in Kisten Ia pr. 100 Pfd. 20-35, do. IIa in Kisten pr. 100 Pfd. 17-28, Äpfel, ital., pr. 100 Pfd. 0,00, franzö. 0,00, Apfel, italienische, pr. 100 Pfd. 8-15, ung. 10-15, hiesige 5-10, Gaudensierer Ia 20-35, do. IIa 15-20, Pfäumen, ital., pr. 100 Pfd. 10-20, Kirschen 15-30, hiesige 10-16, ung. 12-18, Weidener, früh, 22-24, Weintrauben, franz., pr. 100 Pfd. 23-30, italien. 16-24, Ananas I, pr. Pfd. 1-1,10, do. II 0,00, Birnen, Weisna, 300 Stück 10,00-20,00, do. 300 Stück 9,00-21,00, do. 200 Stück 6,00-12,00, do. 150 Stück 5,00 bis 8,00, Bananen, gelb, pr. 100 Pfd. 20,00-22,00, grün 0,00, Melonen, pr. 100 Pfd. ital. 12-20, franz. 30-50, hell 20-30.

**Briefkasten der Expedition.**

Postenten in Weich, Buch usw. Deswegen unserer Momente die noch während des ganzen nächsten Monats in der Druckstätte drucken, wollen und wegen der Uebermittlung von Prolegemplanen sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

**Witterungsbericht vom 22. August 1907, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer hohen mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer hohen mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter
Eminende	763,2	SW	4 wolflg	13	Caparanda	757,9	—	2 bedekt	12
Darmstadt	765,3	SW	3 bedekt	12	Petersburg	759,3	SW	1 bedekt	10
Berlin	766,3	SW	4 wolflg	11	Seiff	774,2	SW	1 wolflg	14
Frankfurt	769,3	SW	3 bedekt	12	Berchem	765,3	SW	1 wolflg	13
München	770,3	SW	4 wolflg	11	Paris	771,3	SW	1 bedekt	12
Wien	767,3	—	4 wolflg	11					

**Wetter-Prognose für Freitag, den 23. August 1907.**  
Bei Nordwestwinden ziemlich kühl; veränderlich, zeitweise auffarend, feine oder geringe Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

**Wasserstands-Nachrichten**  
Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom  
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	21.8.	20.8.	cm	cm		21.8.	20.8.	cm	cm
Memel, Tüht	236	+ 6			Havel, Spandau	116	- 4		
Regel, Unterberg	142	+ 9			Havel, Potsdam	145	+ 1		
Wesfel, Thoren	85	- 6			Spree, Spremberg	92	- 2		
Oder, Rothbar	101	+ 17			Spree, Bredlow	204	- 1		
Arffen	113	- 1			Weser, Minden	- 87	0		
Frankfurt	124	- 7			Weser, Minden	14	- 25		
Wärthe, Saxium	48	0			Rhein, Waldshut	—	—		
Landshut	39	- 3			Rhein, Land	221	- 5		
Rehe, Nordam	21	- 2			Rhein, Köln	212	+ 11		
Elbe, Reimelg	- 14	- 13			Redar, Hüllbrom	29	- 1		
Garby	97	- 2			Wain, Weichsel	—	—		
Magdeburg	104	- 6			Weser, Aler	—	—		
Saale, Großg	82	+ 8							

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - ?) Unterpegel.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 22. August.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Hgl. Opernhaus.** Oper und Zimmermann.  
**Neues König. Opernhaus.** Wiener Blut.  
**Deutsches.** Das Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Kammerstücke:** Frühling's Erwachen.  
**Berliner.** Die tanzenden Mädchen.  
**Leffing.** Nora.  
**Oper O. (Ballner-Theater.)** Der Postillon von Lonjumeau.  
**Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)** Der Weg zur Hölle.  
**Neues Schauspielhaus.** Raffles.  
**Neues.** Der Dieb.  
**Römische Oper.** Hoffmann's Erzählungen.  
**Weiten.** Die lustige Witwe.  
**Antiquar.** Guldenliebhaber.  
**Zentral.** Das Tagebuch einer Verlorenen.  
**Kleines.** Vater und Sohn.  
**Residenz.** Haben Sie nichts zu verzeihen?  
**Trianon.** Fräulein Josefine — meine Frau.  
**Thalia.** Mr. Sedgwick. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Bernhard Rose.** Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Nachmittags 4 1/2 Uhr:** Er ist nicht eifersüchtig. Das vierte Gebot. Verbotene Wege.  
**Metropol.** Der Teufel lacht dazu.  
**Apollo.** Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Gedr. Herrnsfeld.** Rabane Big-Bag. Es lebe das Nachtleben.  
**Vollge.** Bernhardt. Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Anne Danerey.  
**Königs-Dienste.** Spezialitäten.  
**Figaro.** Paris. — Die Kluge. — Unter dem Bett.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Folies Caprice.** Geisteraus. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Urania.** Taubenträume 18/49.  
**Abends 8 Uhr:** Durch Dänemark und Südschweden.  
**Sternwarte.** Anwalldenstr. 57/62.

### Ferdinand Bonn

**Berliner Theater.**  
Freitag, 23. August, abends 8 Uhr:  
**Die tanzenden Mädchen.**  
Detektiv-Romäne in 4 Aufzügen von Ferdinand Bonn.

**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.

**Vater und Sohn.**  
Morgen und folgende Tage:  
Vater und Sohn.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die lustige Witwe.**  
Operette in 3 Akten v. Franz Lehar.

**Lustspielhaus.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Sinfarienfieber.**

**Zentral-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Tagebuch einer Verlorenen.**

**Residenz-Theater.**  
8 Uhr  
Direktion: Richard Alexander.  
Freitag, 23. August:  
**Haben Sie nichts zu verzeihen?**  
Schwank in 3 Akten von Maurice Desnoes und Pierre Veber.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

**Apollo Theater**  
8 1/2 Uhr: Dampf-Baumst. Pipifax und Pauso, Geisterlied.  
9 1/2 Uhr: Schenk Bros., zwei Berliner Jungen, Wunder der Kraft-Quadrille.  
10 Uhr: Hartstein in seiner Suite.  
**Der Hochzeitsgast.**

**Brunnen-Theater**  
Bubstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.  
Täglich:  
**'s Lieserl.**  
Schh, Gemälde, Bernhard Rose. Spezialitäten ersten Ranges. Rosa und Josola Blazek, die zukunftsweisendsten Schachspieler.  
**Paul Coradial.**  
Anton Sittler, Jack-Theo-Trio, The Danmann Family.  
Raffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.  
**Im Saale: Ball.**

### Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.) Moritz-Cber.

Freitag, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Büchel:  
**Der Postillon von Lonjumeau.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Figaros Hochzeit.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr  
bei halben Preisen:  
**Die Afrikanerin.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Büchel:  
**Der Troubadour.**

### Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Der Weg zur Hölle.**

### WINTERGARTEN

**Anne Danerey.** Pariser Säng. Die 8 English Girls. Gesangs- und Tanztruppe.  
**Die 4 Barowskys.** Akrobaten. Die Bauernjungen im Walde.  
**Le Roy Talma u. Bosco.** Zaubermeister.  
**Agoust.** komischer Jongleur.  
**George B. Reno Company.** amerikanische Exzentriks.  
**Annie Dirksen.**  
**Olga Preobrajensky.** Prima Ballerina. u. M. Legat, Solotänzer v. d. kais. Hofoper in Petersburg.  
**Papina.** amerikan. Phantastik- und Spiegeltänzerin.  
**Kellino Truppe.** in Venedig.  
**The Hartleys, Springer.** Der Biograph.

### Gebr. Herrnsfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anfang 8 Uhr.  
Billetvorverkauf 11-2 Uhr.  
Täglich: Die Novität  
**Madame Wig-Wag.**  
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrnsfeld. Musik v. L. Thal.  
Dazu die Separée-Milke  
**Es lebe das Nachtleben!**  
mit den Autoren Anton u. Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

### BERNHARD ROSE THEATER

Am Hauptstr. 112  
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:  
Das glänzende  
August-Programm.  
Sperrst. 50 Pf. Entree 30 Pf.  
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:  
**Der große Unbekannte.**  
Sommerpreise.

### Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:  
Der große Verwandlungskünstler  
**Arturo Bernardi**  
! und das neue  
großartige  
**August-Programm.**  
14 Attraktionen 14.

### W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Saanenstr. 16.  
Zum letzten Male: 7 1/2 Uhr:  
**Das Fest d. Handwerker.**  
7 1/2 Uhr: Les Joneses, Red-Bantom.  
9 Uhr: Der kleine irische Pion.  
Anfang 8 Uhr.  
Bei schönstem Wetter: Vorst. im Saal.  
**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönl. Allee 148, Röhren-Allee 97/99.  
Helles Rollstheater Berlin.  
Dienl.: Kinderfreundest.  
**Der große Riesen-**  
August-Spielplan:  
Ballettruppe X Kramertrio  
Max Reo X Galtroon X Bellfort.  
Im  
8 Uhr: **Paulas Beichte.**  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Ab 1. September: Karl Braun.  
Wagen: Sommerfest.  
Wie Preis- u. Ehrenkarten Gültigkeit.  
Am 6. September:  
**Beneiz für Minnie Russe**  
und **Will Fröbel.**  
Ermäßigte Aufführung:  
**Der Raub der Zabinerinnen.**

### Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Siraheudahn 1, 2, 4, 17, 69, 62, 63 u. 74.  
Täglich:  
**Theater-Vorstellung.**  
**Neue Spezialitäten.**  
**Kinematograph und Ball.**  
Freier Damentanz.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Durch Dänemark und Südschweden.**  
Anwalldenstr. 57-62: Sternwarte.  
Täglich geöffnet von 7 1/2-11 u. abds.  
**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich ab nachm. 5 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mk. von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

### Walhalla-Variete-Garten

Weinbergweg 19/20, Rosent. Lor.  
**Neue Spezialitäten.**  
**Dressierte Bären.**  
Anf.: Konzert 6; Vorstellung 7 Uhr.  
Bei ungünstigem Wetter  
Vorstellung im Theater 8 Uhr.

### Prater-Theater.

Röhren-Allee 7/9.  
**Der Tanzengel.**  
Benefiz f. d. Oberreg. A. Seelen.  
**Spezialitäten 1. Ranges.**  
Aufführen der **Löwenbraut**  
**Konzert und Ball.**  
Anfang 4 1/2 Uhr.

### Reichshallen-Theater.

Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Britton  
als  
Kute im  
Familien-  
bad  
Wannsee.  
Anf. Bochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

### Sanssouci, Kotliwaur

Kotliwaur, Straße 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
**Der Garten ist geöffnet.**  
Sonntags, Montag, Donnerstag:  
**Hoffmanns Nord. Sänger**  
u. **Tanzkränzchen.**  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Gr. Elite-Soireen.**  
Hochaktuelles Programm.  
Sonntags Beginn 5. wochent. 8 Uhr.

### Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Röhren-Allee 7/9.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert,**  
**Theater- und Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
**Braatz' Amerikanischer**  
**Affen-Zirkus**  
a la Brockmann.  
Am Vrenslauer Tor.  
Täglich: Gr. Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
Außerdem Sonntags, Feiertags, Mitt-  
woch u. Samstags nachm. 4 Uhr:  
Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.

### Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76-79.  
Direkt. u. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit u. allen Stadteicht.  
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!  
Kiesen-Cachereisg.  
**Landsberger Allee auf Stelzen.**  
**The Reros,** kostümierte Reiberei.  
**Heinz Heuer,** prolougiert.  
Dazu das neue brillante August-Programm.  
Anf. 8 Uhr. Kaffeeläge, Volksbelustig, aller Art. Entree 30 Pf., Sonnt. 30 Pf.

### Auf vielseitiges Verlangen!

Am Sonntag, den 25. August, von der Waisenbrücke:  
**Extrafahrt nach Teupitz (Tornows Idyll).**  
Abfahrt 7 Uhr morgens. Fahrpreis hin u. zurück 2 R., Kinder die Hälfte.  
Außerdem:  
**Neu! Extrafahrt nach Richtershorn** bei **Sohmsckwitz Neu!**  
Abfahrt 9 Uhr morg. u. 2 Uhr nachm. — Fahrpreis hin u. zurück 1 R., einseitig 50 Pf., Rück d. Hälfte. Ab Cnfo Alsen jede Fahrt 1/2 Std. spät.  
**Reeder L. Kahnt, Siraheud-Berlin. Tel.: Amt 7, 580 u. 13459.**

### Sonnabend, den 24. August: Letzte diesjährige

**Mondscheinfahrt**  
nach Wernsdorfer Schleuse und Gosener Berge  
mit dem herrlich illuminierten Salondampfer **„Freya“.** Abfahrt abends ca. 9 Uhr, einseitig 50 Pf., Rück d. Hälfte. Ab Cnfo Alsen jede Fahrt 1/2 Std. spät.  
Diesu ladet freundlichst ein  
**Restaurant zum Odor-Spreo-Kanal.**

### Neue Welt

Hasenholde 108-114.  
Täglich:  
**Gr. Doppel-Konzert**  
**Spezialitäten-Vorstellung**  
Hervorragendes Programm.  
Unter anderem:  
**Conte Seranos**  
**Löwen-Dressurakt.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 25 Pf.  
Entree zum Konzertgarten 10 Pf.

### Volksgarten-Theater.

Bad-Bohmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Hofmannstraße.  
**Die Weidenfee.**  
Balkbald m. Gesang in 2 Akten von W. Gerde. Musik von Max Schmidt.  
Hierzu:  
Das neue  
**Riesen-Spezialitäten-Programm.**  
Volksbelustigungen.

### Max Kliems Sommer-Theater

Gosensheide 13/15.  
Kunstliche Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest.  
Jeden Mittwoch:  
**Die beliebtesten Kinderfeste.**  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeläge ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

### CIRCUS

NORTON & SMITH  
Schöneberg, Ecke Haupt- u. Akazienstr.  
Sonnabend, den 24. August:  
**Große Gala-Premiere.**  
Havemanns Berl. Raubtierschule  
sowie Vorführung  
vorzügl. Schul- u. Freiheitspferde.  
Ein Warftal edelster Rassepferde sowie die schönsten Pferde der Welt.  
Ferner: 20/17  
Auftreten nur erstklassiger  
Künstler u. Künstlerinnen  
in ihren Glanzleistungen.

### Beste Bettenfüllung

Sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt dänischen  
**Monopoldaunen**  
(siehe geschützte Pfand Nr. 2, 25, 2-4 Pfund groß u. gr. Oberbett. Vert. geg. Nachnahme. Verpackung frei.)  
**Gustav Lustig**  
Berlin S. Prinzenstr. 46  
Größtes Weißfebern-Spezial-  
geschäft Deutschlands.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Achtung! Einsetzer. Achtung!**  
Kollegen, die noch im Besitze von Dampfzweigen sind, werden ersucht, dieselben bis spätestens Sonntag, den 25. d. M., zu verzeihen.

**H. Zimmermann**  
Berlin SO, Juweller Oranienstr. 206  
**Gold- und Silberwaren-Fabrik,**  
**Uhren-Großhandlung.** 5361 L.  
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.  
Strong reell. — Billigste Preise.

Sie als vorzüglich bekannten Qualitäts-Zigarren empfiehlt die

**Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg.**  
Fabriklager und Vertretung für Berlin und Umgegend:  
**Udo Stangenberg, Berlin SO, Köpenickerstr. 20a.** Amt IV, 9460.  
Verkaufsstellen: Berlin, Köpenick usw., Hamburg, Stettin, Köln usw.  
Wegen Eröffnung von weiteren Verkaufsstellen wollen sich fahntionsfähige Respektanten an obigen Vertreter wenden.

### Achtung, Vereine!

Für **Sommer- und Kinderfeste**  
empfehlen Stocklaternen, Fackeln, Schärpen, Kopfbedeckungen, Illuminat.-Laternen, Dekorations-Girlanden, Verlosungs-Artikel, Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen, und Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.  
**Pohl & Weber Nachf., Berlin C.**  
Am Spittelmarkt 4/5, I Alexanderstr. 51/52  
Inb.: Otto Oeser. Inb.: Ernst Herbst.  
Kataloge gratis und franko. Versand nach außerhalb.

### Das Fallen der Kurse

an den Effektenbörsen steht mit dem Steigen derselben an den Produktenbörsen im innigsten Zusammenhang.  
Die Broschüre Proestler weist diese Verhältnisse haarscharf nach.  
**Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft**  
ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einzahlung von Mk. 2,10 bzw. 60 Pfg. für das Inland, Mk. 2,20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.  
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

### Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G. in Görlitz.

Gegründet im Jahre 1856.  
**Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung,**  
**Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.**  
— Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu. —  
**Dividende seit 1898 ständig 25 % eines Jahresbeitrages,**  
für **Ältere Versicherungen 50 %**  
Versicherungsbestand 1/2 Mill. Versich. über 80 Millionen M.  
Gesamtvermögen 22 Millionen M.  
Seither ausbezahlt Sterbegelder pp. 17 Millionen M.  
Seither an die Mitglieder überwies. Dividenden 6 Millionen M.  
Höchstausschüttung Versicherungssumme M. 1500, zahlbar nach Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.  
Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Einnahmer-Stellen der Anstalt: Brunnenstr. 83, Dorotheenstraße 70, Feldzeugmeisterstr. 9, Flemingstr. 3, Luckauerstraße 5, Madanstr. 7, Mückernstr. 112, Muskauerstr. 30, Rathenowerstr. 53, Ritterstr. 4, Rostockerstr. 44, Turmstr. 40, Wassertr. 33, Weissenburgerstr. 47, Wilhelmstr. 139.

### Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen.  
Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw. teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von Herrschaften, Dokoren, Kavallieren usw., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen.  
Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektionsware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Seide) und tadellosem Sitz auszeichnen. Wir empfehlen gereinigte, reinwollene  
8 Romat 2 Romat 1 Romat  
getragene getragene getragene  
**Maß-Anzüge 8 M. 12 M. 16 M.**  
**Maß-Paletots 6 M. 10 M. 14 M.**  
**Kaufhaus für Monatsgarderoben**  
**Große Frankfurterstraße 93**  
zwischen Markus- und Krautstraße.  
Frohd und Gesellschaftszuge werden zu billigen Preisen  
verlichen.



**Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz**

# Was Sie sagen!

Die allbekannte Firma „Blitz“ hat, um ihr enormes Sommerlager zu räumen, einen vierwöchentlichen **Saison-**

## Ausverkauf

arrangiert. Es kommen die Sommersachen bis teilweise

# 50% unter Preis

zum Verkauf. Seltene Gelegenheit, nur bis Ende August d. Jahres.

Herren-Paletots, gemustert, alle Farben . . . früher bis 18 M., jetzt von	6 <sup>25</sup> an
Herren-Paletots, auf Atlas und Seide . . .	11 <sup>50</sup> an
Herren-Paletots, wunderbare Stoffe, alle Muster . . .	16 <sup>00</sup> an
Herren-Anzüge, hell gemustert . . .	7 <sup>30</sup> an
Herren-Anzüge, hochelegant . . .	12 <sup>50</sup> an
Herren-Anzüge, Maß-Ersatz . . .	17 <sup>50</sup> an
Herren-Hosen . . . 1 <sup>80</sup> , 2 <sup>25</sup> , 3 <sup>40</sup> , 4 <sup>30</sup> , 5 <sup>20</sup> , 6 <sup>50</sup> M.	
Kinder-Anzüge, unglaublich billig . . .	von 1 <sup>80</sup> an
Kinder-Hosen, verschiedene Muster . . .	von 46 Pf. an

**Lüster-, Leinen-, Loden-Joppen enorm billig.**

# Blitz

Eigene Fabrik mit elektrischem Betrieb.

## Maß-Abteilung.

**Nur 3 Preise.**

Herren-Anzüge Serie I	2750 M.	Serie II	3750 M.	Serie III	4750 M.
Herren-Paletots	12450 M.	II	3450 M.	III	4450 M.
Herren-Hosen	1950 M.	II	1350 M.	III	1750 M.

Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.

Telephon Amt II No. 7099, Amt III No. 3835, Amt VII No. 730, Amt IIIa No. 4667.

29-30 Kottbuser Damm **29-30** 9 Rosenthaler Str. **9**, Ecke Auguststr.

**137** Gr. Frankfurterstr. **137** jetzt **85** Chaussee-Strasse jetzt **85**

**5** Geschäfte, **10** Haupt-Strasse **10** **5** Geschäfte.

Schöneberg.

# Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

## Zweigverein Berlin und Umgegend.

Telephon: Amt IV Nr. 4493. Verbandsbureau: Engel-Ufer 16, pt. Telephon: Amt IV Nr. 4493.

Freitag, den 23. August 1907, abends 8 Uhr, in den „Industrie-Festhallen“, Beuthstraße 19/20:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Situationsbericht. 2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Eintritt!

Recht regen Besuch erwartet 47/6 Der Zweigvereinsvorstand.

---

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

## Branche der Vergolder!

Montag, den 26. August 1907, abends präzise 8 Uhr, in der „Alhambra“, Wallnertheaterstr. 15:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die internationale Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege Langhammer. 2. Diskussion. 3. Unsere Statistik über die Organisationsverhältnisse. 4. Verschiedenes.

Eine Kontrolle der Bücher findet nicht statt und werden alle Kollegen, auch diejenigen, welche nicht mehr Mitglied sind, aufgefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Vertrauensleute werden ersucht, dies in den Werkstätten bekannt zu geben.

Die Biletts zum Sommerfest müssen vor Beginn der Versammlung, von 7-8, abgerechnet werden.

Der Branchenleiter.

---

## Branche der Musikinstrumentenarbeiter.

Montag, den 26. August, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

## Branchen-Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Redakteurs Genossen Fritz Kunert über: „Große politische Aufgaben der Gegenwart.“ 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Branchenkommission.

NB. Es wird ersucht, auf den Versammlungskontrollzettel im Mitgliedsbuch zu achten.

92/19

---

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Sonntag, den 25. August, vormittags 10 Uhr:

## Bezirks-Versammlung

für Kummelsburg, Borsig, Stralau und Stralauer Allee

in den „Marktgrasfalten“ (Inhaber Scholtz), Marktgrasfaldamm 34.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Robert Bahn über: „Nationale Ehre - Standesehre.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

NB. Es ist Ehrenpflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in der Versammlung pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

---

## Freie Turnerschaft Charlottenburg.

Am Sonntag, den 25. August, findet im Volkshaus, Rosinenstr. 3, das

## 4. Schauturnen

des Vereins Freie Turnerschaft Charlottenburg statt, wozu alle Freunde der Turnerei (ohne behördliche Genehmigung) recht zahlreich zu erscheinen eingeladen werden. Nach dem Schauturnen: **Geselliges Beisammensein mit Tanz.**

Der Vorstand.

**Mama,**  
spricht Mädchen, laß mich wieder

# Veilchenseifenpulver

„Marke Kaminfege“

einkaufen, man findet in den Paketen so wunderhübsche Gegenstände! In den meisten Geschäften à 15 Pf. zu haben. Vorsicht beim Einkauf! Man achte auf die „Schutzmarke Kaminfege“!

Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Alleinverkauf für Berlin und Umgegend: Andreas Caspar, Berlin 50., Josephstr. 11.

# Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stillsuchende und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Leppische mit Farbenfehlern Fabrik.** Niederlage Große Frankfurterstraße 9, partiere. kein Laden. Wauerhoff. 11

**Stoppdecken billig.** Gebrit Große Frankfurterstraße 9, partiere. 11

**Garbinenhaus.** Große Frankfurterstraße 9, partiere. kein Laden. Wauerhoff. 11

**Fahrräder.** Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Stallherstraße 40. \*

**Herrenfahrrad, Damenfahrrad,** wie neu. 45,00. Holz. Blumenstraße 36b. 2515R\*

**Leppische! (sehr billige)** in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppichlager Brunn, Gabelstr. Markt 4, Dahnhol Straße. 261/1\*

**Stoppdecken** billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9. 2167R\*

**Monatsanzüge und Sommerpaletots** von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korsettartige Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen, auch Handarbeiten verarbeitete Sachen, alles am billigsten bei Haag, Ruladstraße 14. 23945\*

**Hermsdorf, Eeststraße, am Allee** grenzende zehn Grundstücke mit Biele werden jetzt billig verkauft. Quadratr. 25 Markt, im ganzen billiger. Noack, Brunnenstraße 95. 24005\*

**Möbelfabrik!** Nach wie vor nur Grüner Weg 81\* vollständige Einrichtungen, enorm reiche Auswahl, Solas, Trumeau, Bettstellen, reelle Matratzen, bekannt billig, genau Quadratmeter 81\* achten! Dwinag.

**Salon-Extravertaus!** Amittierte Verleppische, Portieren, Stoppdecken, Schlafdecken usw. Leppichhaus Emil Lejore, Dramenstraße 158. 2538R\*

**Gänge!** Gänge! frisch geschlachtet, sind sehr billig veräußert Samariterstraße 21, Paul Post. Bettfedern-Verkauf. 60/12\*

**Nähmaschinen.** Große höchste Fertigung. Alle erstklassigen Systeme. Kleinste Abzahlung. Druba, Rosenhallerstraße 19, Filiale: Spinnereistraße 26. 22206

**Fahrräder.** „National“, „Qualitätsmarke“ kleine Abzahlung. Rosenhallerstraße 19. 22195\*

**Handlichhaus!** Dermantplatz 15a. Polzeilich Konzeptionsplatz 15a. Jedermann empfehlenswerte Einkaufsquelle! Extrabilliger Bettensverkauf, Aussteuerische, Leinwand, Brautbetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Bettlaken, Gardinenverkauf, Leppichverkauf, Stoppdecken, Tischdecken, Plüschverkauf, Nähmaschinen, Uhrenverkauf, Goldschmied, Schmuckwaren, Rehringe, hochelegante, spottbillige Jagdtanzüge, Gebrochene, Sommerpaletots. Sonntags ebenfalls geöffnet. 1116\*

**Piano.** großes, 140,00, Turmstraße 8 I. 60/17

**Milch, Kolonialwaren, Gemüse,** Kohlenfleisch preiswert veräußert. Charlottenburg, Knobelsdorferstraße 7.

**Sittauer Nähmaschinen** ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Reparaturen billig. Wienerstraße 1-6, Barischwerstraße 67, Aderstraße 111.

**Reparatur** sofort zu verkaufen, elektrisches Piano, Warenbestand für 3500 Mark, Miete 1800, bei Mahler, Schlütermeister, Rigold, Belfstraße 17-18. 1116

**Billard** mit Zubehör zu verkaufen, auch gegen kleines Ankauf, Marktstraße 125. 115

**Damenhänden, Herzaffen,** mit gestickter Basse 1,25, Herrenhänden 1,90, Bettbezug nebst zwei Kopfkissen 4,50. Bäckfabrik Salomonstr., Diercksstraße 21, Alexanderplatz. 230/13

**Bauhand.** bestes, in Egerdort bei Straußberg. Überbilligster Verkauf von Porzellan am Wege nach dem „Hungrigen Wolf“. Ganze Parzelle von 430 Mark an. Nur diesen Sonntag auf dem Terrain. Im Luftzelt. Schenkwert. Vollmeister, Reinholdsdorferstraße 18. 24135\*

**Singermaschine** 10,00, Lindenstraße 89 III, gerabeg. 24266

**Gemüse und Kohlengeschäft,** gutgehend, umständehalber zu verkaufen. Hohenbergstraße 2. 751

## Verschiedenes.

**Kollodrukt Bogdanowk, Gaudy-**straße 16. 751\*

**Lern die Winterprache** beherrschen! Erfolgreich, leicht schulisches Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gesellige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

**Patentanwalt Westl, Wittlicher-**straße 9a. 2553R\*

**Teilzahlung.** Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Dragonerstraße 10a. 60/9\*

**Tafel für Vereine** habe noch Sonnabende und Sonntage frei. Ebert, Klubhaus, Romaindankstraße 72.

**Die gegen Frau Vohelt** ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück. Frau Elisabeth Heller, Landsberger Allee 147. 1121

## Vermietungen.

### Zimmer.

**Teilnehmer** zum möblierten Zimmer gesucht. Belle-Alliancestr. 11, Seitenflügel I rechts. 1715b

**Möbliertes Zimmer,** 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumgartenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnh. 1894b

**Kleines möbliertes Zimmer** zu vermieten, Preis 12 Mark. Gerlach, Rehmstraße 6, vorn partiere. 24135\*

### Schlafstellen.

**Freundliche Schlafstelle** bei Witwe Renger, Regnierstr. 36, Hof I rechts.

### Mietsgesuche.

**Gezucht** zum 1. September ein- oder zweiges. Zimmer mit Küche, ungenietet, wasserfrei. Kolping, Oberberger. Offerten schriftlich erbeten mit Preis. Kreis, Spinnereistraße 28, Freizeitanlagen.

## Arbeitsmarkt.

### Stellengesuche.

**Rentenempfänger,** 37 Jahre, sucht Beschäftigung. Offerten H. T. Expedition Peterburgerplatz. 2411b

**Widder** Studierfehler bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Ruladstraße 27. 1468b

**Für das** vom 1. Oktober 1907 ab wöchentlich in Berlin erscheinende Jahrgang des Verbandes der freien Gast- und Schankwirts Deutschlands „Freier Gastwirt“, wird ein **ständiger Redakteur** gesucht. Antritt möglichst 1. Oktober 1907. 70/14

Bewerbungen nach Gehaltsansprüchen sind bis spätestens 4. September 1907 an den Vorstehenden des Ausschusses, Heinrich Ostfeldt, Hamburg 23, Friedrichsbergstr. 16, zu richten. Der Vorstand.

## Stellenangebote.

**Tüchtige Zementkämpfer** finden sofort dauernde Beschäftigung. Hans Richter u. Co., Kunststeinfabrik, Groß-Eichterfeld-Weid. 24075\*

**Grundriker** verlangt Köpferstraße 147. 3427b

**Perfekten Rahmenmacher** verlangt Wasserwerkstraße 21, Hof partiere. 2422b

**Presser** auf Goldleisten-Verzierungen für dauernde Beschäftigung sucht. Bertmeyer, Brunnenstraße 194.

**Tüchtiger Tischler** auf Schlafzimmer wird in einer Möbelfabrik mit elektrischem Betrieb als Teilhaber gesucht. Einlage 3-4000 Mark. Offerten E. K. 100 Postamt 112.

**Tischler** auf Bilderrahmen verlangt. Rosch, Ruladstraße 22. 2415b

**Kaufmännische** gesucht. Seering, Franzstraße 5. 2414b

**Tüchtige Schlosser** auf Eisenkonstruktionen sucht. Dirsch, Nützenberg, Berlin, Herzbergstraße 140. 2426b

**Maurer** gesucht. Adressen 50\* postlagernd Wilmersdorf. 1146

**Rehrmädchen** für unsere Schirmfabrik verlangen. Remak u. Silber, Ruladstraße 39. 24155\*

**Kartographen** und Zeichnerinnen sowie solche für Jagdenberg-Bezugsmaschinen verlangen. Burgheim u. Jungmann, Blumenstraße 37. 24125\*

**Botenfrauen** finden sehr lohnende dauernde Beschäftigung. Schützenstraße 24/25. 60/15

**Zugerküchen** für unser Reservelager Rudowstraße zum sofortigen Antritt gesucht. Meldungen 1-2 oder abends 8-9 Uhr. H. Jandorf u. Co., Bellealliancestraße 1/2. 2638R

**Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

## Schnellpressen-Monteur.

**Ich** suche zum baldigen Antritt einen älteren erfahrenen und einen jüngeren Monteur für Buch- und Steindruck-Schnellpressen. Umzugslohn werden vergütet. Angebot mit Angabe der Lohnansprüche und bisherigen Tätigkeit an 24095\* Karl Thomecke, Maschinenfabrik, Reparaturwerkst. Danzig-Langensiefen.

## Korbmacher

**auf** Weichholde und anderes bei hohem Lohn (Drillinglöhne 4,50 M.) gesucht. Reisevergütung nach Vereinbarung. 60/1\*

**Gebr. Wolf, Verburg.**

## Korbmacher

**stellen** sofort ein, auch auf Weichholde, Drillinglöhne bei Teilarbeit. Verdienst 40-60 M. pro Woche. **Calm & Ahfeld, Verburg.** 50/19\*

## Lehrmädchen

**mit** guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung für unsere Geschäfte per sofort oder später gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. 56842\*

**A. Jandorf & Co., Bellealliancestr. 1-2.**